

**Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz**

Wortprotokoll

der

10. Sitzung (Öffentlich)

Sondersitzung

Berlin, den 22.02.2006, 13.00 Uhr

Sitzungsort: Konrad-Adenauer-Str.1, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: 4.900

Vorsitz: Bärbel Höhn, MdB

TAGESORDNUNG:

Tagesordnungspunkt

S. 7 - 52

Sondersitzung des Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einziges Tagesordnungspunkt auf Antrag der Fraktion der FDP:
Bericht des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz über den aktuellen Stand der möglichen Gefährdungen, getroffene und noch zu treffende Sicherheitsvorkehrungen im Hinblick auf die aktuelle Ausbreitung des Vogelgrippevirus in Deutschland.

dazu Anlage:

S. 53 - 64

Interministerieller Führungsstab M-V

Ereignis „Vogelgrippe“

Lagebericht Nr. 5

Stand: 22.02.2006, 10.00 Uhr

Mittwoch d. 22. FEB. 06 13 00

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

(10)

SPD

CDU/ CSU

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

FDP

DIE LINKE.

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

W. Alexmann

SPD

W. Alexmann

Arens

CDU/CSU

Arens

Soldhammer

-

Soldhammer

Zscheider

FDP

Zscheider

Vergihuser

CDU/CSU

Vergihuser

Dr. Lang

CDU/CSU

Dr. Lang

Sengpiel

SPD

Sengpiel

H. Pöschel

SPD

H. Pöschel

Hacker

Linke

Hacker

Dörstel

Linke

Dörstel

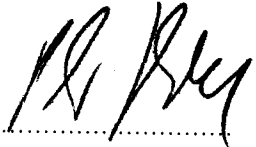
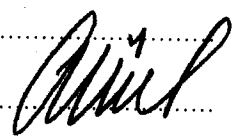
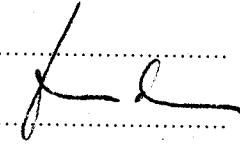

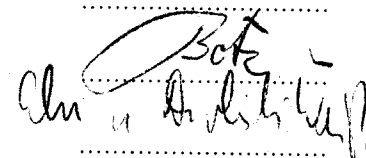
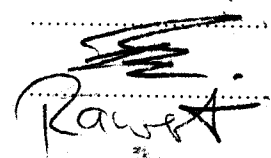
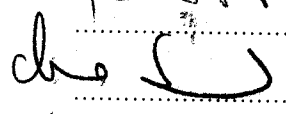
Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte Druckschrift, nicht abgekürzt)	Unterschrift
B76V	Stroese	VA	
BMEV	Schroepf	BM	
"	Kirchmeyer	AL	
"	Illerich/Lage	MR	
Bnj	Freytag	MR	
BMEV	Neuber	RL	
BMEV	Neumann	MinDirig	
SK AMT	Janz	2. St	
BHVg	Gröning	ParlKab Ref	
BMC	Aufhäuser-Kapf	RL'm	
Botschaft v. Land.	JUSTIN DOUAN	II. SEKRETÄR.	
BDELV	Jineli	MinDirig	
BDELV	KOTTWITZ	RR	
BDELV	Müller Gerd	Pst	
"	T. Schmidt	L2	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte Druckschrift, nicht abgekürzt)	Land
Dr. Blomeyer		MR	LV-ST
Dr. KRÖCHERT		Bnj	LV-NI
FISCHER		LTN	LV-TW
Schackenschäfer		FR	BW
Bürger		RR	BW
Gordes		ORRin	HB
Madame		NORin	LV-NY
Stiebes		BSCIL & A.	UR-BJ
Zohng		RL'm	RLV
Benedyger		Log Flug	RP

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

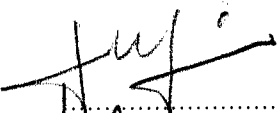
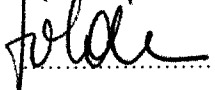
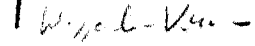

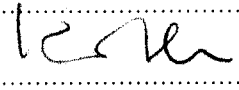
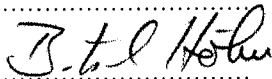
Sitzung des Ausschusses Nr. 10 (Ausschuss für, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

<u>Ordentliche Mitglieder des Ausschusses</u>	<u>Unterschrift</u>	<u>Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses</u>	<u>Unterschrift</u>
<u>Abgeordnete(r)</u>		<u>Abgeordnete(r)</u>	
<u>CDU/ CSU</u>		<u>CDU/ CSU</u>	
Bleser, Peter		Borchert, Jochen	
Heinen, Ursula		Connemann, Gitta	
Heller, Uda Carmen Freia		Deittert, Hubert	
Holzenkamp, Franz-Josef		Göppel, Josef	
Jahr Dr., Peter		Jaffke, Susanne	
Jordan Dr., Hans-Heinrich		Pfeiffer, Sybille	
Klößner, Julia		Schindler, Norbert	
Lehmer Dr., Max		Schirmbeck, Georg	
Mortler, Marlene		Schulte-Drüggelte, Bernhard	
Röring, Johannes		Vogel, Volkmar Uwe	
Segner, Kurt		Zöller, Wolfgang	
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Blumentritt, Volker		Bahr (Neuruppin), Ernst	
Bötz Dr., Gerhard		Brinkmann (Hildesheim), Bernhard	
Drobinski-Weiß, Elvira		Groneberg, Gabriele	
Hérmog, Gustav		Hiller-Ohm, Gabriele	
Ortel, Holger		Hovermann, Eike	
Priesmeier Dr., Wilhelm		Kelber, Ulrich	
Rawert, Mechthild		Kumpf, Ute	
Schieder, Marianne		Miersch Dr., Matthias	
Volkmer Dr., Marlies		Schmitt (Landau), Heinz	
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud		Teuchner, Jella	
Zöllmer, Manfred		Thießen, Jörn	

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 10 (Ausschuss für, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
Abgeordnete(r)		Abgeordnete(r)	
FDP		FDP	
Geisen Dr., Edmund Peter		Schuster, Marina
Goldmann, Hans-Michael		Solms Dr., Hermann Otto
Happach-Kasan Dr., Christel		Wissing Dr., Volker
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Kunert, Katrin	Bulling-Schröter, Eva
Tackmann Dr., Kirsten		Hill, Hans-Kurt
Ulrich, Alexander	Naumann, Kersten
<u>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</u>		<u>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</u>	
Behm, Cornelia	Hettlich, Peter
Höfken, Ulrike	Kurth(Quedlinburg), Undine	
Höhn, Bärbel		Scheel, Christine

Einziges Tagesordnungspunkt

auf Antrag der Fraktion der FDP:

Bericht des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz über den aktuellen Stand der möglichen Gefährdungen, getroffene und noch zu treffende Sicherheitsvorkehrungen im Hinblick auf die aktuelle Ausbreitung des Vogelgrippevirus in Deutschland

Die Vorsitzende: Meine Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete.

Ich begrüße Sie zu unserer heutigen Sondersitzung, die auf Antrag der Fraktion der FDP stattfindet. Ich begrüße insbesondere den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Herrn Horst Seehofer sowie PStS Dr. Gerd Müller. Außerdem sind noch Prof. Thomas C. Mettenleiter, Präsident des Friedrich-Löffler-Institutes und der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei, Dr. Till Backhaus aus Mecklenburg-Vorpommern anwesend.

Es geht heute in der Sondersitzung um den Bericht des Bundesministers über den aktuellen Stand der möglichen Gefährdungen, getroffene und noch zu treffende Sicherheitsvorkehrungen im Hinblick auf die aktuelle Ausbreitung des Vogelgrippevirus in Deutschland.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass bereits mehrere Drucksachen vorliegen, wobei ich insbesondere auf die Ausschuss-Drucksache 16(10)48 hinweisen möchte, da in ihr die Risikobewertung des Friedrich-Löffler-Instituts zur Einschleppung des Virus H5N1 aus den europäischen Ausbruchsländern nach Deutschland behandelt wird.

Wir haben uns mit den Obleuten verständigt, dass es eine öffentliche Sitzung geben sollte über die wir noch formal abstimmen. Deshalb frage ich, ob es Einwände dagegen gibt? Dies sehe ich nicht, insofern können wir so verfahren.

Ich bitte jetzt den Bundesminister, uns den angeforderten Bericht zu geben.

Bundesminister Horst Seehofer, BMELV: Frau Vorsitzende, lieber Kollege Backhaus, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren. Wir haben über dieses Thema zweimal in jüngster Zeit im Deutschen Bundestag diskutiert und deshalb möchte ich mich im Stenogrammstil auf die aktuelle Situation und die aktuelle Lage in Mecklenburg-Vorpommern konzentrieren. Zweitens dann noch einmal kurz darstellen, welche Maßnahmen ergriffen worden sind und drittens mir auch eine Bewertung der Situation heute und des weiteren Vorgehens erlauben.

Die Situation war nach dem Stand von gestern Abend, dass 103 positive Befunde dieses Virus vorlagen. 101 Fälle im Bereich der Ostsee Insel Rügen und zwei Fälle aus der Küstenregion Landkreis

in Nordvorpommern und Ostvorpommern. Wir haben mit dem Bundesinstitut, also unserem nationalen Referenzlabor, vereinbart, dass wir jetzt, bevor wir zum wiederholten Male Tiere aus dem Ursprungsfundort im Fährten-Bereich untersuchen, bei neuen Funden zunächst prioritär die neuen Funde von anderen geographischen Orten untersuchen, um möglichst frühzeitig und schnell feststellen zu können, ob es geographisch eine Ausweitung gegeben hat. Deshalb war für mich gestern Abend sehr wichtig, dass es vom Festland her zur Stunde keine neuen Funde gibt und auch keine Anforderungen aus den Bundesländern vorlagen. Wenn ein Screening auf Landesebene dazu führt, dass ein Verdacht entsteht, wird im Regelfall das Bundesinstitut als nationales Referenzlabor so informiert, dass man weiß, da kommt etwas auf uns zu. Im Moment liegen daher diese 103 positiven Befunde vor, zwei davon auf dem Festland.

Mir ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Untersuchungen einen hohen Verwandtschaftsgrad zu dem Virus, der auch in Südostasien und Rumänien aufgetreten ist, also dem Virustyp Asia, haben. Ich stütze die erste Arbeitshypothese unseres Bundesinstituts, dass dies möglicherweise darauf hindeutet, dass es eine Bewegung in Ost-West-Richtung gegeben hat, insbesondere durch Singschwäne, die große Entfernungen überwinden können. Momentan haben wir keine Hinweise auf das Auftreten aus anderen Gebieten Deutschlands, aber ich weise auch hier vor dem zuständigen Bundestagsausschuss noch einmal darauf hin, dass man bei all den Erfahrungen im Tierseuchengeschehen wohl davon ausgehen muss, dass es auch zu einer geographischen Ausbreitung in Deutschland kommen kann. Dies ist die epidemiologische Lage.

Zweitens: In solchen Fällen gibt es nicht nur in Deutschland seit vielen Jahren, sondern auch auf europäischer Ebene klare rechtliche Grundlagen. Diese rechtlichen Grundlagen, Vorsorge- und Schutzmaßnahmen sind exakt umgesetzt worden. So haben die zuständigen Veterinärbehörden bereits am Abend des 14. Februar und zwar im Vorgriff auf die Entscheidung einer EU-Kommission die Schutzzonen gebildet. Wie Sie wissen, muss immer eine Schutzzone von drei Kilometern und eine Beobachtungszone von zehn Kilometern eingerichtet werden. Der weitere Verlauf des Geschehens hat dazu geführt, dass ganz Rügen zu einer Schutzzone erklärt und die Beobachtungszone auf dem Festland ausgeweitet wurde. Es sind vielfältige Vorsorge- und Schutzmaßnahmen innerhalb dieser Zonen rechtlich durchzuführen, was eingehalten wurde. Das Wichtigste ist dabei die klinische Befundung des Nutztierbestandes, weshalb ich bei allen Diskussionen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, feststellen möchte, dass diese veterinärrechtliche Seite, nämlich die klinische Befundung und Beobachtung des Nutztierbestandes, in sehr kurzer Zeit, sehr dicht und wiederholt durchgeführt wurde. Zum Glück sind im Nutztierbestand bis zur Stunde keine Auffälligkeiten aufgetreten. Dies ist deshalb sehr wichtig, weil es unser gemeinsames Anliegen ist, dass dieses Virus, das im Moment noch in der Wildvogelpopulation ist, nicht auf die Nutztierhaltung überspringt. Deshalb liegt mir schon daran, darauf hinzuweisen, dass dieser Teil sehr gut funktioniert hat, aber immer wieder zu wiederholen ist. In diesem Bereich wurden die rechtlichen Grundlagen sehr gut umgesetzt.

Auf Bundesebene hatten wir ohnehin vor, die Aufstallungspflicht zum 1. März auf Grund einer aktualisierten Risikoanalyse zu erlassen. Diese Aufstallungspflicht haben wir dann auf Grund der aktuellen Geschehnisse für ganz Deutschland auf den 17. Februar vorgezogen und vorläufig bis Ende

April dieses Jahres zeitlich befristet. D. h., Geflügel ist in geschlossenen Ställen zu halten und alle Geflügelmärkte bzw. Veranstaltungen mit Geflügel sind und zwar ausnahmslos untersagt. Bei bisherigen Aufstellungen waren immer Ausnahmen möglich. Wir sind überzeugt, dass Ausnahmen bei diesen aktuellen Geschehen nicht mehr erlaubt sein sollten, weil Geflügelmärkte und Veranstaltungen mit Geflügel natürlich Drehkreuze für die Infektion sein können. Am 19. Februar ist auf Grund einer sehr eingehenden Risikobewertung, an der unser Bundesinstitut auch beteiligt war, aber wofür das Land Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich ist, entschieden worden, dass einzelne Geflügelbestände auf Rügen geräumt werden. Es handelt sich um eine Maßnahme, die trotz klinisch unauffälliger Bestände für erforderlich gehalten wird, weil es in der Vergangenheit auf Grund besonderer Situationen, z. B. bei Gewässern von Wildvögeln und Schwänen zu Kontakten und Infektionen zwischen jetzt aufgestellten Getier und Wildvögeln kommen könnte. Das Tierseuchenrecht gibt uns die Möglichkeit, in diesem Fall vorsorglich zu keulen. Ich möchte, obwohl wir als Bund dafür nicht zuständig sind, ausdrücklich sagen, dass ich auch als Bundesverbraucherschutzminister diese Entscheidung des Landes für richtig halte.

Die rechtlichen Instrumentarien und die veterinärrechtliche Begleitung sind aus meiner Sicht gut organisiert worden und auch lückenlos vorhanden. Wir haben zweimal den nationalen Krisenstab für Tierseuchenbekämpfung einberufen. In diesem nationalen Krisenstab sitzen alle Bundesländer, die führenden Bundesinstitute, die weltweit einen positiven Ruf haben und die Geflügelhalter. Die ausdrückliche Frage, ob irgendwo im rechtlichen Instrumentenkasten oder im Vollzug eine Lücke gesehen wird, ist einhellig verneint worden. Es gibt bis zur Minute keinen einzigen Vorschlag, ob ein zusätzlicher Paragraph oder eine rechtliche Veränderung durchgeführt werden soll.

Ich war vor zwei Tagen in Brüssel. Der Agrarrat hat sich mit dem Thema sehr eingehend beschäftigt und ich habe dort auch berichtet. Auch auf europäischer Ebene sind wir völlig gleichgerichtet. Auch von dieser Seite kam nicht die geringste Kritik, sondern es war ein klares Bewusstsein vorhanden, dass man nur in sachlicher Zusammenarbeit und im internationalen Zusammenstehen einer so globalen gefährlichen Tierseuche Herr werden kann. Es gibt auf europäischer Ebene zwei Diskussionsstränge, die wir weiter verfolgen. Dies ist einmal die Deklarationspflicht für Reisende an den Außengrenzen der Europäischen Union. Dazu gibt es einen Entwurf, den die Kommission erarbeitet hat und ich denke, dass wir hier auch zu positiven Entscheidungen kommen. Und zum anderen die Diskussion über die Impfungen der Tiere. Da bin ich sehr dafür, dass wir über diese schwierige Frage eine Diskussion führen, in der wir das Pro und Contra abwägen. Wir werden hier auf europäischer Ebene sicher in absehbarer Zeit auch zu einer Impfstrategie kommen, an der wir sehr aktiv und positiv mitwirken. Momentan haben die Fachleute in Deutschland und übrigens auch alle Bundesländer ihre Bedenken mit den bestehenden Möglichkeiten. Aber dies können wir in der Diskussion gerne vertiefen.

Ich werde mich nächste Woche – ich habe immer gesagt, dass es prioritär auf die Sicherheit von Mensch und Tier ankommt – auch mit den ökonomischen Auswirkungen beschäftigen, indem ich auch die Geflügelhalter und alle, die mit diesen ökonomischen Problemen zu tun haben und betroffen sein könnten, nach Berlin einlade. Aber ich bitte, bei Kenntnis aller Auswirkungen auf die Geflügelhalter –

ich sagte dies auch vor dem Deutschen Bundestag – dass es prioritär jetzt darauf ankommt, die Sicherheitsfragen und die Seuchenbekämpfungsmaßnahmen richtig zum Tragen zu bringen. Ich habe heute auch im Bundeskabinett darüber berichtet. Ich habe der Bundeskanzlerin und dem Bundesverteidigungsminister gedankt, denn ich glaube, es ist sehr auf das Einwirken und auf das Tun der Bundeskanzlerin zurückzuführen, dass die Bundeswehr seit Sonntag mit dem ABC-Trupp auf Rügen mitarbeitet. Es war eine völlig problemlose und unbürokratische Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsminister und ich darf hier einmal deutlich sagen: Ich habe Anlass zu großem Dank gegenüber den Hilfsorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk u. a., aber die Dimension des Geschehens hat einen Punkt erreicht, wo es ohne unterstützende Hilfe der Bundeswehr nicht ginge. Deshalb danke ich auch der Bundeswehr an dieser Stelle. Es ist ja eine nicht ganz ungefährliche Tätigkeit für die betroffenen Helfer. Hier geht es nicht um einen toten Schwan, der aus der Donau gezogen wird, mit einer relativ überschaubaren Aufgabenstellung, sondern um ein massenhaftes Geschehen. Kollege Backhaus wird sicherlich anschließend über konkrete Zahlen berichten. Da geht es nicht ohne das Zusammenwirken. Wir haben seit gestern auf Grund von Lagebeurteilungen durch Hubschrauberflüge auch Hinweise, dass wir es noch mit sehr großen Tierbeständen und –kollektiven zu tun haben, wo man aus der Luftbeobachtung leider schließen muss, dass eine nicht unerhebliche Zahl dieser Tiere erkrankt ist.

Deshalb bin ich bei meinem dritten Punkt der Bewertung. Wie immer bei solchen Geschehen wird Ihnen in einer Stunde Aktionismus vorgeworfen und in einer anderen Stunde, dass Sie zu wenig taten. Deshalb gibt es nur eine richtige Antwort. Nämlich, auf Grund einer seriösen belastbaren Risikobeurteilung, die ständig erneuert werden muss, dass zu tun, was tiereseuchenrechtlich zum Schutz der Tiere, aber auch und vor allem zum Schutz der Menschen notwendig ist. Dies tun wir sehr nachhaltig und sehr rigoros. Deshalb gehen wir hier klar unseren Weg und ich bedauere, dass das vor zwei Bundestagsdebatten noch vorhandene und in Europa selbstverständliche gemeinsame Auftreten, um die Dinge zu bewältigen, teilweise in unsachlicher Weise verlassen worden ist. Ich habe überhaupt nichts gegen Diskussionen und Kontrolle, dass wir uns hier richtig verstehen. Zum Beispiel ist die Impfdiskussion eine sehr notwendige. Aber für politische Trittbrettfahrerei mit der Hoffnung, man könnte aus einem solchen Geschehen parteipolitische Vorteile ziehen, darf auch bei größtem Verständnis für politischen Wettbewerb, kein Raum sein. Ich habe hier eine Pressemitteilung der FDP: Kritisch, Bundeswehreininsatz auf Rügen, dafür sind doch Feuerwehr und Technisches Hilfswerk zuständig. Ich sage, wenn wir uns auf diese Analyse reduziert hätten, hätten wir in dieser Woche ein Desaster. Wir befinden uns im Wettlauf mit der Zeit. In der nächsten Woche geht der Februar zu Ende und der Vogelzug beginnt, der dieses Mal durch den Ausbruch der Vogelgrippe in Afrika mit größeren Risiken behaftet ist als jeder Vogelzug zuvor. Es wird wieder wärmer und deshalb ist die Frage des Einsammelns der toten Tiere von der Seuchenbekämpfung her eine der entscheidenden strategischen Fragen. Dies hat nichts mit Aktionismus zu tun, sondern es ist eine große Notwendigkeit, dass wir Soldaten zur Unterstützung haben. Bei allen anderen größeren Herausforderungen auf Bundesländerebene ist dies übrigens eine Selbstverständlichkeit. Die Tatsache, dass die Bundeswehr dort zum Einsatz kommt, ist keine Kritik an den Möglichkeiten in Mecklenburg-Vorpommern. In Bayern z. B. ist es bei Schnee und Hochwasser selbstverständlich. Der Verteidigungsminister hat mir heute gesagt, dass die Soldaten natürlich so lange dort bleiben, bis das Problem der toten Vögel bewältigt

ist. Herr Kollege Backhaus, der Verteidigungsminister hat heute vor dem Bundeskabinett darauf hingewiesen, dass er Personal in Bereitschaft hat, für den Fall, dass sich diese Lageanalysen noch verschlechtern und wir adäquat reagieren können.

Dann ist gesagt worden, wir hätten Katastrophenschutzübungen machen müssen. In Deutschland werden seit 1994 vom Ministerium in Zusammenarbeit mit der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz regelmäßige Katastrophenschutzübungen zur Tierseuchenbekämpfung durchgeführt, welche mindestens einmal jährlich, meistens aber zweimal pro Jahr stattfinden. Auch das Friedrich-Löffler-Institut und insgesamt über 500 Amtstierärzte aus allen Ländern sind beteiligt, über 500! Der überwiegende Teil der Amtstierärzte kommt aus den Veterinärämtern vor Ort, aber regelmäßig nehmen auch die Vertreter der Mittelbehörden und der Landesbehörden teil, dazu Verbandsvertreter, Europäische Kommission, andere Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union und Drittländer teil. Die letzte Übung war für den 15./16. Februar 2006 angesetzt und zwar vor Eintritt des Geschehens am 14. Februar, musste aber wegen der aktuellen Ereignisse abgesagt werden, denn dies war einen Tag nach Befund im Friedrich-Löffler-Institut.

Es gibt eine Einlassung, die bei mir völliges Unverständnis hervorruft. So ist vom Kollegen Hans-Michael Goldmann von der FDP geäußert worden: „Die Gefahr der Verbreitung des Vogelgrippevirus ist durch den Besuch von Minister Seehofer drastisch gestiegen“. Lieber Kollege Hans-Michael Goldmann, ich bin dort mit dem Hubschrauber hingeflogen in Absprache mit den Experten und exakt in 23,5 Kilometer Entfernung vom Geschehen gelandet, um sicher zu vermeiden, dass an dieser Fähre oder an der Küste ein Geflügel aufgescheucht wird. Dann bin ich eine halbe Stunde mit dem Auto dort hin gefahren, um diese Gefahr zu vermeiden. Wir sind durch die – wie jeder andere auch – Hygieneschleuse gefahren und haben uns dann in der Zone, wo sich die Bevölkerung genauso bewegen kann, die zur Fähre will, bewegt. Dabei haben wir uns von den Fundorten und den Orten, wo sich die Schwäne normalerweise am Ufer aufhalten, fern gehalten, wobei der Präsident des Bundesinstituts für Tiergesundheit immer an meiner Seite blieb und ich habe ihn mehrfach gefragt, ob wir hier auf einem Gelände sind, wo wir uns auch ohne Bedenken bewegen können. Er hat Ja gesagt, was er nicht nur macht, weil der Minister ihn danach fragt. Herr Kollege Goldmann, ich bin jetzt 25 Jahre in Deutschen Bundestag und habe viele Schlachten geschlagen, aber eine solche Äußerung durch den Besuch vor Ort, der die Gefahr der Ausbreitung drastisch erhöht, ohne sich zu erkundigen, wie dies tatsächlich stattgefunden hat, da würde ich Sie bitten, dass Sie das in irgendeiner Form aus der Welt schaffen.

Jetzt sage ich noch etwas zu den Zuständigkeiten. Morgen findet eine Sitzung der Gesundheitsminister in Deutschland statt. Dies ist eine Veranstaltung, wo die Länder einladen und organisieren. Bis zur Stunde bin weder ich noch der Kollege Backhaus dazu eingeladen. Ich habe gestern das einführende Land, den Kollegen Kley (FDP) aus Sachsen-Anhalt angerufen und musste erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass man sehr wohl zwischen der Tierseuche und dem menschlichen Anliegen unterscheiden möchte. Ich kann Ihnen nur sagen, wir hatten letzte Woche die Agrarminister eingeladen und es war eine völlige Selbstverständlichkeit, dass die Gesundheitsministerin dazu eingeladen wird. Wir kommen nur weiter, wenn wir bei allem Politischen und bei allen Diskussionen

diese Eitelkeiten auf die Seite stellen und vernünftig zusammenarbeiten. Dies ist das, was ich mit Föderalismus und Zuständigkeit anspreche. Sie können bei einer solchen gefährlichen Tierseuche einem Menschen nicht erklären, dass es hier Überlegungen gibt, wen laden wir ein und wen grenzen wir aus. Ich habe dafür Null Verständnis. Dann haben Sie vor dem Bundestag noch kritisiert, die Risikobewertung innerhalb der Bundesregierung wäre nicht einheitlich. Dem ist nicht so. Wir haben es mit einer Tierseuche zu tun, die sich zum Glück bis zur Stunde noch in der Wildvogelpopulation bewegt. Wir haben es mit einem hoch aggressiven und gefährlichen Virus zu tun mit einer direkten Gefahr für die Nutztier- und Wirtschaftsgeflügelbestände und mit einer potenziellen Gefahr für den Menschen.

Jetzt möchte ich noch einmal etwas zum Unterschied zwischen direkter und potenzieller Gefahr sagen. Die potenzielle Gefahr für den Menschen ist bei richtigem Verhalten beherrschbar. Bisher gibt es keinen Beleg für die Übertragbarkeit von Mensch zu Mensch, aber sehr wohl vom Tier zum Mensch. Damit aus der potenziellen Gefahr keine reale Gefahr wird, muss Tierschutz für die Nutztiere betrieben werden und den Menschen immer wieder gesagt werden, was sie durch eigenverantwortliches Verhalten dazu beitragen können. In dieser Analyse stimmen wir mit der Fachwelt und den Regierungen in ganz Deutschland überein. Daher sollten nicht durch künstliche Differenzen, die man in der öffentlichen Diskussion herstellt, diese Menschen verunsichert werden. Kein intensiver und enger Kontakt zu den Vögeln, Fernhalten von Geflügelbeständen und bei den Geflügelhaltern Einhalten der Hygienebestimmungen. Dies ist das Wichtigste, was die Menschen tun können, um sich selbst zu schützen. Unser Auftrag als politisch Verantwortliche ist es, an der Sache und an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert unsere Menschen und auch die Tiere zu schützen. Da bin ich zu jeder Diskussion bereit. Aber wo ich nicht mehr Schweigen werde ist, wenn Dinge einfach aus parteipolitischen Kalkül in die Öffentlichkeit gesetzt werden. Die Situation ist schwierig und ernst. Deshalb hat jede Politikerin und jeder Politiker hier ein hohes Maß an Verantwortung, vermeidbare Irritationen, Ängste und Sorgen bei der Bevölkerung auch zu vermeiden. Ich bedanke mich.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank Herr Bundesminister. Ich möchte als Vorsitzende auch einiges dazu sagen. Die Abgeordneten dieses Ausschusses, Herr Bundesminister, haben Sie eingeladen und ich denke, diese Abgeordnete sind sehr selbstbewusste Menschen. Sie sind selbst ein sehr selbstbewusster Abgeordneter. Dies haben Sie immer wieder gezeigt. Herr Goldmann wird sich zu dieser Kritik selbst äußern, aber in einer Demokratie gilt auch, dass diese selbstbewussten Abgeordneten auch Kritik an den Fehlern, die hier offensichtlich passiert sind, auch äußern dürfen. Dies muss auch ein Bundesminister aushalten können.

Bundesminister Horst Seehofer, BMELV: Dies ist nicht mein Problem, aber ob ich den Satz in die Öffentlichkeit gebe – durch die Reise des Bundesministers ist die Gefahr der Ausbreitung der Infektion drastisch gestiegen – muss man sich überlegen. Ich habe überhaupt nichts gegen Diskussionen. Wir werden über das Screening, die Zeitabläufe und das Einsammeln der Tiere reden, kein Problem. Da muss sich eine Regierung der Kontrolle stellen, aber die Äußerung hat eine Grenze überschritten, die man nicht überschreiten darf. Dies darf ich auch als Regierungsmitglied, was der Kontrolle des

Parlaments unterliegt, sagen.

Darf ich noch eine Ergänzung geben, damit ich alles, was ich weiß, auch hier gesagt habe. Ich bekomme gerade von meinen Mitarbeitern die Meldung, die ihrerseits wieder über eine Agentur informiert sind, dass in Österreich nahe Graz der Vogelgrippevirus in einem Tierheim bei Hühnern und Enten nachgewiesen worden ist, also nicht mehr nur bei Wildvögeln, und dass der Eintrag höchstwahrscheinlich über einen Schwan aus einem Gebiet mit Viruseintrag stattgefunden hat. Dies war unser Thema am Wochenende; vorsorgliche Keulung, wenn man weiß, die Tiere hatten Kontakt in einem Gewässer mit Wildvögeln.

Die Vorsitzende: Ich würde jetzt, bevor die Abgeordneten an die Reihe kommen, zunächst Herrn Dr. Backhaus das Wort erteilen.

Minister Dr. Till Backhaus, Mecklenburg-Vorpommern (s. Anlage): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bundesminister, zunächst bin ich sehr dankbar, dass ich heute hier sein darf. Aus dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern kenne ich es so, dass die Ausschussarbeit sehr sachlich verläuft, weshalb ich alles dafür tun werde, dass Sie einen sachlichen Situationsbericht erhalten, der auch deutlich macht, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern alles Menschenmögliche in der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung unternimmt, um das Problem so schnell wie möglich zu lösen. Herr Bundesminister, ich bin uneingeschränkt dankbar über Ihre Darstellung und unterstütze diese uneingeschränkt. Ich möchte mich ausdrücklich für die intensive Zusammenarbeit, insbesondere mit Ihrem Haus, Ihnen persönlich und auch in der Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlerin und dem Bundesverteidigungsministerium bedanken. Wir sind auf diese Hilfe angewiesen und wir sind sehr dankbar in unserem Land.

Ich darf heute verkünden, wir haben die Lage im Griff. Dies war lange Zeit so nicht gewesen. Wir kennen jetzt genau die Situation und wir gehen davon aus, dass wir landseitig die Probleme tatsächlich voll im Griff haben. Ich will Ihnen zur Ausgangslage folgendes ergänzend zu dem, was der Bundesminister gesagt hat, mitteilen: Mecklenburg-Vorpommern ist das gewässerreichste Bundesland in Deutschland. Mecklenburg-Vorpommern hat die längste Ostseeküste Deutschlands, nämlich exakt 1.600 Kilometer Küstenlinie und wir haben mit der Insel Rügen einen Ort, wo sich im Winter täglich bis zu 100.000 Wassergeflügelarten und zwar 25 verschiedene Arten aufhalten. Wir müssen in den nächsten Wochen bis Mai damit rechnen, dass sich die Artenvielfalt auf 100 erhöht und dass sich zwischen 1 Mio. bis max. 5 Mio. Tiere dort in Bewegung halten. Die Dimension einer Wildgeflügelseuche hat es in Europa in dieser Form noch nicht gegeben. Ich bitte Sie bei allen Diskussionen, die wir in den vergangenen Tagen gehabt haben, auch noch einmal zu berücksichtigen, dass es auch in den vergangenen Jahren immer wieder erhebliche Verluste, insbesondere in der Schwänepopulation gegeben hat. Die Beobachtungen, die wir seit 2003 im Bereich der Wildpopulation gemacht haben, insbesondere im Geflügelbereich, haben uns deutlich gemacht, dass besonders auf der Insel Rügen zwischen 300 und 500 Schwäne jährlich leider auf Grund von Schwäche, Futtermangel und Kälte verendet sind. Ich will an dieser Stelle dieses Thema abschließen. Ich bitte Sie, das bei all den Vorwürfen oder Argumentationen, die auch öffentlich geführt werden, zu

berücksichtigen.

Wir haben aus meiner Sicht in Deutschland, in Europa und in Mecklenburg-Vorpommern keine Regelungsmängel. Dies ist auch in dem deutlich geworden, was der Bundesminister gesagt hat. Wir haben uns in Mecklenburg-Vorpommern immer darauf konzentriert - und ich bin belächelt, kritisiert und auch öffentlich gescholten worden - dass wir im September des vergangenen Jahres Maßnahmen eingeleitet haben, wie genau die Stallpflicht zu sein hat und u. a. Messen und Märkte oder auch den mobilen Handel als einziges Bundesland in Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern untersagt haben. Auch dieses bitte ich Sie, zu berücksichtigen. Wir haben es mit einer ganz besonderen Situation zu tun und die Qualität dieser Dimension bitte ich auch immer mit zu berücksichtigen.

Nachdem wir tatsächlich bis zum 13. Februar keine Positivfunde in den Wildgeflügelbeständen und zum Glück auch nicht in den Hausgeflügelbeständen hatten, bin ich persönlich am 14. Februar um 20.15 Uhr informiert worden, dass wir zwei erste Positivfunde haben. Was sicherlich auch in diesem Zusammenhang interessant ist, dass es wohl ein beringter Singschwan war, der Ende Januar nachweislich aus Lettland kommend in Mecklenburg-Vorpommern noch gelebt hat. Insofern ist es ein gewisses Indiz dafür, was nicht wissenschaftlich belegt ist, dass wir eine gewisse Einschleppungsgefahr oder das Risiko aus Richtung Osten konstatieren können.

Ich will in diesem Zusammenhang auch noch einmal wiederholen: In Mecklenburg-Vorpommern gibt es keine Regelungslücken. Es gibt es auch kein Kompetenzgerangel. Es sind alle Aufgaben und Kompetenzen in unserem Bundesland ganz klar geregelt. Die Landkreise und die kreisfreien Städte tragen die volle Verantwortung bei der Umsetzung des Tierseuchenrechts und sind auch voll verantwortlich im Rahmen der Katastrophenbekämpfung. Dies heißt also, es gibt ganz klare und eindeutige Zuständigkeiten. Es muss jetzt alles getan werden, dass alle toten Tiere aufgefunden und getestet werden, auch sterbende und dahin siechende Tiere geborgen und unverzüglich beprobt werden. Das Ziel muss sein, die Infektionskette so schnell wie möglich zu unterbrechen. Es sind zum Zweiten alle Absperrmaßnahmen und damit auch die Maßnahmen umzusetzen, um diese Gebiete solide und ordnungsgemäß, wie der Alarmplan dies bei uns aussagt, abzusperren. Ich halte es auch für absolut richtig, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern die Tötungsanordnung von Haustiergeflügelbeständen nach einer umfassenden Risikobewertung erteilt haben. Herr Bundesminister, ich darf an dieser Stelle auch sagen, dass die Maßnahmen sehr schnell ergriffen wurden und nach Bonn und nach Brüssel gemeldet worden sind, was hoffentlich auch dazu beigetragen hat, dass wir aus dem Land heraus dokumentieren können, dass alles getan wird, um diese Krise zu bewältigen.

Wir haben, so wie es der Bundesminister eben dargestellt hat, bisher 103 bestätigte Fälle. Unsere Veterinärbehörden leisten eine aus meiner Sicht hervorragende Arbeit. Das Friedrich-Löffler-Institut ist auf der Insel Riems in unserem Bundesland zu Hause, so dass wir gewisse Vorteile nutzen können. Wenn Sie sich jetzt die Karte anschauen, will ich darauf hinweisen, dass wir die Insel Rügen komplett in eine Schutzzone eingeteilt haben. Die kleinen roten Punkte sind die Fundstellen. Wenn Sie dann das Festland beobachten, dann sehen Sie die zwei größeren roten Punkte, dies sind die einzigen

positiven Funde, die wir einmal im Landkreis Nordvorpommern und in Ostvorpommern haben. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass ich auch die Anweisung erteilt habe und von meinem Weisungsrecht als Fachaufsichtsbehörde Gebrauch gemacht habe, dass wir das Beobachtungsgebiet in Mecklenburg-Vorpommern erweitert haben, nämlich dass wir die gesamten Landkreise zum Beobachtungsgebiet gemacht haben mit dem Ziel, erhöhte Wachsamkeit zu üben und mit Priorität alle toten Tiere einsammeln, zu testen und Maßnahmen einzuleiten, um dann auch für Sicherheit zu sorgen und die Infektionskette zu durchbrechen.

Sie interessiert wahrscheinlich die Frage nach konkreten Zahlen. Ich fange ganz bewusst bei den Haustierbeständen an. Wir haben mit Hilfe der Bundeswehr, für die ich mich noch einmal herzlich bedanke, aber auch mit dem THW, der Feuerwehr und der Polizei auf der Insel Rügen alle Betriebe kontrolliert und persönlich die Anordnung überbracht, wie im Zusammenhang mit ordnungsgemäßer Aufstallung und seuchenhygienischen Maßnahmen mit den Tieren umzugehen ist. So wurden an den Eingängen und Ausgängen Seuchenmatten, Beschilderungen angebracht und klinische Überwachung und Tupferproben/Stichproben angeordnet. Wir nehmen im Übrigen auch zur Kenntnis, dass plötzlich die Tierhalterzahlen steigen. In der Meldeliste, die von den Landkreisen zu erstellen sind, hatten sich bis zum Wochenende 978 tierhaltende Unternehmen eingetragen. Mittlerweile haben sich viele Kleintierhalter gemeldet, so dass die Zahl auf 1.300 gestiegen ist.

Über die klinischen Bestandsuntersuchungen liegen folgende Zahlen vor: Wir haben 1.008 klinische Bestandsuntersuchungen vorgenommen, 338 Bestände beprobt, 1.011 Tupferproben gemacht und vier Hühner direkt in die Untersuchung genommen. Es haben sich bis heute keine Anzeichen für klinische Auffälligkeiten ergeben. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass die Tötungsmaßnahmen ordnungsgemäß abgelaufen sind und wir ordnungsgemäß gehandelt haben. Wir haben die zwei Landkreise Nordvorpommern und Ostvorpommern zusätzlich in die Katastrophengebiete aufgenommen. Hier wird intensiv gearbeitet und wir wissen auch, dass wir auf Grund der Wetterlage damit rechnen müssen, dass der Vogelzug begonnen hat. Die ersten Kraniche und Kiebitze sind da, wodurch zusätzlicher Druck in die Region entsteht.

Ich will dann noch zu den Zahlen kommen, die mir heute Morgen mit auf den Weg gegeben worden sind. Wir haben gestern im gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern 629 tote Tiere geborgen. Die Sensibilität, Totfunde jetzt aus der Bevölkerung und den Ordnungskräften zu melden, ist drastisch gestiegen. Stand 22.02., 10.00 Uhr: Wir haben mit unserem Landesamt und mit dem Friedrich-Löffler-Institut 1.712 Untersuchungen vorgenommen und die 103 positiven Fälle aufgefunden. Ein Stückchen zur Relativierung sei angemerkt, dass damit 6 % der Tiere betroffen waren. Wer die raue See kennt, der muss wissen, dass bei Windstärke 8, wie z. B. gestern oder heute zum Teil mit Böen von Windstärke 9, die Bergungsarbeiten auf Wasser erschwert sind. Wir werden alles unternehmen, um die Tiere zu bergen, aber es gestaltet sich nach wie vor schwierig. Auch auf den Eisflächen sind zusätzliche Kapazitäten angesetzt worden und wir wären ohne die Unterstützung und Hilfe der Bundeswehr mit Luftkissenfahrzeugen, die das THW bei uns im Lande nicht hat, nicht in der Lage, dieses Problem tatsächlich zu lösen.

Weitere 500 Einsatzkräfte sind in Alarmbereitschaft gesetzt worden und ich darf Ihnen vielleicht abschließend noch einmal die Kräfte und Mittel sagen, die sich zurzeit im Einsatz befinden. Wir haben auf der Insel Rügen 201 Freiwillige und Ordnungskräfte, 294 Kräfte von der Bundeswehr und eine Reserve von 500 zusätzlichen Kräften, 130 Personen des THW und 102 zusätzliche Polizeibeamte. Wenn Sie die Medienpräsenz dort erleben und die Erfahrungen, die wir gesammelt haben, dass die Helferinnen und Helfer oder auch zum Teil die Bundeswehr bei der Bergung der Tiere behindert werden, dann rufe ich noch einmal die Medien auf, die Kräfte in Ruhe arbeiten zu lassen und sich von den Schutzzonen und den eigentlichen Sperrgebieten fern zu halten. Dort gilt Betretungsverbot. Zum Teil wird dies nach wie vor nicht eingehalten. Zusätzlich sind auch Dank der Unterstützung des BMELV und anderer Bundesländer 13 Tierärzte im Einsatz, so dass insgesamt durch die Maßnahmen, die wir als Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Ländern ergriffen haben, 689 zusätzliche Kräfte hinein transferiert worden. Die Zahlen der anderen Landkreise, die in erhöhter Bereitschaft stehen, sehen folgendermaßen aus: In Ostvorpommern mit der Hansestadt Greifswald sind 25 Personen bereits im Einsatz, in der Hansestadt Stralsund 24, in Rostock 44 und in Nordvorpommern 115. Zusätzlich sind freiwillige Kräfte vorhanden.

Folgende technische Mittel sind dabei im Einsatz: Wir sind mit zusätzlichen 32 Polizeifahrzeugen vor Ort, um ein geordnetes Vorgehen überhaupt absichern zu können. Ich habe ja Hinweise gegeben, dass es da am Anfang Probleme gab. Wir haben 9 Boote im Einsatz. Das THW ist u. a. mit Spezialtechnik, 10 zusätzlichen Schlauchbooten und anderen Luftkissenbooten im Einsatz. Die Bedarfsanforderungen, direkte Beschaffung von Schutzanzügen, Desinfektionsmittel bis hin zu besonderen Maßnahmen, sind umgesetzt worden. Ich hoffe, dass deutlich wurde, dass wir die Krise jetzt bewältigen werden und dass wir alles daran setzen, insbesondere Schäden von Nutztierbeständen und für den Menschen fern zu halten.

Die Vorsitzende: Danke Herr Dr. Backhaus. Sowohl den Bundesminister als auch den Landesminister würde ich bitten, uns schriftliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Peter Bleser: In Krisen bewähren sich Parteien und Menschen unterschiedlich und wenn dann noch in drei Bundesländern Landtagswahlen sind, dann erhält diese Aussage eine neue Dimension. Offensichtlich konnten insbesondere die kleineren Parteien der Versuchung nicht widerstehen, dieses Thema politisch zu nutzen. Dies ist sehr schade und der Minister hat es schon dargestellt, dies unterscheidet uns von anderen Ländern der Europäischen Union, wo man in Zeiten von Krisen zusammensteht und wenn nötig, sachliche Hinweise gibt, Fragen stellt und Kritik äußert, aber die Polemik nicht in dieser Art und Weise nach vorne trägt.

Ich bin sehr froh, Herr Minister Seehofer, dass Sie mit uns übereingestimmt haben, dass von Anfang an streng nach der wissenschaftlichen Bewertung vorgegangen werden sollte, um auch darauf vorbereitet zu sein, dass bei einer Eskalation die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden können. Deswegen bin ich auch froh, Herr Backhaus, dass nach anfänglichem Zögern, insbesondere einer Ihrer Landrätinnen, es gelungen ist, in Ihrem Land die nötigen Schritte einzuleiten. Sie haben sich in besonderer Weise persönlich eingebracht. Ich bin deswegen auch der Meinung, dass die

Wertstellung, die wir von Anfang hatten, richtig ist, nämlich zuerst Schutz des Menschen, Schutz der Nutztiere und dann der Wildtiere und erst danach die ökonomischen Auswirkungen in die Waagschale werfen. Aber der Grundsatz gilt: Sicherheit geht vor Ökonomie und deswegen, Frau Vorsitzende, muss ich auch Sie gleich persönlich in die Kritik nehmen. Sie haben sich dazu verleiten lassen, Fragen zu beantworten, die nicht gestellt waren und Sie haben die Möglichkeit der Durchführung der Fußballweltmeisterschaft auch im Zusammenhang mit der Vogelgrippe in Frage gestellt, was ungeschickt war und einem Profi wie Ihnen nicht geschehen darf. Dies hat immerhin dazu geführt, dass durch die Medienkampagne der letzten Tage – so die Aussage des Lebensmitteleinzelhandels – eine Verunsicherung beim Verbraucher eingetreten ist, die auch ökonomisch schon feststellbar ist. Dieses Verhalten ist nicht verantwortlich. Gegipfelt hat es in der Aussage vom Kollegen Goldmann, dass allein die Anwesenheit des Bundesministers vor Ort, die ich für dringend erforderlich gehalten habe, eine Verbreitung der Seuche drastisch erhöht worden wäre. Dies ist wirklich nicht seriös und von einem geschätzten Veterinär wie Ihnen nicht zu erwarten. Wenn dann ein Ministerpräsident eines Bundeslandes – und ich muss mein eigenes jetzt leider nennen, Herr Beck – meint, dass der Bundeswehreinsatz eine Theaterinszenierung wäre, ist dies auch kein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion.

Zu erwähnen ist, dass unser Minister, seit er um 20.15 Uhr informiert wurde, von Anfang an bei Tag und Nacht im Einsatz ist und sich um die Seuche und deren Bekämpfung kümmert. Dies weckt Vertrauen in der Bevölkerung und ist auch wichtig, um die Sensibilität für die Seuche voranzubringen. Wir müssen weiter gezielt vorgehen, um ein Übergreifen auf die Nutztierbestände zu vermeiden. Erst danach ist eine akute Gefahr für den Menschen zu erwarten. Natürlich sind die Warnhinweise mit der Berührung von wilden Tieren zu beachten.

Ich hätte deswegen drei Problembereiche gern angesprochen. Herr Prof. Mettenleiter, Sie sind heute schon viel gelobt worden. Ich will mich diesem Lob ausdrücklich anschließen. Ich bin ein bisschen stolz darauf, dass wir in Deutschland das Friedrich-Löffler-Institut auf der Insel Riems haben. Ihre wissenschaftlichen Aussagen genießen Glaubwürdigkeit weit über unser Land hinaus. Zunächst an Sie die Frage: Es wird berichtet, dass Sie einen Markerimpfstoff entwickelt haben, der zur Impfung von Tieren eingesetzt werden kann, der sich allerdings noch im Zulassungsverfahren befindet. Die Frage wäre an Sie, ob bei einem Übergreifen der Seuche auf die Nutztierbestände dieses Zulassungsverfahren extrem verkürzt werden könnte, um mit diesem Impfstoff schon in die Praxis zu gehen? Diese Bewertung von Ihnen wäre mir wichtig, weil wir dann auch die Versachlichung der Diskussion in der Frage der Impfung einleiten könnten.

Die zweite Frage ist, die vielleicht Herr Backhaus eher beantworten kann. Ist es sichergestellt, dass beim Übergreifen der Seuche auf Nutztierbestände die praktischen Tierärzte mit in die Bekämpfung der Seuche eingebunden sind? Sind sie trainiert? Sind sie in entsprechende Szenarien eingebunden bzw. verfügen sie über die Kenntnisse, insbesondere die Kollegen, die in der Heimtierversorgung tätig sind, also mehr oder weniger Kanarienvogel und andere Haustiere behandeln?

Herr Minister Seehofer, Sie haben dankenswerter Weise dies auch in Brüssel immer wieder auf die

Tagesordnung gebracht. Meine Frage an Sie wäre, nachdem die Franzosen und die Niederländer den Antrag gestellt haben, in ihren Ländern impfen zu dürfen, welche Rückschlüsse müssen wir ziehen, wenn unsere Nachbarländer in dieser Sache eine andere Position einnehmen?

Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier: Zunächst einmal vielen Dank für die umfangreiche Schilderung der Maßnahmen. Ich glaube, was heute Morgen sowohl vom Bundesminister Seehofer als auch vom Minister Backhaus vorgetragen worden ist, macht deutlich, dass die Strategie, die verfolgt wird, hoffentlich den erwarteten Erfolg bringen wird. Die Reaktion der kommunalen Ebene ist für mich so nicht nachvollziehbar. Dies mag damit zusammenhängen, dass nach Rücksprache mit meinem Landrat zu Hause, in solchen Situationen die Kostenfrage nicht in jedem Fall geklärt wäre. Dies mag in dieser Situation ein evtl. Hinderungsgrund gewesen sein, den Katastrophenfall auszurufen. Ich appelliere daher auch noch einmal an die Länder, den kommunalen Ebenen zuzusagen, dass sie in so einer Situation nicht allein stehen. Eine Rückfrage am Wochenende und auch eine Vor-Ort-Besichtigung der Maßnahmen - ich habe ein ähnliches potenzielles Risikogebiet bei mir vor Ort - hat gezeigt, dass auch die Debatte und die Diskussion um das Vorgehen auf der unteren Ebene letztendlich dazu geführt hat, dass die Sensibilität der Kommunen und der Landkreise erheblich gestiegen ist. Es gibt, glaube ich, kaum noch einen Landkreis in Deutschland, in dem nicht die entsprechenden Krisengremien schon einmal beisammen gesessen und Szenarien durchgesprochen haben. Es gilt jetzt vor dem Hintergrund des massiven Einsatzes von Ressourcen, Personal und Bundeswehr nicht nachzulassen, sondern die auch jetzt noch bestehenden Risiken weitestgehend zu minimieren und das, was danach kommt, ist eigentlich nur Warten auf die weitere Entwicklung. Mehr können wir im Augenblick nicht tun. Die politische Ebene hat hier alle Vorgaben meiner Ansicht nach erfüllt. Das Weitere ist in die Entwicklung zu stellen, die die Natur für uns vorhält. Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass fast eine Million oder evtl. noch mehr Vögel in diese Region einwandern und diese als Rastplatz verwenden werden, so dass es evtl. ein weiteres Eintragen in andere Bereiche geben kann. Wenn das Monitoring funktioniert, dann wird uns ein schnelles Handeln auch vor Ort gelingen. Denn überall da, wo Seuchenfälle vorkommen, ist schnelles Handeln geboten.

Man kann jetzt darüber diskutieren, ob man Impfstrategien einsetzt, denn es muss über die Situation hinausgedacht werden. Bisher besteht bei den zugelassenen Impfstoffen für diesen Bereich keine einzige vernünftige Variante, die ausreichenden Impfschutz gewährleistet, so dass bei jeder Impfung nicht ganz auszuschließen ist, dass sich unter der Impfdecke das Feldvirus weiter vermehrt. Wenn ich eine Impfpopulation zu 100 % impfe, werde ich nicht von allen Tierarten eine entsprechende Impfreaktion erwarten können. Wenn die Holländer nun in Zoos anfangen zu impfen, stellt sich die Frage, ob bei Kormoranen und Flamingos entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen. Dies liegt nicht vor, weshalb ins Dunkle geimpft wird und wohl eher der Gewissensberuhigung als einer wissenschaftlichen Analyse dient. Eine ähnliche Situation könnte sich unter Umständen in Frankreich ergeben. Dort haben die Franzosen beantragt, mit dem in Asien verwendeten Impfstamm H2N2 in drei Departments zu impfen. Die Frage ist auch bei diesem Impfstoff: Ist er ausreichend wirksam und welche Komplikationen können sich daraus ergeben? Wir werden mittelfristig um die Debatte nicht herumkommen. Meiner Einschätzung nach müssen wir gerade diesen Bereich auch mit den entsprechenden Ressourcen weiter unterstützen. Ein Ansatz ist das, was vom FLI geleistet

worden ist, einen Vektorimpfstoff zunächst einmal zu kombinieren und auch den entsprechenden interessierten Unternehmen zur weiteren Entwicklung zur Verfügung zu stellen.

Eine Frage ist, inwieweit wir mit anderen rekombinanten Impfstoffen, die es ja bereits in entsprechenden Linien gibt, ebenfalls erfolgreich sein können. Dies ist eine Entwicklung, die wird weltweit betrieben. Da stehen wir in Deutschland nicht allein. Dies machen auch Unternehmen in Großbritannien und auch in den USA. Wir sollten dann aber dafür Sorge tragen, dass wir zunächst einmal klinische Erfahrungen in diesem Bereich bekommen, und dass wir Hindernisse bei der Zulassung, die in bürokratischen Hemmnissen bestehen, unverzüglich aus dem Wege räumen, um dort eine klare Erkenntnislage zu haben. Zum anderen müssen wir uns auch um all die Betriebe, die Freilandhaltung betreiben, oder auch um Nutztierzüchter oder Geflügelzüchter, die kleinere Bestände halten, kümmern. Es ist deutlich geworden, dass nicht jeder seinen Bestand angemeldet hat, obwohl dies vielleicht in der amtlichen Bekanntmachung in der Zeitung gestanden hat. Dort geht die Angst um, dass evtl. der ganze Bereich durch entsprechende Reglementierungen unter Umständen von den Züchtern in der bisher gewohnten Weise nicht immer aufrecht gehalten werden kann. Nicht jeder hat entsprechende Stallungen. Bei Enten wissen wir, dass sie sich in einer festen Unterbringung, ohne Freiland und ohne Wasser überhaupt nicht vermehren. Das Problem ist, was kommt dann. Kann man unter bestimmten Maßgaben und bei entsprechender Seuchenlage evtl. zeitlich befristete und selbstverständlich genau definierte Ausnahmen, beschließen oder ist es angezeigt, in diesem Zusammenhang den Betrieben adäquat eine gewisse wirtschaftliche Hilfe zukommen zu lassen, so dass man vor dem Hintergrund nicht ins wirtschaftliche Aus läuft. Zu anderen Gelegenheiten haben wir es bereits getan. Ich appelliere einmal daran, darüber nachzudenken, dass diese Situation unter Umständen entsprechend zu würdigen ist. Wenn man ein Gesamtfazit aus der jetzigen Situation zieht, kann man nur eins sagen: Wachsamkeit ist geboten.

Leidgeprüft bin ich auch in der Hinsicht, was Kontakte mit bestimmten Medien angeht. Ich gehe einmal davon aus, dass die Worte zur Fußballweltmeisterschaft nicht so gefallen sind, wie sie zitiert worden sind. Es ist ja auch bereits dementiert worden. Es macht aber deutlich, wie in einem bestimmten Umfeld der Medienberichterstattung das Ganze instrumentalisiert und an Ebenen appelliert wird, was man tunlichst vermeiden sollte. Dies gilt nur für einen Teil. Der überwiegende Teil der Medien verhält sich da mehr als korrekt und versucht auch sachliche Informationen zu transportieren, um dazu beizutragen, dass die Bevölkerung nicht über die Maßen beunruhigt wird. Solche Schlagzeilen wie in der „Berliner Zeitung“: „Der gefiederte Tod ist gelandet“ kann man sich sparen. Solche Medien muss man auch nicht unbedingt lesen.

Eine Frage an Herrn Mettenleiter: Wie sieht er die Perspektive für die Entwicklung eines wirksamen, mit Marker initiierten Impfstoffes für die nächste Zeit und welche Strategien bieten sich in diesem Zusammenhang an?

Abg. Hans-Michael Goldman: Ich will noch eine Vorbemerkung machen, Herr Seehofer. Ich komme aus einem Landkreis, in dem 19,6 Mio. Stück Geflügel stehen. Ich komme aus einem Landkreis, in dem wir uns seit langer Zeit mit Auswirkungen einer Geflügelpest befassen und auch leider befassen

mussten, weil wir 2003 in den Niederlanden einen Fall hatten, der auch Betriebe und Unternehmen im Emsland massiv getroffen hat. Deswegen gehen Sie ganz gelassen davon aus, dass ich mit dem Sachverhalt, der uns hier beschäftigt, außerordentlich verantwortungsbewusst umgehe. Wenn Sie sich die Mühe machen, meine Rede, die ich hier in der letzten Woche im Rahmen der Regierungserklärung gehalten habe, noch einmal nachzulesen, dann werden Sie ganz unschwer erkennen, dass ich nach meiner Einschätzung der Einzige war, der eine klare fachliche Trennung vorgenommen hat zwischen Tierseuche bei Wildtieren, deren Auswirkung auf Nutztiere, deren Möglichkeiten der Beeinträchtigung von Menschen und einen ganz dicken Trennstrich gezogen habe zu dem Problem oder der Herausforderung der Pandemie. Nur leider waren Kollegen, die auch heute hier sitzen, nicht in der Lage, dass auch nur andeutungsweise mit zu verfolgen, weil sie wohl davon bestimmt waren, auf keinen Fall irgendwelchen rot/schwarzen Schaden an dieser Bundesregierung ins Spiel zu bringen. Dort hat es Ausführungen gegeben, von denen ich eigentlich erwartet habe, dass sich mehr als nur Einer oder Eine bei mir entschuldigen. Dies sage ich einmal ganz deutlich. Ich sage auch ganz deutlich, Herr Minister und Herr Backhaus, bei dieser Regierungserklärung haben Sie morgens sehr betroffen ausgeführt, dass Sie die Lage im Griff haben. Da haben Sie ausgeführt, dass Sie tausende von Tieren getestet haben und nur zwei bis jetzt auffällig geworden sind. Am selben Abend erklären Sie in der Tagesschau, dass Sie sich geirrt haben und genau dasselbe tritt auf Sie zu, Herr Minister Seehofer, denn auch am selben Tag, am 16.02., erklären Sie bei „Berlin-Mitte“, dass Sie große Versäumnisse in Mecklenburg-Vorpommern sehen. Deswegen lassen Sie uns erst einmal versuchen, ein bisschen fachliche Struktur in diese Auseinandersetzung hineinzubringen. Ich bleibe dabei, ich habe den Eindruck, dass sowohl das Verbraucherschutzministerium in Berlin als auch das Ministerium in Mecklenburg-Vorpommern nicht die richtigen fachlichen Antworten gibt. Ich habe die Vermutung, dass Sie nicht in der Lage sind, einzuschätzen, welche Systematik hinter der Vogelgrippe steckt, weil Sie einfach nicht wissen, was es bedeutet, wenn man mit 19,6 Mio. Geflügel umgehen muss.

Herr Minister Seehofer, es stimmt faktisch nicht, wenn Sie sagen, dass Sie mit Ihrer Frau Ministerkollegin fachlich im Einklang stehen. Ihre Ministerin hat transportiert, es handele sich um eine Tierseuche. Sie haben richtig transportiert, es handele sich um eine Tierseuche mit der Potenz der Übertragbarkeit auf den Menschen. Nur wenn diese unterschiedlichen fachlichen Stränge von Ministern transportiert werden, da muss man sich nicht darüber wundern, dass Menschen sich dann fragen, warum es eigentlich so schlimm sei, ein solches Tier anzufassen. Denn nach der Schmidtschen Version kann ich von dem Tier gar nicht in meiner Krankheit beeinträchtigt werden, denn es handelt sich ja um eine reine Tierseuche. Dies ist genau der Punkt, der sich wie ein roter Faden durch Ihr Tun hindurch zieht. Es ist verständlich, dass Menschen in Angst oder vielleicht an einer Stelle auch überspitzt reagieren, wenn Ihr Staatssekretär hier im Fachgremium Ausführungen macht und mit keinem Wort erwähnt, dass möglicherweise ein Bundeswehreinsatz notwendig sei und dann einige Tage später die Bundeswehr im Einsatz ist. Bundeswehr im Einsatz bedeutet eine in diesem Fall notwendige Hilfestellung in einer ganz speziellen Situation. Wenn Sie das nicht in Ihrer Argumentationskette deutlich machen, erreichen Sie ein Verwirren an Botschaften und dürfen nicht denjenigen Vorwürfe machen, die sich nach meiner Einschätzung sehr streng an der Sache orientieren.

Dann will ich auch noch etwas zu Ihrem Besuch in Mecklenburg-Vorpommern sagen. Ich war nicht da und wollte auch auf Nachfragen meiner Fraktion nicht hinfahren. Ihre Botschaft, Herr Minister, war eine andere. Ihre Botschaft war, mit vielen Journalisten und Bevölkerung gehe ich in ein Seuchengebiet. Einen Tag später fordern Sie in der „Bild am Sonntag“ die totale Absperrung dieses Gebietes. Im Fernsehen werden Bilder gezeigt, wie Sie mit einem angemessenen Wagentross nach Schwerin fahren; es wird aber nicht gezeigt, ob Sie wirklich durch eine Infektionsschleuse gefahren sind. Im Übrigen wurden die anderen Desinfektionsschleusen erst viel später eingerichtet, denn dies musste die Bundeswehr machen, weil sich die Kräfte vor Ort nicht in der Lage sahen, dies zu erledigen. Die Botschaft, die beim Bürger ankommt, ist, der fährt da hin und bringt relativ viele Journalisten mit, die dann im Rahmen der Regierungserklärung dafür gescholten worden sind, dass sie mit ihren Kameras relativ dicht bei den betroffenen Schwänen und im betroffenen Gebiet waren. Dann tauchten Ihre Autos nebenbei wieder in Schwerin auf und da sagt sich jemand, der ein bisschen Verständnis dafür hat, warum wird nicht darauf hingewiesen, dass man eigentlich eins überhaupt nicht tun darf, nämlich in das Kerngebiet eines Seuchengebietes hineinzugehen. Herr Mettenleiter, Sie haben das Verhalten von Journalisten öffentlich kritisiert. Dass Sie nun nicht das Verhalten eines Ministers kritisieren, kann ich verstehen, nur hier entsteht eben diese Verwirrtheit an Botschaft, die dazu führt, dass die Dinge aus unserer Sicht so unterschiedlich beurteilt werden. Ich habe ja Verständnis dafür, dass Sie auch ein Stück ablenken wollen. Nur eins sollten Sie wirklich nicht tun, Sie sollten nicht diejenigen, die hier im Grunde genommen eine Sitzung einfordern, um Aufklärung zu transportieren und die sich dann in ihrem persönlichen Tun um diese Aufklärung bemühen, die sollten Sie nicht durch das Herbeizitieren von Äußerungen aus öffentlichen Erklärungen so in eine Ecke schieben, nach dem Motto: Oh, was ist dies für ein Schlimmer, der verbreitet hier Panik und ich bin der Mann, der die Dinge vernünftig auf den Weg bringt.

Ich bleibe dabei, es hat dramatische Defizite in Mecklenburg-Vorpommern gegeben. Es hat eine völlige Fehleinschätzung von Ihnen, Herr Backhaus, gegeben und ich muss sagen, ich war davon auch menschlich enttäuscht. Sie haben die Landrätin von Rügen im Deutschen Bundestag an den Pranger gestellt, obwohl Sie ganz genau wissen, dass Sie die Fachaufsicht haben. Wenn Sie als studierter und promovierter Landwirtschaftsminister im Agrarbereich nicht zu der Einschätzung kommen, dass möglicherweise eine Landrätin mit dieser Situation vielleicht ein Stück überfordert gewesen ist, dann sind Sie nach meiner Einschätzung an dieser Stelle falsch. Sie hätten unzweifelhaft sofort eingreifen müssen, als die Katastrophe noch nicht ausgerufen war, wie Sie es ja auch später mit Maßnahmen der Heilung getan haben. Sie sagen jetzt wieder, die Dinge sind alle geregelt und geordnet. Na, dann widersprechen Sie doch bitte dem Verbraucherschutzminister Seehofer, der Bundeskompetenz fordert. Ich bleibe dabei, die Position der Bundesregierung in dieser Frage ist und bleibt unklar und Herr Backhaus, nehmen Sie es als politische Aussage, Sie haben in dieser Situation versagt. Ich wundere mich darüber, dass Sie versagt haben, denn die Vogelgrippe ist nicht vom Himmel gefallen, sondern die Vogelgrippe hat sich auf unser Land zu bewegt.

Lassen Sie mich zu den Fragen kommen. Herr Seehofer, am 08.01.2006 erklären Sie in der „Bild am Sonntag“ unter der Überschrift: „Vogelgrippe“, wir sind vorbereitet! Würden Sie unter der Kenntnis der

Ereignisse auf Rügen diese Aussage heute korrigieren und wo sehen Sie die Mängel, die aufgetreten sind und welche Wege gehen Sie, um die Mängel, die eingetreten sind, abzustellen.

An Herrn Backhaus die Frage: Sie wissen, dass am 07.02. vier tote Schwäne aufgefunden worden sind. Am 14.02. lag das Ergebnis dieses sog. Schnelltestes vor. Dies sind sieben Tage. Herr Backhaus, wie kam es, dass das Schnelltestergebnis nicht wie üblicherweise, wir waren da ja noch in der sog. entspannten Phase, wenn man dies einmal so nennen soll, nicht innerhalb von 24 Stunden vorlag, sondern erst so viel später. Am 15.02. lagen die toten Schwäne immer noch am Fundort. Es herrschte ungehinderter Zugang zum Seuchengebiet. Warum sind diese Missstände so spät abgestellt worden? Warum mussten diese beim Besuch von Minister Seehofer auf der Insel am 18.02. noch beklagt werden? Warum hat das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht unmittelbar nach Bekannt werden der Ereignisse auf Rügen Fachhilfe geleistet, sondern diese Hilfe erst wesentlich später, nämlich am 17.02., zur Verfügung gestellt. Sie wissen, was ich meine: 76 Helfer, 20 Fahrzeuge, 100 Schutzanzüge und Spezialgeräte sowie Schutzzäune.

Herr Minister Seehofer, warum hat Ihr Parlamentarischer Staatssekretär, Dr. Müller, bei der Expertenanhörung im Verbraucherausschuss nicht erwähnt, dass möglicherweise ein Bundeswehreinsatz nötig sein werde, um im Falle der Vogelgrippe mit den Gefährdungen für Menschen und Tiere fertig zu werden.

Trifft es zu, dass Prof. Mettenleiter das Verhalten der Journalisten auf Rügen kritisiert hat und haben Sie bei dem Besuch von Herrn Minister Seehofer auf Rügen auch Journalisten darauf hingewiesen, dass eigentlich ihr Besuch unklug ist. Sind die Journalisten darauf hingewiesen worden, dass Sie, wie dies bei einem ganz normalen Besuch z. B. eines Nutztierbestandes absolut üblich ist, Kopfbedeckungen, Schutzvorrichtungen an den Füßen und Ganzkörperkittel tragen müssen?

An Minister Backhaus habe ich noch eine Frage: In welcher Form hat es Kontakte zwischen Ihnen und dem im Urlaub weilenden Ministerpräsidenten Ringstorff gegeben und haben Sie bei Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten Ringstorff darauf hingewiesen, dass es, gerade vor der Auftragswahrnehmung, Menschen und Tiere zu schützen, klug wäre, nach Hause zu kommen. Am 21.02. meldet die „Süddeutsche Zeitung“, dass seit vergangenem Jahr mehr als 1.500 High-tech-Schutzanzüge in Mecklenburg-Vorpommern für den Notfall bereitliegen. Warum standen diese Schutzanzüge nicht viel frühzeitiger zur Verfügung, um die Gefährdung der Übertragung von den infizierten Tieren auf die Nutztiere und auf die Menschen auszuschließen?

Abg. Dr. Kirsten Tackmann: Ich glaube, wir müssen zusammen feststellen, dass die Gefahr der Einschleppung der Vogelgrippe offensichtlich unterschätzt worden ist. Ich kann mich noch sehr lebhaft an die Debatte im Januar zur aktuellen Stunde erinnern, wo ich die Einzige war, die gesagt hat, wir sollten uns nicht beruhigt zurücklehnen und sagen, wir sind auf alles vorbereitet. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass die Gefahr sehr real ist und dass wir die Einschleppungswege, die auch das FLI beschrieben hat, insbesondere illegaler Handel mit Risikomaterial und Vogelzug, eben nicht kontrollieren können. Womit wir alle nicht gerechnet haben, ist das Ausmaß der Dinge. Wenn wir hier

schon an Sachlichkeit appellieren, würde ich diese auch gegenüber der Landrätin einfordern wollen, weil die Äußerungen am Donnerstag im Plenum gerade in Richtung der Landrätin nicht wirklich fair waren. Auf diese Situation war keiner vorbereitet und darauf hat man sie auch nicht vorbereitet. Insofern glaube ich, dass man auch gemeinsam daraus lernen sollte.

Daraus abgeleitet auch meine Frage an Herrn Mettenleiter. Was unterscheidet eigentlich die Situation jetzt in der Bundesrepublik nach dem vermutlichen Eintrag des Virus durch Schwäne von der Situation, die Tage oder Wochen vorher in anderen Ländern wie Italien, Griechenland und Zypern nicht zu Konsequenzen geführt hat? Also was unterscheidet die epidemiologische Situation? Was ist für uns daraus abzuleiten, wenn es dort Unterschiede gibt?

Wir haben immer über die Südostroute und Südwestroute diskutiert und die Wahrscheinlichkeit der Einschleppung. Warum stand der Osteintrag aus dem Baltikum nicht so im Fokus? Wie sind die Daten, die aus dem Baltikum bekannt sind? Wie ist das Virus dort verbreitet? Weiß man dies überhaupt? Gibt es entsprechende Untersuchungen? Nach meiner Wahrnehmung sind die Notfall- und Alarmpläne sehr stark darauf fixiert, dass man in Regularien und den eingeführten Maßnahmen sehr im Detail festgelegt hat, was passiert, wenn in einem Nutztierbestand die Geflügelpest ausbricht, aber weniger die Wildvogelpopulation und dann noch dazu in dieser hohen Verbreitung beachtet hat. 6 % hört sich wenig an, aber es sind eine Menge Tiere. Müsste man jetzt nicht diese Notfall- und Alarmpläne anpassen? Müsste man nicht versuchen, sozusagen dort mehr Hilfestellung für die örtlichen Behörden zu leisten und wie war die Virusbelastung der einzelnen Tiere, die untersucht worden sind? Mit welcher Kontaminationsgefahr müssen wir rechnen?

Die nächste Frage betrifft die unterschiedlichen Vogelarten. Es wurde ein relativ breites Spektrum von verschiedenen Vogelarten infiziert aufgefunden. Gibt es da schon Risikobewertungen für die einzelnen Vogelarten, also bezüglich einmal der eigenen Infektion, der Infektionsempfänglichkeit und bezüglich der Pathogenität bzw. auch der Gefahr der weiteren Verschleppung durch Vogelarten und müsste man daraus dann auch bezüglich der Untersuchungsstrategie Schlussfolgerungen ziehen? Zu dieser Untersuchungsstrategie auch noch eine Frage. Die Kapazitäten zur Untersuchung sind zwar vorhanden, aber begrenzt. Gibt es schon Pläne für die Länder über Untersuchungsszenarien und Strategien, wie dies im Falle eines Seuchenausbruchs angepasst werden muss? Es macht ja in der Tat keinen Sinn, nur auf die Prozentzahl der infizierten Vögel auf Rügen zu schauen. Das eigentliche Risiko, was jetzt abgeschätzt werden muss, ist ja die Ausbreitungstendenz. Da gibt es vielleicht auch Festlegungen, die ich nicht kenne.

Zur Aufstellungsbefristung: Wir haben ja im Moment ein Aufstellungsgebot bis Ende April. Jetzt haben wir die Situation, dass zumindest regional ein längerfristiges Infektionsrisiko aus den Wildvogelbeständen besteht. Wir gedenkt die Bundesregierung da zu agieren? Wird die Aufstellung verlängert? Wann wird sie verlängert? Unter welchen Umständen wird sie verlängert?

Die Katastrophenschutzübungen sind angesprochen worden. Nach meinen Kenntnissen ist bei der letzten Katastrophenschutzübung zur Geflügelpest nicht auffällig gewesen, dass Amtstierärzte oder

Ähnliche Wissenslücken haben oder vielleicht irgendwelche Schwierigkeiten auftreten. Daraus leitet sich natürlich die Frage ab, ob da vielleicht das Falsche geübt wird. Hätte man diese Katastrophenschutzübungen auf andere Elemente der Reaktionsszenarien abstellen müssen? Es gab ja auch andere Katastrophenschutzübungen, wo durchaus Defizite aufgefallen sind. Hat man da die richtigen Schlussfolgerungen daraus gezogen?

Bezüglich der Tötungskapazitäten, ich habe in meinem Wahlkreis und auch anderswo versucht zu eruieren, worauf meine wissenschaftliche Mitarbeiterin, die Tierärztin ist, vor Ort mitgearbeitet hat. Sie berichtete mir, dass es durchaus Schwierigkeiten gibt mit Tötungskapazitäten. Ich habe dies auch im Januar schon angesprochen. Wir haben jetzt im Moment noch kleine Bestände, die getötet werden müssen. Aber wenn dann doch der Fall eintritt, dass größere Bestände gekeult werden müssen, sind dann die notwendigen Maßnahmen getroffen, dass z. B. das entsprechende Equipment vorhanden oder das entsprechende tiermedizinische Personal vor Ort ist? Es ist ja auch eine tierschutzrelevante Fragestellung, dass die Tötungen so erfolgen, dass man sie mit der Ethik verbinden kann.

Was mir auch noch wichtig ist, ist die Vorsorge und die Vorbereitung der Hilfskräfte. Es gab verschiedene Hinweise, dass die Hilfskräfte, die beim Bergen der toten Vögel einem gewissen Infektionsrisiko ausgesetzt werden, möglicherweise nicht wirklich in ihre Arbeit eingewiesen waren bzw. keine Vorsorge zu Impfungen oder ähnlichen Dingen getroffen wurde. Ist Vorsorge getroffen worden, dass in den Kreisen, die jetzt noch nicht betroffen sind, die aber möglicherweise betroffen sein könnten, die Einsatzkräfte, die im Auftrag der Behörden mit dem Bergen von Tieren beschäftigt sind, mit entsprechenden Maßnahmen einen Mindestmaß an Schutz haben. Sie wissen ja, dass der Impfstoff nur ein heterologer Impfstoff ist, aber wenig Schutz ist immer noch besser, als gar kein Schutz. Zu den 1-Euro-Jobber: Ich finde es absolut nicht tolerabel, dass Menschen, die noch nicht einmal einem sozialversicherungspflichtigen Job nachgehen in solche Arbeiten mit einbezogen sind.

Zum Schluss noch die Frage, Herr Minister Seehofer, Sie sprachen davon, dass mit Hubschraubereinsätzen noch große Bestände von Seevögeln festgestellt wurden. Können Sie oder Herr Mettenleiter dazu noch genauere Ausführungen machen? Mein Wahlkreis ist ein großes Kranichzuggebiet. Es gibt jetzt sehr große Befürchtungen, dass es eine Eskalation im Wildvogelbereich gibt. Ein Massensterben, ich überziehe dies jetzt einmal, unter Seevögeln oder später dann auch im Binnenland unter den Zugvögeln wäre natürlich eine Katastrophe und das eigentlich beschriebene Risiko, nämlich der Eintrag über die Südostroute, was zur Aufstallungspflicht am 1. März ursprünglich mal geführt hat, dies haben wir ja noch gar nicht. D. h. also, die ursprünglich vom FLI als höchstes Risiko bezüglich Zugvögeln beschriebene Route, ist im Moment noch gar nicht aktiv. Gibt es irgendwelche Vorbereitungen, die sozusagen in dieser Richtung uns vielleicht etwas besser aufgestellt sehen, als es auf Rügen jetzt passiert ist.

Abg. Undine Kurth: Ich möchte meine Ausführungen erst einmal damit beginnen, dass wir sehr froh sind, dass diese öffentliche Sitzung stattfindet, weil wir hoffen, dass sie zur Rationalität der Debatte beiträgt. Mein Appell an alle, die hier vertreten sind, ist, sich darum zu bemühen, dass Sachlichkeit einzieht. Wenn man sich Fragen anhört, ob man Kinder noch im Freien spielen lassen kann oder ob

man alle Kanarienvögel des Landes erschlagen muss, dann merkt man, dass die Debatte teilweise durch Paranoia gezeichnet ist und nicht von dem notwendigen Ernst mit der wir sie führen müssen.

Herr Minister Seehofer, Sie haben richtig geschildert, dass man sich immer in dem Vorwurf bewegt zwischen Aktionismus und zu wenig Tun. Entscheidend ist, dass man das Richtige tut. Dazu gehört aber auch, dass man das, was falsch gelaufen ist, benennt und daraus Lehren zieht. Sie müssen schon gestatten, dass nicht immer der Eindruck entsteht, dass das mit der richtigen und deutlichen Transparenz passiert. Sie sagten vorhin völlig richtig, es ist exakt umgesetzt worden. Okay, dann benennt man Schutzzonen, aber man muss dann auch dafür sorgen, dass in den Schutzzonen das richtige passiert. Die Schutzzone allein ist noch nicht die Rettung aus dem Übel und auch nicht, dass wir Zuständigkeiten definiert haben. Aber wie werden die Zuständigen angeleitet? Wie werden sie unterstützt? Wie funktioniert die Fachaufsicht?

Deshalb richten sich meine Fragen ausschließlich an Sie, Herr Bundesminister, weil Sie die Zuständigkeit letztendlich für alle Bundesländer haben. Wir haben vorhin richtigerweise gehört, dass es keine Gefahr ist, die sich ausschließlich auf Mecklenburg-Vorpommern bezieht, sondern dass wir damit rechnen, dass sich diese Krankheit weiter sehr schnell ausbreitet. Deswegen habe ich erst einmal organisatorische Fragen. Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um sicherzustellen, dass solche gravierenden Fehler, wie sie auf Rügen passiert sind, sich nicht wiederholen. Herr Goldmann hat ja eindringlich geschildert, was alles schief gegangen ist. Schnelltests, die mehr als fünf Tage dauern, sind vermutlich nicht unter diese Rubrik einzuordnen. Wie also könnte dies passieren? Hat die Bundesregierung die ja offensichtlich existierenden Notfallpläne der Länder einmal kontrolliert? Haben Sie nachgefragt, ob sie der jetzt zu erwartenden Situation angemessen sind? Ist ausreichend durchkalkuliert worden, ob man mit den jetzigen Notfallplänen auch wirklich zurechtkommt? Dann haben Sie vorhin gesagt, es wäre kein einziger Vorschlag genannt worden, dass man organisatorisch oder in dem Regelungsbereich etwas ändern müsste. Trifft dies auch auf die Forderung nach einer mobilen Einsatzzentrale zu? Unser Nachbarland, die Niederlande, haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Wie ist jetzt die Position dazu? Ist sie gefordert worden oder nicht? Wird sie als sinnvoll angesehen oder nicht?

In der letzten Ausschusssitzung wurde auch bemängelt, dass leider noch in sehr wenigen Ländern Rahmenvereinbarungen mit freien Tierärzten getroffen worden sind, um im Notfall letztendlich die Amtstierärzte zu unterstützen. Haben inzwischen mehr Bundesländer solche Vereinbarungen abgeschlossen? Dies sind zugegebenermaßen rein organisatorische Fragen, aber ich glaube, dass sie der Schlüssel dazu sind, mit einer solchen Situation wirklich umgehen zu können.

Sie, Herr Bundesminister, haben, wie ich finde, richtigerweise davon gesprochen, dass es mehr Bundeskompetenzen bei der Seuchenbekämpfung geben muss. Wir wissen inzwischen auch, dass Herr Kauder und Frau Merkel dies etwas anders sehen. Wie wir in der Vergangenheit mehrfach erlebt haben, stehen Sie für Ihre Meinung ein. Jetzt interessiert uns aber die Meinung der Bundesregierung. Soll es mehr Kompetenzen bei der Seuchenbekämpfung beim Bund geben, denn ein einheitliches Handeln kann ja existenziell werden, wie wir bei den Szenarien, die uns vor Augen geführt werden,

sehen können. Wir stehen vor dem Abschluss der Föderalismusreform. Da ist dies vor dem jetzigen Szenario eine entscheidende Frage.

Die Vorsitzende: Ich will noch einmal auf die Hysterie eingehen, die an einigen Punkten sicher existiert. Herr Backhaus hat gesagt, dass aus diesem Ausschuss ein Zeichen ausgehen soll, dass wir zu mehr Versachlichung kommen. Deshalb möchte ich Ihnen an einem Beispiel deutlich machen, wie hysterisch mittlerweile einige sind. Es ist angesprochen worden, ich hätte gefordert, die Fußball-Weltmeisterschaft abzusagen. Dies beruht auf einer Äußerung in der N24-Sendung. Claus Strunz, der Moderator, fragt mich: „Glauben Sie, dass die WM in einem Extremszenario ausfallen muss“. Bärbel Höhn: „Ich glaube nicht, dass das Virus es schafft, bis zum Sommer so weit zu kommen“. Claus Strunz: „Ja gut, es macht aber dauernd Dinge, die wir nicht geglaubt haben“. Bärbel Höhn: „Ja genau. Die Fußballweltmeisterschaft oder die Olympiade ist ja alle paar Jahre. So eine Großveranstaltung muss ja nicht in Deutschland sein. Sagen wir mal, das Virus ist da und es ist so eine Riesenveranstaltung. Dann wäre ich schon dafür zu sagen, lass uns überlegen, die ausfallen zu lassen“. Daraus wird, ich möchte die Fußballweltmeisterschaft ausfallen lassen. Ich will damit nur sagen, dass man mit seinen Äußerungen aufpassen muss, dass nicht „ich glaube nicht, dass das Virus es schafft bis zum Sommer so weit zu kommen“, nachher dahingehend umgedreht wird, „sie hat gefordert, die Fußballweltmeisterschaft ausfallen zu lassen.“ Wir müssen aufpassen, dass wir diese Hysterie nicht auch noch selbst schüren, aber wir müssen auch die Medien bitten, ruhiger zu sein und nicht so hysterisch, wie z. B., soll ich jetzt meinen Kanarienvogel töten oder darf ich meine Kinder noch im Freien spielen lassen, damit man hier nicht in Überreaktionen hineinkommt. Jetzt sind viele Fragen gestellt worden. Deswegen würde ich zunächst den Bundesminister bitten, zu antworten. Danach Herr Dr. Backhaus und einige Fragen waren auch an Herrn Mettenleiter gerichtet.

Bundesminister Horst Seehofer, BMELV: Ich beginne einmal bei Ihnen Frau Kurth, welche konkreten Schritte unternommen werden. Am 15.02. fand zufälligerweise die Verbraucherschutzministerkonferenz statt. Die haben wir nach dem Geschehen am 14.02. abends formal in eine nationale Krisenstabsitzung umdeklariert. Zu dieser Krisenstabsitzung haben wir auch die Bundesgesundheitsministerin und das Robert-Koch-Institut, Abteilung Humanmedizin, eingeladen. Nach dieser Konferenz des Krisenstabes wurde die Frage vom Kollegen Backhaus gestellt: „Ist irgendjemand im Raum, der bezüglich der Instrumente einen zusätzlichen Vorschlag hat, gegenüber dem, was bekannt ist, in Kraft gesetzt wurde oder heute diskutiert wurde?“ Dies wurde einheitlich von den Anwesenden und den Landesregierungen, wo auch die FDP, die sich in den letzten Tagen besonders geschäftig unterwegs gemacht hat, vertreten ist, verneint. Dann haben wir sicherheitshalber zwei Tage später eine Schaltkonferenz durchgeführt, die normalerweise auf Staatssekretärebene stattfindet, ich habe mich aber dazu gesetzt, weil ich auf dem neuesten Stand bleiben möchte. Da wurde Land für Land durchgefragt, soweit sie überhaupt anwesend waren, ob sie die Erkenntnisse und all die Krisenpläne von der Ausstattung usw. in ihren Kreisen haben. Sie erhalten sehr unterhaltsame Antworten. Ich bin da nicht mehr bereit. Wir sind als Bund für den Katastrophenschutz nicht zuständig und trotzdem werden wir verantwortlich gemacht. Deshalb nenne ich dies auch öffentlich. Wissen Sie, wenn jemand von uns etwas fordert, kann man sehr wohl darüber reden; dies haben wir ja in Mecklenburg-Vorpommern bewiesen. Wir stellen Beamte und

Wissenschaftler usw. zur Verfügung, beraten und sprechen uns ab, aber wir haben außer der Rechtssetzung keine Kompetenz. Wir kommen immer in einer Bittstellerfunktion. Dies gleiche gilt für das mobile Einsatzzentrum, eine Einrichtung der Länder. Dann stellen wir fest, dass zwei Länder die Unterschrift für die Beschaffung des mobilen Einsatzkommandos nicht geleistet haben, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Dann waren es insbesondere die Länderkollegen, u. a. auch der Kollege Backhaus, der auf diese Länder eingeredet hat, worauf sie dann geleistet wurden. Ich meine daher mit Kompetenz, dass man eine stärkere Koordinierungsfunktion bekommt, auch eine stärkere Leitfunktion, wenn es um lokale Gegebenheiten mit globaler Auswirkungsmöglichkeit geht im Infektionsgeschehen und wirtschaftspolitisch. Dazu brauchen wir nicht das Grundgesetz zu ändern, sondern wir brauchen vernünftige Vereinbarungen, was geschieht und zwar nicht nur in der Rechtssetzung, sondern in der Umsetzung.

Wir haben mit den Ländern noch eine ganze Reihe von Punkten abzuarbeiten, was Gammelfleisch, Kontrolle, Auditierung, Fortbildung usw. betrifft. Wir haben da eindeutig keine Kompetenz. Trotzdem sind wir in einem Land für eine Bevölkerung verantwortlich und wir tun das menschenmögliche. Ich sage jetzt hier einmal ausdrücklich, auch meine Vorgänger haben dies gemacht, obwohl man immer in der Bittsellersituation ist. Wie auch am Beispiel Gammelfleisch deutlich wird, wo immer nachgefragt werden muss, wie viel Kontrolleure habt ihr, wann werden sie fortgeschult, wann rotieren sie. Können wir nicht ein Qualitätssicherungssystem entwickeln, dass auch die Kontrolle von der Qualität her gut ist. Zum mobilen Einsatzzentrum habe ich Ihnen gerade konkret gesagt, wie es im Januar ausgesehen hat. Dies hat nichts mit mir zu tun, dies läuft seit drei Jahren. Solche Geschehnisse wie jetzt führen zu einem – sagen wir einmal – bundesländerfreundlichen Verhalten. Dies läuft mit Mecklenburg-Vorpommern bei aller Dynamik und Dramatik teilweise gut.

Dann erfahre ich gestern, dass eine Gesundheitsministerkonferenz stattfinden soll und die gleichen Leute, die sagen, man muss miteinander reden und Informationen austauschen, die gleiche Partei, die jetzt die Gesundheitsministerkonferenz führt, lädt mich gar nicht ein. Dies ist Realpolitik, wie ich sie erlebe. Mir geht es nicht um eine Grundgesetzänderung, sondern mir geht es darum, dass wir klare, saubere Regeln haben, welche Initiativen, welche Koordinierungen, welche Möglichkeiten der Bund in diesen Fällen hat. Zuständig, aber nicht verantwortlich zu sein, ist eine komische Situation. Der Kollegin Ulla Schmidt geht es übrigens ganz genau so. Da ist pausenlos der Bund aufgefordert worden mit Tamiflu und jetzt gibt es Länder, die kaufen es plötzlich. Dies muss man einmal aussprechen. Ich bin gern bereit, auch unangenehmste Verantwortung zu tragen. Ich könnte mich in Mecklenburg-Vorpommern ganz auf die Seite stellen und sagen, nicht zuständig. Aber dies wäre nicht der Gemeinschaftsgeist, der in dem Lande erforderlich ist. Da hilft man, auch mit dem Risiko, dass man in das Kreuzfeuer der Kritik kommt. Diesen Geist vermisse ich und da darf man auch kontrovers diskutieren. Da habe ich überhaupt nichts dagegen. Da kann man auch einmal auf die Finger klopfen. Aber es muss oberhalb der Gürtellinie bleiben und die These in den Raum zu stellen, weil Sie unterwegs waren, ist die Gefahr der Ausbreitung der Infektionskrankheit drastisch gestiegen, hat mit normalen Regeln der parlamentarischen Auseinandersetzung nichts mehr zu tun. Glauben Sie, dass irgendjemand heute versteht, wenn wir § 17 a einer gemeinsamen Lösung mit den Ländern besprechen, wenn die gleichen Menschen vor der Ausbreitung der Seuche Angst haben und von uns

erwarten, dass sich dieses parlamentarische Gremium darum kümmert, dass wir die Seuche in den Griff bekommen.

Wir sind vorbereitet, diesen Satz wiederhole ich genauso. Die rechtlichen Regeln sind gegeben. Die Umsetzung war in vielen Bereichen gut. Veterinärrechtlich, was die klinischen Befunde in den Betrieben betraf, gibt es keine Kritik und auch bei der Umsetzung der Schutzzonen und alles, was damit zusammenhängt. Es gab ein Problem und dies können Sie nun wirklich nicht einem Minister anlasten, ganz gleich woher er kommt. Dies war das Einsammeln der toten Tiere und die Frage, wie man größere Fundorte so absperrt, dass sie nicht zugänglich sind. Dies waren meine zwei Punkte, die ich öffentlich genannt habe. Deshalb fuhr ich auch vor Ort, um Dinge, die nicht meine Kompetenz und meine Aufgabe sind, trotzdem anzuschieben. In diesen beiden Bereichen gab es in den ersten zwei bis drei Tagen ein Umsetzungsproblem. Jetzt können Sie wirklich nicht sagen, ich soll da raus fahren und einsammeln. Ich kann nur darauf hinwirken. Ich habe auch heute hier nicht gehört, welches rechtliche Instrumentarium ausgeweitet oder zusätzlich ergriffen werden sollte. Sie haben völlig Recht, es kommt darauf an, dass Recht nicht nur gesetzt, sondern auch umgesetzt wird und zwar schnell. Nur diesen Punkt habe ich kritisiert. Da geht es nicht um Panikmache. Dies ist ja das Mindeste, was man verlangen kann.

Kollege Goldmann hat in der „Aktuellen Stunde“ vor dem Geschehen am 14.02. gesagt: „Wir diskutieren heute in einer „Aktuellen Stunde“, obwohl es überhaupt keinen aktuellen Anlass gibt“. Dies war nicht irgendwann letztes Jahr. Wissen Sie, ich sage dies deshalb, weil ich das immer wieder erlebe, dass vor einem Ereignis gesagt wird, warum diskutieren wir heute darüber und nach einem Ereignis weiß jeder und kann uns genau erklären, was wir hätten vorher machen sollen. Hier ist es wieder so. Die Meteorologen erklären uns immer hinterher, warum ihre Vorhersagen falsch waren. Ich hätte mir dann gewünscht, dass Herr Goldmann auch da, wo er noch der Meinung war, es gibt keinen aktuellen Anlass, gesagt hätte, was er an Prävention usw. für erforderlich hält. Er hat heute sehr tief greifende Fragen gestellt, warum der Parlamentarische Staatssekretär am 15.02. wenige Stunden nach dem ersten Befund nicht in den Ausschuss kam und sagte, jetzt muss die Bundeswehr ausrücken. Dies ist wirklich eine zentrale Frage und da brauchen wir wahrscheinlich einen Untersuchungsausschuss. Ich sage Ihnen, Sie haben noch am 20.02., dies waren sechs Tage nach dem Geschehen, in Ihrer Pressemitteilung Kritik am Einsatz der Bundeswehr erklärt, weil dafür die Feuerwehr und die technischen Hilfswerke zuständig seien. Sie können doch nicht jemandem anderen vorwerfen, dass er den Bundeswehreinsatz nicht früh genug angekündigt hat und selbst den Bundeswehreinsatz noch sechs Tage nach dem 14.02. kritisieren.

Jetzt sage ich Ihnen noch einmal, vielleicht damit Sie wissen, was wirklich war. Wir sind durch die Hygienewanne gefahren. Ich hatte Prof. Mettenleiter dabei und ich sage es noch einmal, dies ist keiner, der in Ehrfurcht vor einem Minister erstarrt. Wir haben vorher besprochen, was man unter Infektionsgesichtspunkten tun kann. Glauben Sie, dass ich die Journalisten einlade? Diese Straße, auf der wir uns bewegt haben, führt zur Fähre. Die ist Schutzzone und in dieser Schutzzone kann sich jeder Mensch bewegen und genau dort haben wir uns bewegt. Meine Absperrung, auch anschließend im interministeriellen Arbeitsstab, hat ganz klar zum Inhalt, die Uferstrände und die Fundorte

abzusperren, aber nicht den Leuten die Bewegungsfreiheit zu dieser Fähre einzuschränken. Wir haben in dem interministeriellen Arbeitsstab besprochen, der Begriff stammt von Ihnen, dass der Straßenkanal bis zur Fähre frei bleibt, wie es in Schutzzonen EU-weit üblich ist, und die Strände oder die größeren Fundorte werden abgesperrt und mit Schildern versehen. Ich bitte Sie, reden Sie mit Ihrem Kollegen Kley, denn was bei der Gesundheitsministerkonferenz morgen besprochen wird, widerspricht völlig dem, was Sie heute hier gefordert haben vom Informationsaustausch, von der Kommunikation, von der Zusammenarbeit. Ich habe den Eindruck nach Ihrer Argumentation, dass Sie sich erheblich verheddert haben. Ich sage Ihnen nur voraus, die Bevölkerung durchschaut solche parteipolitischen Spielchen. Substanziell haben Sie heute überhaupt nichts auf den Tisch gelegt, was anders gemacht werden sollte oder könnte. Sie haben nur Fragen gestellt zu Verfahrensabläufen, zu Aufhalten von Ministern, zu Einlassungen von Staatssekretären 12 Stunden nach dem Geschehen. Dies ist die Realität.

Minister Dr. Till Backhaus, Mecklenburg-Vorpommern: Ich will folgende Antworten auf die an mich gestellten Fragen geben. Ich möchte folgende Vorbemerkung noch einmal machen. Zum Glück ist es in Deutschland so, dass es Verantwortungsbereiche gibt, die abgestuft sind und dann in der Form auch umzusetzen sind. Für mich gilt ein Prinzip: Derjenige, der an seinem Ort, an seiner Aufgabenstellung zu arbeiten hat, der muss dafür auch die Verantwortung tragen. Wenn wir uns das föderale System anschauen, sind wir in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nicht so schlecht damit gefahren. Nun ist es so, dass für den Katastrophenschutz, für die Tierseuchenbekämpfung die Landkreise und kreisfreien Städte zuständig sind.

Herr Goldmann, ich gehe davon aus, Sie wissen, was Sie heute hier der Öffentlichkeit gesagt haben. Ich möchte Ihnen konkret auf die von Ihnen aufgeworfenen Fragen antworten. Deswegen zeige ich Ihnen jetzt einmal, wie dies in Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen ist. Sie können dies am Bildschirm mit verfolgen. Ich lasse mir nicht gefallen, auch nicht von Ihnen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Übrigen auch auf der Insel Rügen in eine Ecke gestellt werden, als ob sie ihre Aufgabe nicht wahrgenommen haben. Ich lasse mir nicht vorwerfen, dass in Mecklenburg-Vorpommern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Aufgabenbereichen von Ihnen persönlich diskreditiert werden. Dies sage ich hier in aller Öffentlichkeit. Dies ist unseriös. Für mich ist dies der blanke Populismus.

Schauen Sie sich einmal an, was wir insgesamt an die Landkreise und die kreisfreien Städte als komprimierte Information gegeben haben. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es in einer solchen Situation sicher Anlaufschwierigkeiten geben kann. Wenn mir verantwortungsbewusste Oberbürgermeister und Landräte aber sagen und zwar nicht nur aus Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch aus Niedersachsen oder Bayern, dass, wenn bei ihnen der Fall passiert wäre, dass dann auch eine gewisse Hektik aufgekommen und nicht alles auf einmal zu 100 % umgesetzt worden wäre, müssen diese Anlaufschwierigkeiten anerkannt werden.

Was ich nicht dulden kann, ist Ihre Aussage, und da bitte ich Sie wirklich um Verständnis, ich hätte von meiner Fachaufsicht keinen Gebrauch gemacht. Ich habe mit dem Beginn, nämlich in der Nacht auf den 15.02. in mehrfachen Gesprächen und fortlaufend und zwar ganz klar mit Verfügungen bzw.

mit klaren Anweisungen, den Landkreis Rügen aufgefordert, die Maßnahmen umzusetzen und zwar immer wieder von unserem Alarmplan ausgehend: Fundort sichern, wirksam absperren und für alle Fremdpersonen innerhalb des Bereichs Platzverweise zu erteilen. Dies gilt im Übrigen auch für die Vertreter der Medien. Dies geht ganz klar aus den Anweisungen, die wir erteilt haben, hervor. Ich habe auch dem Landkreis im Rahmen meiner Fachaufsicht und dies ist lückenlos dokumentiert worden, aufgefordert, prioritär in der Umgebung nach weiteren Fundorten und toten Tieren zu suchen. Ich bin vor Ort gewesen, wenn ich irgendwie konnte, und habe die durch meine Anweisungen aus dem interministeriellen Führungsstab ergriffenen Maßnahmen überprüft. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass sich dort die Situation deutlich verbessert hat, aber in einer Tendenz, die mit Nachdruck immer wieder durch die Fachaufsicht umgesetzt werden muss. Ich bitte nochmals, auch die Situation ein Stückchen zu verstehen. In Mecklenburg-Vorpommern, ähnlich wie Sie das hier auch darstellen, entsteht der Eindruck, als ob nur ein Kompetenzgerangel und gegenseitige Schuldzuschiebung stattfinden würde. Es gibt in Deutschland aber klare Verantwortung und zu dieser Verantwortung muss man stehen. Ich stehe im Übrigen dazu. Ich habe mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachgewiesen, dass die Veterinärbehörden durch das Land insgesamt eine hervorragende Arbeit leisten. Dies ist im Übrigen so auch in Brüssel anerkannt worden. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten dies nicht gehabt, dann wäre es ggf. dazu gekommen, dass Deutschland insgesamt gesperrt worden wäre. Ich betone an dieser Stelle auch, ich bin ein bisschen krisengeschüttelt. Ich habe BSE, Nitrofen und Hochwasserkatastrophe an der Elbe mit durchgemacht. Ich glaube einschätzen zu können, wie man in einer krisenhaften Situation arbeitet und welche Schritte man einleiten muss. Wir haben nachweislich korrekt gehandelt und deswegen stelle ich Ihnen auch noch einmal die Frage für die zweite Runde: Sagen und beweisen Sie mir, dass ich angeblich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis hin zur Bundeswehr nicht korrekt gehandelt habe.

Dann will ich konkret auf die Frage, was mit der Probe war, antworten. Bei uns im Land ist es so, wenn ein totes Tier aufgefunden wird, wird, wenn diese Tiere untersucht werden, ein Befundschein mitgeliefert. Wir hatten festgelegt, dass tot aufgefundene Tiere in den Monitoringgebieten klar mit Befunden auszustatten sind, um auch die Dringlichkeit der Untersuchung darzustellen. Diese beiden Schwäne, um die es geht, ein Höcker- und ein Singschwan, sind mit dem Befund „unter Stress und Abmagerung verendet“ in unser Landesamt eingeliefert worden. Wir hatten in ganz Deutschland bis dahin keinen Hinweis darauf, dass wir hochgradiges Virus haben. Dann ist es so im Leben, wie es manchmal spielt. Es hat dort von dem Tierarzt nicht den Hinweis gegeben, dass diese Schwäne unter besonderer Begutachtung stehen sollen. Dies ist so gewesen, dies kann ich Ihnen nachweisen.

Es gibt in Deutschland nach meinem Kenntnisstand keinen Schnelltest. Wir erleben, dass die Methoden auch sehr different sind. Es wird hier wieder von Ihnen, Herr Goldmann, der Eindruck erweckt, schnell rein mit der Probe und in zwei Stunden hat man das Ergebnis. Frau Höhn, ich bitte auch Sie, Sie haben ein Haus geführt und wissen, wie die Methodik ist und dass es keinen Schnelltest gibt, sondern eine eingeführte Methode. Wir benötigen Zeiten, die zwischen 6 und 24 Stunden laufen. Sie haben von der Schnelltestmethode im Deutschen Bundestag gesprochen und deswegen weise ich dies mit aller Klarheit zurück. In der Phase dieser beiden Schwäne hat es Probleme mit den Proben gegeben. Dies ist manchmal so im Leben, d. h., es musste eine zweite Probe angesetzt werden.

Deswegen ist richtigweise in unserem Landesamt die Probe zum zweiten Mal angesetzt worden. Als wir den Hinweis hatten, dass es tatsächlich H5N1 sein kann, ist dies sofort alles unter Hochdruck gemacht worden. Ich bitte Sie, Herr Goldmann und auch Frau Vorsitzende, dieses so zur Kenntnis zu nehmen.

Dann bin ich gefragt worden, wie wir die Fachkräfte einbinden. Bei uns gibt es gut 1.000 praktizierende Tierärzte. Wir haben eine sehr gut funktionierende Tierärztekammer und ich will ausdrücklich auch sagen, dass ich viel von dem was Sie von der PDS-Fraktion gesagt haben nachvollziehen kann. Bei uns sind die praktizierenden Ärzte in das gesamte System mit eingebaut. Es gibt eine Hotline. Im Übrigen, Herr Bundesminister, waren wir die ersten, die überhaupt eine Hotline eingerichtet hatten. Der Bund hat dann nachgezogen. Ich höre mit Freude, dass dies auch andere Bundesländer mittlerweile gemacht haben. Unsere Tierärztekammer, vielleicht nehmen Sie dies mit nach Niedersachsen, hat eine eigene Hotline eingerichtet und ist im Besitz aller Unterlagen, um damit auch Aufklärung zu betreiben.

Dann bin ich gefragt worden, was mit den 1.500 Schutzanzügen ist. Am 15.02. ist der Vorbereitungsstab, der Arbeitsstab im Land Mecklenburg-Vorpommern im Innenministerium, auf meine Anweisung hin eingerichtet worden, um auf den Katastrophenfall vorbereitet zu sein. Im Rahmen meiner Fachaufsicht sind dann Anweisungen erfolgt, so dass wir am 15.02. bereits mittags den Arbeitsstab installiert hatten, um bei Anforderungen aus den Landkreisen oder wenn ggf. die Katastrophe ausgerufen wird, gerüstet zu sein. Am Abend des 15. hat es in Absprache mit dem Bundesminister das Hilfeersuchen an die Bundeswehr gegeben und am 16. ist die erste Vorhut als Beratung zu uns entsandt worden, mit dem Ziel, im Falle des Katastrophenfalls sehr schnell und zielgenau in die Maßnahmen eingeführt zu werden. Auch da lasse ich mir von Ihnen keinen Vorwurf machen.

Was die Wildgeflügelsituation anbetrifft, so können Sie dies alles im Internet nachschauen. Bereits vor der Frage der Vogelgrippe haben wir mit den Ornithologen des Landes, mit dem Naturschutz und Nationalparks und insbesondere mit den Veterinärbehörden in Mecklenburg-Vorpommern die Gebiete abgegrenzt. Das heißt, wir wissen, wo unsere Rastplätze sind, die Haupteinstandsgebiete des Vogelzuges und die Brutgebiete liegen. In diese Maßnahmen ist das gesamte Monitoringprogramm eingebaut worden. Wir haben bis Anfang des Jahres 8.000 Proben genommen, so dass wir einen genauen Überblick über das Geschehen hatten. Wir hatten bis zum 14.02. kein H5N1 hochpathogen in der Wildgeflügelpopulation in Mecklenburg-Vorpommern. Dies ist definitiv so. Wir haben ausdrücklich auch die Landkreise, und dieses seit 2003, in das Monitoringverfahren eingebunden. Wir als Haus haben ab September, seit dem ein erhöhtes Risiko besteht, die Monitoringzahlen erhöht, mit dem Ziel, eine schnellere und deutlichere Aufklärung zu bekommen. Ein Segen, dass wir dies gemacht haben. Ich bin schon auf die nächste Sitzung, Herr Bundesminister, gespannt, wo andere Bundesländer ihre Zahlen vorlegen sollen oder müssen. Ich bin auch gespannt, ob es in Polen, in Lettland, in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und letzten Endes auch in den übrigen Bundesländern, alle tot aufgefundenen Vögel getestet worden sind.

Auf die Frage Polen: Wir haben sofort unsere Nachbarn über diesen Fall informiert. Ich bin gespannt, ob tatsächlich auch die Nachbarländer alle tot aufgefundenen Vögel überwachen. Ich nehme in diesem Zusammenhang die Verantwortung wahr. Ich kann ggf. auch in Form von Schriftgut nachweisen, dass wir dieses getan haben.

Ich will abschließend auch zu den Übungen noch etwas sagen. Wir haben, Frau Höhn, ich glaube sogar gemeinsam, als Sie noch Ministerin waren, eine EU-weite MKS-Übung in Mecklenburg-Vorpommern abgehalten. Dies war im Übrigen auch eine gewisse Vorbereitung auf weitere Maßnahmen. Wir haben in Eigenverantwortung immer wieder mehrere Sitzungen und Dienstberatungen gemacht, an denen ich bei bestimmten Maßnahmen auch selbst teilgenommen habe, um uns auf die Geflügelgrippe vorzubereiten.

Zu den Tötungen: Wir wissen, was im Lande los ist. Bei den Landräten besteht derzeit eine große Hektik. Ich habe eine Landrätekonzferenz mit den Oberbürgermeistern durchgeführt, wo deutlich geworden ist, dass Defizite vorliegen und dies durch alle Farbenlehren hindurch. Ich sage auch einmal ganz klar, Herr Goldmann, wer in eine solche Situation kommt, der sollte immer genau wissen, gegen wen er die Keule herausholt. Wenn Sie erkennen, dass in dem Zusammenhang tatsächlich Schwachpunkte vorhanden sind, dann sagen Sie mir ganz konkret, wo und in welcher Form diese Schwachpunkte deutlich geworden sind. Es gibt Verantwortlichkeiten. Mittlerweile ist es so, dass wir auf Anforderung der Landkreise den Auftrag erteilen und zwar durch die Bank für Schutzanzüge, Schutzmasken, Desinfektionsmittel, Boote oder Gerät, weil wir es mit einer besonderen Situation zu haben. Wie Sie sich vorstellen können, haben wir bei derzeitigen Windböen mit Stärke 8 oder 9, Schwierigkeiten, die Tiere, einzusammeln; dies ist gefährlich.

Beim mobilen Bekämpfungszentrum, dies will ich in dieser Runde auch noch einmal sagen, hat Frau Höhn wirklich Verdienste erlangt. Sie hat es damals in die Agrarministerkonferenz eingebracht und versucht, voranzutreiben, aber Nordrhein-Westfalen und Bayern waren dieser Vereinbarung nicht beigetreten. Ich habe ausdrücklich in der Verbraucherschutzministerkonferenz, wo Ihr FDP-Kollege im Kabinett auch mit dabei ist, darauf gedrängt, dass die beiden Ländern jetzt und heute und hier erklären, dass sie dieser Vereinbarung beitreten. Und sage jetzt auch noch einmal öffentlich, wenn wir dieses mobile Bekämpfungszentrum heute gehabt hätten, dann wäre dieses Chaos auf der Insel Rügen nicht entstanden und Ihre Kollegen von der FDP in Nordrhein-Westfalen haben die volle Verantwortung, dass dieses mobile Bekämpfungszentrum nicht steht.

Sie haben auf der Insel Rügen einen Küstenstreifen von 500 km. Wir haben Geländeteile dabei, die schwerlich zugänglich sind. Wir haben dann die Situation, dass wir landseitig das Geflügel jetzt abgesammelt haben. Davon gehe ich heute aus und wir sind jetzt dabei, seeseitig alles daran zu setzen, den Überblick zu erhalten. Mit den militärischen Möglichkeiten und den Maßnahmen der Bundeswehr können die Tiere jetzt tatsächlich geborgen werden. Es hat hier keinen Aktionismus gegeben und den gibt es auch nicht, sondern es wird hier effizient an der Lösung des Problems gearbeitet.

Prof. Thomas C. Mettenleiter, Friedrich-Löffler-Institut: Ich nehme gerne zu den wenigen fachspezifischen Fragen Stellung. Zum einen, dies erlaube ich mir dann doch, vielen Dank Herr Bleser für Ihr Lob. Dies gebe ich an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter, denn das sind diejenigen, die die Arbeit vor Ort machen.

Vielleicht kurz etwas zur Chronologie: Seit einigen Jahren besteht in Deutschland ein Wildvogelmonitoring. Dieses Wildvogelmonitoring ist von der EU in die Wege geleitet worden, um einen Eintrag des hochpathogenen Virus H5N1 Asia in die Europäische Union möglichst frühzeitig festzustellen. In Deutschland ist das Wildvogelmonitoring im Zuge der Geflügelpestschutzverordnung, die im Herbst letzten Jahres erlassen wurde, noch einmal hochgefahren worden und so kam es zu diesen Befunden. Es waren keine Befunde, die auf ein erhöhtes Mortalitätsgeschehen oder etwas Besonderes haben schließen lassen. Trotzdem haben wir es gefunden und deswegen bin ich auch ganz optimistisch, dass wir bei dem jetzt noch einmal intensivierten Wildvogelmonitoring, vor dem Hintergrund des Nachweises H5N1 in Mecklenburg-Vorpommern, auch über die geographische Ausbreitung des Virus zeitnahe Erkenntnisse bekommen. Bisher haben wir noch keine. Aber ich bin mir auch bewusst, dass sich das stündlich ändern kann. Wir haben die Situation und so war es beim Wildvogelmonitoring abgesprochen, dass die Länder in einem relativ schnell ablaufenden Test Voruntersuchungen auf die Anwesenheit von Influenza-Viren machen und wir dann die positiven Vorbefunde oder Proben ins nationale Referenzlabor bekommen und nachprüfen, ob es sich um H5N1 handelt oder nicht. Wir haben die Probe aus dem Untersuchungsamt Rostock am Dienstag, um 16.00 Uhr erhalten und um 19.00 Uhr ging der Befund dann gleichzeitig an die Landesregierung und an die Bundesregierung heraus.

Was sich hier vor Ort im Moment abspielt, ist für einen Infektionsmediziner interessant, es ist ein klassisches Infektionsgeschehen nach einem neuen Erregereintrag in eine naive Population, das sich jetzt auf Grund der Witterungsbedingungen – d. h. die Ostsee ist in den Boddengewässern zugefroren es gibt wenige offene Stellen – an wenigen Stellen konzentriert. Wir haben einen denovo-Erregereintrag und der Erreger breitet sich in der Population dann explosionsartig aus. Dies ist nun einmal so. Dies sieht eher aus wie eine Geflügelpest in einem Geflügelbestand. Infolge dessen muss man auch ein bisschen mit den Zahlen aufpassen, wie viel Prozent und wie viele Tiere im Bereich Wittower Fähre befallen sind, denn wo im Moment ein aktives Infektionsgeschehen abläuft, da sind sehr viele Schwäne Influenza-positiv. Da wird es sicherlich auch in den nächsten Tagen noch weitere Todesfälle geben. Bei fast allen anderen Befunden handelt es sich um positive Einzeltiere, also hier ein bisschen mit der Zahlenspielerei aufpassen. Wir wissen natürlich nicht, wie das Geschehen weitergeht. Wir haben zwei Befunde auf dem Festland. Dies wissen Sie alle. Wir testen bei uns auf der Insel Riems im Moment bevorzugt tote Vögel von der Insel Rügen, die nicht wilde Wasservögel sind. Dass diese das Virus tragen ist klar, da müssen wir uns im Moment nicht darauf konzentrieren, d. h. also, wir testen alles, alles was nicht in diesen Bereich fällt, eben um auch die Frage zu klären, Frau Tackmann, die Sie angesprochen hatten, welche Spezies noch infizierbar ist oder ob vielleicht noch von anderen Vögeln, ohne dass wir es wissen, eine Gefahr ausgeht. Wir haben bisher nichts gefunden, was über den bereits bekannten Bereich, aus Asien, aus der Türkei, hinausgeht. Aber da bleiben wir dran.

Und wir untersuchen im Moment bevorzugt Totfunde vom Festland, d. h. aus Nordvorpommern und Ostvorpommern in Zusammenarbeit mit dem Untersuchungsamt in Rostock, das uns Aufschluss darüber geben wird, ob das Virus sich auf dem Festland weiter ausbreitet. Die beiden Befunde auf dem Festland sind eine Silbermöwe und eine Mäusebussard. Dies sind beide Aasfresser, die sich wahrscheinlich über das Fressen von infiziertem Wildgeflügel angesteckt haben. Wir machen natürlich auch „nebenher“ weiter die Arbeiten unseres Referenzlabors, nämlich alle die Befunde, die mit einem Vorbericht Influenzapositiv aus den Ländern ankommen, weiter zu untersuchen und zu schauen, um was handelt es sich da. Auch eine Mahnung zur Vorsicht. Wir haben natürlich in den Wildvögeln gering pathogene Influenzaviren. Wir hatten die immer, haben die immer und werden die weiterhin haben. Wir werden auch weiterhin sehr genau untersuchen und nicht gleich den Teufel an die Wand malen, wenn mal ein PCR-positiver Vogelfund bei uns reinkommt, sondern der wird lege artis abgeklärt.

Zur Frage, ob nun 101 oder 103 Tiere aufgefunden wurden. Eigentlich muss man von der Epidemiologie sagen, dass wir einen großen Ausbruch haben. Dieser eine große Ausbruch ist die Wittower Fähre und ob nun 59 Schwäne beprobt worden sind, oder 70 oder 100, spielt am Ende keine Rolle. Auch an diesen Zahlen sollte man sich nicht so sehr fest machen. Dies ist ein klassisches Ausbruchsszenario und wir haben sicher Verschleppungen aus diesem Ausbruchsszenario in andere Bereiche.

Nachdem ich in meiner fachlichen Einschätzung auch ein bisschen angegriffen worden bin, was die Diskussion angeht, ob man in diese Regionen hineingehen kann, will ich doch ein paar Worte dazu sagen. Natürlich war eine Desinfektionswanne vorhanden, über die wir gefahren sind. Die war auch ziemlich tief. Mein Auto hat fast aufgesessen. Wir sind da gut hingekommen. Im Vorfeld haben wir abgesprochen, wie wir die Fahrt durchführen, wozu auch die Frage des Hubschraubers und des Landeplatzes zählt. Worüber ich mich sehr erregt habe, dies gebe ich ganz deutlich zu, ist, dass der MDR zwei Tage vorher an der Wittower Fähre das Aufsammeln der toten Schwäne gefilmt hat und zwar direkt auf dem Eis. Dies waren die Filme, wo man auch noch einmal die Säcke zum besseren filmen hat aufmachen lassen, um dann postwendend direkt von der Wittower Fähre 5 km entfernt auf einen Geflügelhof zu gehen und sich mit dem Geflügelhalter zu unterhalten. Der hatte dann noch dekorativ eine Ente auf dem Arm. Da gebe ich ganz offen zu, da bin ich schier ausgerastet. Sie sind direkt an die Vögel ran, wo natürlich Kontaminationsgefahr besteht und dann gehen sie ohne Desinfektion in einen Geflügelbetrieb. Ich muss schon einmal deutlich sagen, ich erwarte von einem Geflügelhalter, der 2.000 Tiere hat, dass dieser auch die Betriebshygiene einhält. Ein bisschen gesunder Menschenverstand würde auch helfen. Wenn der Minister mich gebeten hätte, einen Hof anzuschauen, dann hätte ich schon nette, aber deutliche Worte gefunden. So war es aber nicht.

Was die Tötungen angeht: Wir haben im Bereich der Wittower Fähre ein aktives Infektionsgeschehen. Die toten Schwäne sind voll mit Virus, bei den Enten variieren die Viruslasten, so wie wir es in der PCR sehen. Das heißt, es ist auch ein Ansteckungsverdacht angezeigt und der kann bei solchen

Betrieben in der unmittelbaren Umgebung einfach bestehen, weil zu viel Virus in der Luft ist. Wir haben uns da auch abgestimmt, ohne dass wir eine elaborierte Risikobewertung gemacht haben.

Zu den Einzelfragen, wie das Virus da hingekommen ist und ob wir die Einschleppungsgefahr des Virus unterschätzt haben. Wir haben sie nicht unterschätzt. Das Friedrich-Löffler-Institut hat in seiner Risikobewertung von Anfang an darauf hingewiesen, dass wir drei Problemkreise haben: Das eine sind Zugvögel, das sind Wildvögel und es ist die illegale Einfuhr. Wobei uns diese Punkte immer noch Probleme machen und man sollte auch jetzt nicht sagen, wir haben das Virus im Land, jetzt lasst uns einmal über die Einfuhr oder die Zugvögel nicht mehr nachdenken. Natürlich spielt dies immer noch eine wesentliche Rolle, insbesondere auch, was die Einschleppung in die Nutzgeflügelbestände angeht. Was uns jetzt im Frühjahr blüht, wenn die Zugvögel aus dem Süden kommen über die Ausbruchsgebiete in Afrika, Zentraleuropa, respektive in Südosteuropa hinweg fliegen und ob wir dann das Virus durch die Hintertür dann wieder ins Land bekommen, vielleicht in andere Regionen, wissen wir im Moment ganz einfach nicht, aber wir beobachten das. Deswegen ist das Wildvogelmonitoring eingerichtet worden und läuft auch entsprechend.

Wir haben eine Theorie, wie es dazu kommen konnte, die allerdings nicht bestätigt ist. Wir haben einen Eintrag in Richtung Osteuropa. Ein Eintrag aus den nördlichen Brutgebieten der Singschwäne würde gut passen. Sie brüten im nördlichen europäischen und im asiatischen Teil Russlands. Die beiden Populationen überlappen sich, d. h. man kann sich schon vorstellen, dass staffettenartig die Infektion zu uns gelangt ist. Mir fiel es ein bisschen wie Schuppen von den Augen, als mir die Ornithologen einfach die Brutgebiete und die Überwinterungsgebiete auf den Karten gezeigt haben, weil die Überwinterungsgebiete fast 1:1 die Ausbruchsgebiete sind. Dies passt also von daher gut. Warum der Ausbruch erst Ende Januar erfolgte, wo der Vogelzug im Herbst schon lange abgeschlossen war, könnte am sehr kalten Winter im Osten liegen. Es gibt das bekannte Phänomen der Winterflucht, d. h. die Tiere wandern dann aus ihren normalen Überwinterungsgebieten ab nach Westen und suchen sich wärmere Regionen. Wenn man einmal das Lineal über diese Ausbruchsgebiete legt, bei der Insel Rügen angefangen über Österreich, Slowenien und Süditalien, dann sieht man, dass das ziemlich genau auf einer Linie liegt. Dies könnte die Distanz sein, in der die Schwäne einfach vom Osten her dem kalten Wetter ausgewichen sind. Dass sich der eine beringte Schwan irgendwo in Lettland das Virus im Sommer aufgeschnappt hat und dann unerkannt infiziert bis zu uns geflogen ist, halte ich für ausgeschlossen. Dass das Virus vorher bei uns war, halte ich auch für ausgeschlossen, weil es im Monitoring, was sehr intensiv war, nicht gefunden wurde und weil offensichtlich nun Schwäne wirklich sehr schnell an dieser Erkrankung sterben. Auf Schwäne hatten wir auch in unserer Risikobewertung gerade in der letzten Zeit noch einmal deutlich hingewiesen und zwar auf Grund der Erfahrungen vor allem im südosteuropäischen Raum, dass Schwäne gute Indikatortiere sind. D. h., um zu erkennen, ob das Virus im Land ist, müssen sie primär Schwäne beproben; wenn Sie die Schwäne haben, dann müssen Sie bei anderen Vögeln weiter suchen.

Zu den Impfungen von Menschen will ich nicht viel sagen. Dies ist eher das Terrain des Gesundheitsministers. Natürlich gibt es keine Impfung gegen die Vogelgrippe. Natürlich sind wir als Infektionsmediziner immer diejenigen, die eigentlich sagen, impfen. Deswegen unterstütze ich

natürlich auch impfen statt töten. Nur man muss auch wissen, was die Impfung kann und was die Impfung nicht kann. Der Markerimpfstoff, der sich bei uns und in einigen anderen Labors auf der Welt in der Entwicklung und in der Forschung befindet, ist noch weit von der Zulassung entfernt. Der ist auch noch weit von einem Feldeinsatz entfernt, wobei man sich einen Feldeinsatz auch ohne eine formale Zulassung vorstellen kann, wie dies die EU gerade mit Frankreich und Holland macht. Aber unserer hat noch einen ziemlichen Weg zu gehen. Wie weit die anderen in anderen Laboratorien sind, kann ich im Moment nicht sagen.

Generell zur Impfung: Es ist innerhalb der Wissenschaft völlig unbestritten, dass die Impfung gegen die Vogelgrippe ein Tier nicht vor Infektionen schützt und dass ein geimpftes Tier auch Virus vermehren und Virus wieder ausscheiden kann. Das heißt, wenn ich impfe, muss ich immer noch überprüfen, ob das Tier seine Antikörper eben nicht doch durch eine Infektion bekommen hat, respektive, dass noch ein Virus hinzugekommen ist. Und genau hier scheiden sich die Geister. Es gibt als Markerkonzept das Diva-Prinzip, welches die Italiener auf einem relativ einfachen Level ausprobiert haben. Dies hat nicht funktioniert. Die EU-Kommission hat den Rahmen mit sog. Indikator-Tieren oder Sentinel-Tieren nun etwas weiter gefasst. Das heißt, sie stellen in eine große geimpfte Herde wenige nicht geimpfte Tiere ein und beproben diese, um zu sehen, ob sie krank werden oder das Virus tragen. Dies können Sie im Experiment mit fünf Tieren schön machen, in einer Freilandherde jedoch nur mit sehr viel größeren Problemen. Als wir unsere holländischen Kollegen gefragt haben, wie sie die markierten Tiere wieder finden wollen, wussten sie dies nicht. Wir haben hier auch prinzipiell Vorbehalte, was die Umsetzung dieser Geschichte angeht, wobei ich noch einmal sagen muss: Wenn sichergestellt werden kann, dass ein geimpftes Tier wirklich nicht infiziert ist und wirklich keinen Virus ausscheidet, dann habe ich nichts gegen Impfung.

Dann bin ich gefragt worden, wie sieht es mit anderen Spezies aus. Die Probleme, die immer wieder auftauchen, wie ist es bei Schweinen. Wir haben bei uns versucht, Hausschweine – unsere deutsche Nutztier rasse – das deutsche Landschwein – mit H5N1 zu infizieren. Das Tier lässt sich, zumindest in unserem experimentellen Ansatz mit sehr viel Virus nicht infizieren. Also hier sehe ich keine größere Gefahr. Katzen hingegen lassen sich infizieren, wie wir aus Südostasien wissen. Die Frage ist, was mache ich mit meiner Katze. Ich würde sie kein Schwein fressen lassen. Dies ist eine saloppe Antwort. Andererseits weise ich im Moment immer darauf hin, Katzen sollten sowieso keine Vögel fressen. Es gibt ja schicke Glöckchen, die man umhängen kann, wenn man wirklich auf Nummer sicher gehen will. Dies waren die fachlichen Fragen. Wenn ich etwas vergessen habe, komme ich gerne noch einmal darauf zurück. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Wir kommen jetzt in die zweite Runde und ich würde bitten, kurze Fragen zu stellen und keine großen Erläuterungen zu machen und auch kurze Antworten zu geben.

Abg. Dr. Gerhard Botz: Nach den Antworten vor allem im letzten Teil, kann ich mich kurz fassen. An Minister Backhaus habe ich eine ergänzende Frage. Es wurde von einer ersten vorsorglichen Keulung in einem Betrieb gesprochen, wobei es sich um einen Bestand von klinisch unauffälligen Tieren gehandelt hat. Für den Fall, dass später einmal in größeren Betrieben auch klinisch unauffällige Tiere

gekeult werden müssten, können diese Tiere noch anders verwendet werden oder werden sie einer reinen Vernichtung zugeführt? Dann habe ich eine Frage, die über Umwege hier schon aufgetaucht ist. Wenn sie hier von der vertretenen Wissenschaft nicht beantwortet werden kann, wäre ich dankbar, sie in den nächsten Tagen schriftlich zu bekommen. Es ist völlig klar geworden, dass dieses EU-initiierte Wildvogelmonitoring zu dem geführt hat, was ursprünglich angedacht war, nämlich dass wir präventiv rechtzeitig etwas erfahren, was wir sonst später erst erfahren hätten. Insofern würde mich einmal interessieren, mit welchen Probenumfängen in anderen Küstenländern, wie z. B. in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die sicher nicht so stark, aber auch betroffen sein könnten, in den letzten Wochen und Monaten gearbeitet wurde. Die letzte Frage an Herrn Mettenleiter: Wir wissen jetzt, was Schutzzonen und Überwachungszonen sind. Sobald man auf die europäische Ebene kommt, taucht dann auch der Begriff des Risikogebietes auf. Ab wann spricht man auf der europäischen Ebene definitiv von einem Risikogebiet? Welche räumlichen Abgrenzungskriterien sind hier praktisch angebracht?

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan: Ich möchte doch das eine noch einmal in Erinnerung rufen, weil es manchmal in der Diskussion etwas aus dem Blickfeld geraten ist. Wir diskutieren heute über die Vogelgrippe zum einen, weil wir erwarten müssen, dass wir sehr viel mehr Fälle dieser Krankheit bei den Wildvögeln finden und weil wir alle miteinander und da sollten wir sehr wohl zusammenstehen, verhindern wollen, dass die Seuche auf die Nutztierbestände übergreift. Wir haben über 100 Mio. Geflügel in Deutschland. Es wäre dramatisch, wenn die Seuche in die Nutztierbestände eingreift. Von daher ist es wichtig, wenn wir gemeinsam versuchen, dieses Übergreifen zu verhindern. Wenn wir nach vorn schauen, sollten wir trotzdem nicht den Blick zurück ganz verweigern, weil man durchaus aus Fehlern lernen kann und weil es richtig ist, zunächst einmal zu überprüfen, was hat geklappt und was hat nicht geklappt und wo müssen wir besser werden. Ich finde es schon etwas seltsam, dass die Regierung der Auffassung ist und insbesondere die große Koalition, dass die Opposition einen Maulkorb verdient, wenn sie nicht nur Lobeshymnen ausspricht. Dies ist kein ordentlicher Umgang miteinander. Wir sollten einen sehr wohl kritischen Umgang miteinander haben und da gehört es sich für eine Opposition auch Dinge zu kritisieren, sonst hat sie ihren Beruf verfehlt und kann zu Hause bleiben.

In diesem Zusammenhang, Herr Minister Backhaus, die Organisation der Seuchenbekämpfung in den Ländern ist Landessache. Deswegen ist auch in dieser Sitzung nicht Thema, wie das in Mecklenburg-Vorpommern organisiert wird. Ich weiß aus meiner Zeit in Schleswig-Holstein, dass wir auch als Opposition sehr intensiv mit der Landesregierung zusammen gearbeitet haben, damit eine ordentliche Seuchenbekämpfung möglich ist. In Schleswig-Holstein sind die Kommunen und Kreise sehr wohl darauf vorbereitet, dass ein solcher Fall passieren kann.

Herr Minister Seehofer, Sie dürfen davon ausgehen, dass die FDP-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag bei jedem Seuchenzug darauf geachtet hat, dass die Landesregierung ordentlich arbeitet. Dies ist der Job, den eine Opposition zu leisten hat.

Ich bedanke mich bei Herrn Mettenleiter, dass er noch einmal über die Ursache des Ausbruchs gesprochen hat, weil wir davon ausgehen müssen, dass sicherlich nicht nur der eine Singschwan von Lettland Richtung Westen geflogen ist. Daher meine Frage: Besteht von Ihrem Institut aus eine Zusammenarbeit mit Polen? Denn es ist doch zu erwarten, dass auf der Strecke zwischen Lettland und der Insel Rügen, wo auch noch andere Schwäne heruntergekommen sind, entsprechend Funde zu machen sind, wenn tatsächlich danach geschaut wird. In Schleswig-Holstein sind die ersten Kraniche bereits angekommen. In meinem Landkreis haben bestimmte Betriebe bereits vor Erlass der Verordnung und vor dem Fund auf Rügen die Tiere schon aufgestellt. Wir werden über den Vogelzug weitere Einträge haben, weshalb es entscheidend sein wird, wie arbeitsfähig die Testkapazitäten sind. Müssen die Testkapazitäten ausgeweitet werden?

Die Impfstrategie ist angesprochen worden. Der Minister hat gesagt, wir sind rechtlich in allem gut vorbereitet, aber nach meiner Erinnerung ist die Schutzimpfung bei Vogelgrippe in Deutschland verboten, d. h., was müssen wir rechtlich tun, um ggf. eine Impfung in Deutschland möglich zu machen? Gibt es zugelassene Impfstoffe in Deutschland? Nicht, dass wir empfehlen würden, morgen mit dem impfen anzufangen, aber man muss für den Fall vorbereitet sein. Herr Prof. Mettenleiter, wie ist der genaue Stand der Erstellung des Markerimpfstoffes? Ich bin ein bisschen über Ihre Darstellung erstaunt, das ist alles in weiter Ferne. Ich habe mir auf Ihrer Internetseite die Pressemitteilung vom 17.08. angeschaut, die davon berichtet, dass Sie dabei sind, einen Markerimpfstoff zu entwickeln, der den Schutz der Tiere ermöglicht, aber noch nicht in die Zulassung gehen kann. Aber Sie haben auch erklärt, dass man in einem Notfall einen Impfstoff eventuell auch anwenden kann, wenn die Zulassung noch nicht ausgesprochen ist. Ist dieser Impfstoff in dieser Situation oder nicht? Was machen Sie, damit er möglichst schnell in eine solche Situation kommt? Wie viele Anstrengungen hat das Institut unternommen, um sich darauf vorzubereiten, möglichst bald einen solchen Impfstoff zur Verfügung zu haben? Sie hatten im Mai gesagt, dass das Ausgangsmaterial, um einen solchen rekombinanten Impfstoff herzustellen, noch nicht verfügbar war, dann aber im August wohl vorhanden war. Ich würde gerne wissen, wie weit wir tatsächlich sind, was wir rechtlich dazu noch umsetzen müssen und ob das Impfverbot auch Zootiere betrifft. Gibt es für die Zootiere einen Impfstoff, denn es wäre schon wichtig, dass wir wichtige Bestände erhalten. Und was für Konsequenzen entstehen für die Handelsbeschränkungen, wenn wir in dieser Weise vorgehen.

In einer anderen Pressemitteilung Ihres Instituts ist darauf hingewiesen worden, dass insbesondere in Stockenten der Virus verbreitet ist und eingetragen werden kann. Wir haben in Ihren Zahlen gelesen, dass auch der Kormoran ein Überträger dieser Krankheit ist. Wir müssen erwarten, dass im Frühjahr in einigen Bereichen enorme Kormoranschwärme nach Deutschland kommen, so dass ich wissen möchte, ob wir gut darauf vorbereitet sind, um damit tatsächlich auch umgehen zu können.

Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier: Zunächst noch einmal zu den Äußerungen des Kollegen Goldmann. Wir haben vor drei Jahren bereits die Situation hier erlebt, dass von Ihnen Forderungen gestellt worden sind, die sich hinterher als irrelevant erwiesen haben. Damals haben Sie auch eine Impfstrategie gefordert und zum anderen aufgefordert, dass man 10 Kilometer entlang der

niederländischen Grenze zur Verhinderung des Eintrages dieses Virus so eine Art „Cordon sanitaire“ schaffen sollte. Der Ausbruch erfolgte dann 13 Kilometer dahinter.

Die Systematik des Katastrophenschutzes ist in Niedersachsen nicht anders als in Mecklenburg-Vorpommern. Wir könnten natürlich unter Umständen überlegen, in dem Bereich etwas zu verändern. Aber ich halte dies für wenig sinnvoll. Gerade in Ihrem Landkreis und den anliegenden Landkreisen ist die Sensibilität so groß, dass dort mehr als nur vorbereitende Maßnahmen getroffen werden. Für die Betriebe, die auch entsprechende Größenordnungen haben, ist es selbstverständlich, auch wenn es keine Seuchenlage und Bedrohung gibt, dass bestimmte Maßnahmen der Hygiene, wie Desinfektionsmatten, eingehalten werden. Dann ist natürlich das Sensorium in besonderer Weise geschärft, was andere Bedingungen angeht. Entsprechende Bestände sind entsprechend zu kennzeichnen und vor den Beständen sind Schilder anzubringen, dass unbefugten Personen das Betreten und der Aufenthalt in der Nähe verboten ist. Dies ist gängige Praxis und von daher sehe ich in diesem Zusammenhang auch keinen Nachbesserungsbedarf. Den haben wir eher bei kleineren Geflügelhaltern, die man nicht so einfach von den Maßnahmen überzeugen kann und wo auch die Kontrolle schwieriger ist, da noch nicht einmal alle gemeldet sind.

Eine Nachfrage hätte ich zu den Impfstoffen. Die bisherige Entwicklung ist hier ein bisschen unbefriedigend, da töten immer eine schlechte Strategie darstellt. In der Folge traten als Konsequenzen beispielsweise auf, dass in Holland 30 Mio. Hühner oder Federvieh getötet wurden, die damals noch relativ schwach pathogen im Verhältnis zu H5N1 betroffen waren. Für den Fall, dass eine Impfstrategie angesetzt wird, haben einige Länder bereits angekündigt, den Import aus dem entsprechenden Bereich der EU zu verbieten. Die Chinesen haben bis dato jeglichen Import von Geflügelfleisch aus Europa untersagt. Wenn wir impfen, ist nach den Bestimmungen der OIE eine Situation gegeben, wo wir dann zumindest 12 Monate abwarten müssen, bis wir wieder in der Lage sind, den Zustand „seuchenfrei“ zu erreichen. Welche Konsequenzen das hat, dürfte zumindest in der Region, aus der Sie kommen, klar sein. Dies zu der Wertung dessen, was von Ihrer Seite hier vorgetragen worden ist. Ich habe den Eindruck, hier ist versucht worden, ein Tribunal zu veranstalten. Dies hat aber zum Glück nicht funktioniert. Denn es ist nicht Aufgabe dieses Ausschusses, in dieser Art und Weise mit teilweisen nicht nur populistischen und polemischen Äußerungen eine gewisse Strategie zu verfolgen. Ich warne vor dem Hintergrund irgendwelcher Landtags- oder anderer Wahlen, unter Umständen hier etwas an Diskussion erzeugen zu wollen, was hier nicht hin gehört.

Abg. Dr. Edmund Peter Geisen: Ich möchte wenige kurze Frage stellen, möchte aber vorweg noch eine Anmerkung machen. Wir haben es hier mit einem nationalen und auch internationalen Krisenereignis zu tun. Wir haben einen Notstand auf Rügen. Wir haben Gefahren für Mensch und Tier. Ich erkenne heute Nachmittag völlig neue, größere Dimensionen in dieser Sache Vogelgrippe und da gibt es Kollegen, insbesondere aus der CDU, die eine Sondersitzung nicht für sinnvoll erachten, weil sie wahrscheinlich noch zwei Wochen Fastnachtspause machen wollen, bevor wir den aktuellen Stand erfragen und die Bevölkerung darüber aufklären. Dies sind wir der Bevölkerung schuldig und wir denken, dass es eher die Opposition ist, die die Fragen stellt, als dass wir die Antworten hier zu geben haben.

Ich habe folgende Fragen: In welchen Zeitabständen werden wissenschaftliche und politische, internationale und nationale Erkenntnisse hier in Berlin zusammengetragen? In welcher Weise wird die Bundesregierung einer weltweiten Verantwortung in der Sache gerecht? Wie soll denn tatsächlich eine weitere Einschleppung nach Deutschland durch Wildgeflügel aus aller Welt verhindert oder eingedämmt werden?

Abg. Undine Kurth: Ich habe noch eine Frage zum Impfen. Vorher möchte ich noch etwas an Sie, Herr Minister Backhaus, sagen. Ich glaube, dass ich von mir sagen kann, dass ich zu denen gehöre, die immer möglichst sachlich versuchen, zu einem konstruktiven Ergebnis zu kommen. Dazu gehört aber auch, dass man das, was schief gegangen ist, benennt. Ich möchte noch einmal deutlich sagen, dass es hier nicht darum geht, dass Sie der Meinung sind, Sie hätten Harry Potter zur Hand und würden in zwei Stunden einen Schnelltest machen können. Dies hat niemand hier behauptet. Aber die Frage ist doch berechtigt, da ein Schnelltest normalerweise nicht fünf oder sechs Tage dauert, und wenn Sie sagen, beim ersten Test ist etwas schief gegangen und musste wiederholt werden, so ist dies ein Ereignis, mit dem man leben muss. Aber Sie müssen uns schon sagen, was am 14.02. abends Ihr Erkenntnisstand war. War dies der 1. Test oder war dies der 2. Test? Für mich ist es ausgesprochen ärgerlich, dass Sie hier eine Situation in den Raum stellen, als ob wir völlig Unrealistisches verlangen würden und nicht so Recht wissen würden, wie lange so etwas dauert und wenn sie dann auch noch der Meinung sind, dass Sie bei hoher See rausfahren und die Tierkadaver holen sollen, ist das doch Irrsinn. Davon redet gar keiner. Aber die Versäumnisse, die passiert sind, über die muss man reden. Sie selbst haben vorhin das schöne Wort Chaos in den Mund genommen. Also noch einmal, es geht darum, rational über Dinge zu reden und Fehler, die passiert sind, nicht zu wiederholen und dann vielleicht zu überlegen, wie man dazu kommen kann, dass man in Form der Auftragsverwaltung, z. B. Unterstützung, geben und die Kompetenz und die Koordinierung zuweisen kann, damit vielleicht die Abstimmung zwischen Bund und Länder besser funktioniert. Das heißt ja auch nicht, keiner muss von vornherein alles perfekt beherrschen. Zum Glück sind wir nicht ständig von solchen Ereignissen bedroht, aber dies ist mir doch ein bisschen zu flapsig, wenn Sie den Eindruck erwecken, als würden wir völlig irrsinniges Zeug fordern.

Meine Frage zum Impfen: Hier ist über viele Dinge geredet worden, die noch problematisch sind. Dies ist sicher auch so. Trotz allem ist das Motto: Impfen ist besser als Töten. Was steht dem, Herr Bundesminister, entgegen, wenn wir, wie es bereits 2003 in NRW durchgeführt wurde, Zootiere, Zuchttiere und Tiere von kleinen Hobbyzüchtern impfen? Wie stehen Sie dazu?

Abg. Dr. Kirsten Tackmann: Vielen Dank. Ich hoffe, dass der Dank, der vorhin nur für Riems genannt wurde, auch an die Kolleginnen und Kollegen in Wusterhausen geht, die auch namentlich und persönlich in Mecklenburg-Vorpommern vor Ort waren und Hilfe geleistet haben.

Herr Prof. Mettenleiter, Sie sagten, es handle sich im Moment um ein epidemiologisches Geschehen an der Wittower Fähre, und brachten dies auch mit den derzeitigen Witterungsbedingungen in Zusammenhang. Heißt dies nicht auch, dass es bei Änderung der begrenzenden Situation dann

tatsächlich zu einem größeren epidemiologischen Herd kommen kann? Wie ist da die Dynamik, die zu erwarten ist? Herr Backhaus hat vorhin gesagt, wir haben den Schwan nicht als kritisch angesehen, wir hatten keine Veranlassung, evtl. etwas zu vermuten. Da würde ich ein bisschen widersprechen wollen, weil tatsächlich aus den Unterlagen hervorgeht, dass die Ausbrüche in der letzten Zeit in Europa immer Schwäne betroffen haben. Ist dies nicht ein Punkt, wo man jetzt überlegen müsste, ein gezieltes Schwanenmonitoring zu machen? Ich weiß, dass dies immer ein bisschen kritisch ist, weil natürlich die Ornithologen sofort sagen, da wird der Schwan zum Ziel 1-Gebiet. Unter wissenschaftlichen Aspekten ist aber vielleicht wirklich zu überlegen, ob man die Untersuchungskapazitäten nicht wenigstens auf die Indikatorspezies konzentriert, insbesondere weil ich auch weiß, dass in meinem Wahlkreis tatsächlich vorsortiert wird. Der Landkreis sagt, wir können eh nicht alles untersuchen, also schicken wir nur das ein, was wir für relevant halten. Vielleicht kann man ihnen da eine Handhabe geben, dass sie dann ein bisschen gezielter die riskanten Tiere einsammeln.

Dann muss ich noch einmal nach den Notfallplänen fragen. Da ist in Mecklenburg-Vorpommern wirklich vorbildlich gearbeitet worden, da sie öffentlich zugänglich sind. In allen andern Ländern, die wir gecheckt haben, sind die Notfallpläne oder Alarmpläne nicht öffentlich zugänglich, so dass man vielleicht überlegen sollte, dass man im TSN auf der Eingangsseite, wo sozusagen die Öffentlichkeit hergestellt ist, hinterlegt, diese auf die derzeitige Situation Wildvogeleintrag anpasst und die Handlungsoptionen ganz genau festschreibt, damit die Kreise, die noch nicht damit betroffen sind, etwas gezielter auf die Situation vorbereitet werden. Bei Beständen schreiben wir genau auf, wie dies ablaufen soll, aber für die Frage des Eintrags bei Wildtieren besteht ein solches standardisiertes Verfahren nicht.

Die Frage Vogelschutzbeobachtungskapazitäten und ornithologische Forschung: Dies muss jetzt mit einem völlig neuen Blick betrachtet werden. Es müssen mehr Kapazitäten geschaffen werden, um die Daten, die die Epidemiologen brauchen, um die Risiken richtig einzuschätzen, liefern zu können. Man muss auch überlegen, wie man die Hilfskräfte, die jetzt für den Fall aller Fälle rekrutiert werden, darauf vorbereiten kann, dass wir ein geringeres Infektionsrisiko haben. Da haben wir eine Vorsorgepflicht gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Diskussion zur Impfstrategie müssen wir auf zwei verschiedene Szenarien konzentrieren. Ein Szenario ist dabei, wo ein kurzes Aufflackern oder ein kurzer Eintrag erfolgt, dann aber beendet ist, wo Impfen sicherlich eine sehr problematische Option und eher abzulehnen ist. Eine andere Situation ist, wenn wir es mit einem epidemiologischen Geschehen zu tun haben. Unter diesen Bedingungen müssen wir differenzierter bewerten, wobei die Impfung in einem Großbestand sicherlich weniger sinnvoll ist als bei Kleinstbeständen und wertvollen Zuchtbeständen. Wir müssen im worst-case-Szenario damit rechnen, dass wir zumindest in einigen Regionen ein epidemiologisches Geschehen haben und dies ist eine ganz andere Situation, als die, die wir bis jetzt immer diskutiert haben, dass es nämlich kurz einmal aufflackert und dann nicht weiterläuft.

Abg. Dr. Hans-Heinrich Jordan: Für mich ist persönlich sehr wichtig, dass wir den Sachverhalt sachgerecht, seriös und auch von den Fakten her diskutieren. Wir haben die Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass es uns darum geht, letztlich Vertrauen zu schaffen in unsere Arbeit, die vor Ort auf Rügen in den Landkreisen oder auch in den Ländern gemacht wird und die vor Ort auch von der Bundesregierung und an dieser Stelle dann letztlich durch den Ausschuss geleistet wird. Ich glaube, da sind wir sehr gebunden und sollten uns immer wieder unserer besonderen staatstragenden Verpflichtung bewusst werden. Ich bin sehr erfreut, dass durch Herrn Prof. Mettenleiter dargestellt wurde, welche Maßnahmen eingeleitet wurden und wie die Situation ist. Er hat deutlich dargestellt, in welcher Weise sie die jetzt vorhandene Situation einschätzen und was zu tun ist. Daran sollten wir uns halten. Hier ist eines deutlich geworden, wir sollten uns an den Standpunkt der Fachleute und der Leute, die tatsächlich Bescheid wissen, halten. Dies ist nicht nur auf das FLI, sondern auch auf die Aussagen, die ich vor Wochen oder vor Tagen vom Paul-Ehrlich-Institut und Robert-Koch-Institut gehört habe, bezogen. Dies ist ein Dreiergremium, was ganz klar für unsere Öffentlichkeit dargestellt hat, wie wir es weiter tragen sollen.

Wir müssen bei solchen Prozessen auch immer deutlich machen, dass Anfangsschwierigkeiten da sind. Dies weiß jeder. Wenn einer bei der Olympiade ins Rennen geht, gibt es immer einige Probleme der Aufregung und der Nervosität bis er sich dann eingefunden hat und dies ist hier auch geschehen. Die Schwachstellen wurden dargestellt und auch von vielen Seiten diskutiert. Ich bin sicher, nachdem was ich hier gehört habe und was ich auch schon weiß, dass hier mit größter Akribie und Einsatz der Menschen vor Ort alles getan wird, diese Seuche nach bestem Wissen und Gewissen einzudämmen und sie Totlaufen zu lassen. Ich möchte allen Menschen, die sich in herausragender Weise, ehrenamtlich eingesetzt haben herzlichen Dank sagen. Sie sind tatsächlich die Akteure vor Ort, die uns weiterbringen und die Vertrauen schaffen in unser Gebilde und unsere Verantwortung. Wir haben sehr viel diskutiert, auch auf Initiative des Bundesministers, auch in der Anhörung im Plenarsaal. Ich denke, hier ist genügend getan. Wir sollten auf diesem Weg weitermarschieren und auch ein wenig Vertrauen in uns selbst setzen und wir sollten flexibel reagieren. Adenauer hat mal gesagt, wenn ich aus dem Rathaus komme, bin ich immer schlauer als vor dem Rathaus. So ist es auch hier. Wenn ich die Bundeswehr einsetze, ist dies eine Entscheidung, die ich nach einem gewissen Kenntnisstand getroffen habe, welcher sich täglich, stündlich und vielleicht sogar minütlich weiter entwickelt.

Ich habe das Gutachten gelesen, woraus sich die Frage ableitet, wie sicher tatsächlich die Angaben aus Drittländern oder aus unseren Nachbarländern sind? Wenn ich die Historie bezüglich der Zeitabläufe sehe, hat sich ja woanders fast nichts mehr getan. Was geschieht mit Bestandsumsetzungen innerhalb von großen Betrieben? Wir wissen, dass wir über größere Entfernungen Tiere umsetzen müssen, ob dies nun Puten oder irgendwelche anderen Tierbestände sind, die natürlich auch von wirtschaftlicher Bedeutung für die gesamtwirtschaftlichen Abläufe sind. Herr Prof. Mettenleiter, wird sich diese Situation ein wenig totlaufen?

Abg. Hans-Michael Goldmann: Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass ich es nach wie vor für sehr wichtig halte, dass wir heute diese Sondersitzung haben. Es gab vieles zu besprechen und es gibt weiterhin vieles zu tun. Wir sitzen hier, Kollege Priesmeier, nicht nur als Tierärzte oder als

andere Berufsständige, sondern auch als Politiker. Wir haben die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger durch unser Verhalten zum richtigen Umgang mit dem Problem anzustoßen. Herr Backhaus hat vorhin gesagt, dass er am 15.02. schon die Bundeswehr angefordert hat. D. h., dass bei der Expertenanhörung am 15.02. dies erstaunlicherweise im Ausschuss noch kein Thema war. Ich halte dies für wichtig. Die Bundeswehr kommt berechtigterweise zum Einsatz und natürlich haben wir denjenigen zu danken, die diese Aufgabe dort wahrnehmen, wenn eine Katastrophensituation da ist. Ich sage es noch einmal, Herr Seehofer, auch wenn Sie sich, wie Sie dargestellt haben, völlig seuchenhygienisch korrekt verhalten haben, ist es falsch, als derjenige, der Seuchen zu bekämpfen und der Bürger über korrektes Verhalten aufzuklären hat, vor Ort zu sein, wohl wissend, dass er von einer großen Gruppe von Journalisten begleitet wird. Herr Mettenleiter hat vorhin gesagt, „da stockt mir der Atem“. Ich denke, dass vor diesem Hintergrund meine Einschätzung Ihres Besuches von Rügen einer ist, mit dem Sie natürlich nicht konform gehen. Ich glaube, die Art und Weise, wie Sie mich in dieser Frage angegriffen haben, war unkollegial und in der Sache auch nicht zutreffend.

Kollege Priesmeier, es stimmt schlicht nicht, was Sie eben angemerkt haben. Sie sollten sich einfach einmal danach erkundigen, dass es auch Äußerungen von Vorgängern in der Arbeit der FDP-Fraktion zu diesem Sachbereich gibt und wir sollten endlich einmal damit aufhören, hier unberechtigte Vorwürfe zu erheben.

Einen Punkt möchte ich noch gerne sagen, Herr Backhaus. Ich komme aus einer Region, die sich gut auf das Thema vorbereitet hat. So haben wir z. B. das Töten probiert und Plätze ausgewiesen, wo wir die Tiere zwischenlagern, weil wir wissen, dass unser getötetes Material möglicherweise aus Kapazitätsmangel in den Tierkörperbeseitigungsanstalten nicht zeitgerecht vernichtet werden kann. Deswegen tun wir hier nicht so, als ob im Grunde genommen bestimmte Bereiche nicht wüssten, was zu tun ist. Unterstellen Sie uns nicht, dass wir nicht sehr gut wissen, wie problematisch eine solche Form der Vorbereitung ist. Wir haben in der Sendung „Berlin-Mitte“ nicht von großen Versäumnissen gesprochen, dies hat Herr Seehofer getan. Sie haben heute dargestellt, dass bei Ihnen alle bestens in Ordnung ist und trotzdem sagt Herr Seehofer, er brauche Bundeskompetenz in dieser Frage. Diese Widersprüche neben der Frage über die Zeitdauer der Untersuchungen und des Absperrens, neben der Frage der Wirksamkeit Ihrer Maßnahmen, nicht die Brisanz müssen möglicherweise noch weiter nachgefragt werden. Sind die Untersuchungskapazitäten so ausgelegt, dass wir schneller zu Ergebnissen kommen? Haben wir die Situation richtig eingeschätzt? Ist dort genügend Personal vorhanden gewesen, um zu schnellen Ergebnissen zu kommen? Sind möglicherweise Arbeitszeiten eingehalten worden, die sonst im öffentlichen Dienst üblich sind? Ist Freitag um 14.00 Uhr Schluss gemacht worden oder ist weiter über das Wochenende hinweg untersucht worden? Hier besteht doch ein berechtigtes Interesse, solche Dinge zu hinterfragen und darauf Antworten zu bekommen. Insofern ist es absurd, von einem Tribunal zu sprechen. Bei aller Freiheit der Wortwahl. Ich bin mir nicht so ganz sicher, ob Sie, Herr Minister Seehofer, heute nochmals wiederholen würden, was Sie am Abend bei Berlin-Mitte gesagt haben.

Herr Mettenleiter, ich habe einen Bericht im Fernsehen gesehen. Da wurde vom Leistungsstand aus anderen Ländern berichtet mit sehr richtungsweisenden Ergebnissen aus den Niederlanden, Belgien,

Amerika und England. Nach meinem Eindruck fand Deutschland dort nicht statt. Deshalb meine Frage, entspricht der Leistungsstand der deutschen Impfstoffforschung in diesem Bereich der Herausforderung, der wir gegenüber stehen oder müssen wir auch über Haushaltsmittel oder Einstellungen in diesem Bereich aktiver werden? Handelt es sich bei den Impfstoffen, die dann eingesetzt werden, um Impfstoffe, die gentechnisch veränderte Inhaltsstoffe beinhalten? Hat es eine Zeitspanne in Deutschland gegeben, wo die Forschung im Hinblick auf die Qualität der Impfstoffe durch grüne Politik beeinträchtigt war, die eben den Bereich der Gentechnik besonders kritisch sieht? In NRW sind Impfstoffe eingesetzt worden. Soweit mir bekannt ist, ist bei den Tieren, die geimpft worden und die dann zu Tode gekommen sind, nicht festgestellt worden, dass sich der Impfstoff sozusagen unter der Decke oder maskiert ausbreitet. Sind Ihnen solche Ergebnisse auch bekannt? Wenn dies so ist, warum gehen Sie dann davon aus, dass sich im Fall der Impfung von Nutztieren die Situation ändern wird?

Die Vorsitzende: Ich möchte drei Fragekomplexe ansprechen. Herr Backhaus, Sie haben mehrfach zu Recht gefragt, sagen Sie mir doch bitte, wo ich Fehler gemacht habe. Insbesondere in dem Punkt, wie wir in der Zukunft Fehler vermeiden können, ist es wichtig, die Fehler der Vergangenheit zu analysieren. Aus meiner Sicht sind die Fehler eher im Vorfeld passiert und zwar aus folgendem Grund: Die Tatsache, dass die Landrätin bei dem Ausbruch der Seuche, nicht sofort wusste, wo sie zusätzliches Personal und Schutzanzüge bekommen konnte. Die Frage, dass sie nicht wusste, wie sie die Logistik in dieser besonders schwierigen Situation nur mit Feuerwehr und Technischem Hilfsdienst in den Griff bekommen sollte, ist ein anderer Punkt, aber dass sie mit ihren Bordmitteln, also dem normalen Personal garantiert eine Seuche nicht in den Griff bekommt, dies wissen wir. Dass sie es dann trotzdem versucht hat, war offensichtlich eine Folge dessen, dass sie nicht wusste, wie sie diesen Notfallplan vernünftig umsetzen muss. In dem Notfallplan hätte aufgeführt werden müssen, welche Personen anzurufen sind. Ich kann mich noch gut an den Ausbruch der Seuche in Viersen erinnern, wo ich gerade in einem Paul McCartney-Konzert saß. Da bin ich dreimal herausgerufen worden und wir haben alles noch in der Nacht organisiert und alle wussten, wen sie anzurufen haben und wo man was zu kriegen hat. Dieses Vorgehen hat auch etwas Gutes, da nun alle Landkreise ihre Hausaufgaben machen. Wir haben es einmal durchgemacht und wir haben danach gesagt, es ist gut, dass wir nicht einen solchen Zug wie in den Niederlanden hatten. Da hätten wir auch nicht alles optimal gemacht. Wir haben daraus gelernt und z. B. tagelang mit den Landkreisen einen solchen Notfallplan durchgespielt. Dann wäre jeder Landrätin aufgefallen, dass noch Anzüge fehlen und etwas zu unternehmen ist. Zurzeit ist die Vogelgrippe nur bei Wildvögeln aufgetreten, die dramatischere Stufe, also wenn sie in den Stall kommt, ist bisher noch nicht eingetreten. Deshalb die Frage an beide: Können wir nicht die noch vorhandene Zeit nutzen, dass der Bundesminister eine Task Force einrichtet, die bei den Ländern schaut, ob Probleme bestehen und entsprechende Übungen durchführt, damit praktisch durchexerziert ist, was zu tun ist und damit wir wenigstens aus dem, was wir jetzt auf Rügen gesehen haben, lernen und für die Zukunft einfach die Fehler vermeiden. Ein chinesisches Sprichwort besagt ja: Einen Fehler begehen, ist nicht so schlimm, aber Fehler begehen und nicht daraus lernen, schon.

Der zweite Punkt ist, Herr Seehofer, Sie haben eben sehr eindrucksvoll geschildert, dass die Zuständigkeit für Tierseuchen, eine für den Bundesminister unbefriedigende Situation ist. Sie sagen, Sie haben die Verantwortung, aber nicht die Zuständigkeit. Sie stehen auf Rügen und bitten die Landrätin etwas zu tun und sind als Gast dort und bitten. Dies ist eine unangenehme Situation. Es kann aber nicht sein, dass wir bei einem solchen Geschehen davon abhängig sind, ob ein Landkreis gut arbeitet oder nicht, weil dies auch eine Auswirkung für ganz Deutschland hat. Deshalb die Frage, wir sind jetzt mitten in der Krisenzeit und man hat viel zu tun, aber müssen wir nicht jetzt überlegen, was müsste man ändern? Dies muss ja keine Grundgesetzänderung sein. Es muss nur gewährleistet sein, dass man wirkungsvoller arbeitet. Was müssen wir jetzt ändern? Entweder die Bund-Länder-Koordination verbessern oder vielleicht die Frage der Auftragsverwaltung oder was auch immer. Mir ist auch das Instrument nicht so wichtig. Mir ist das Ziel wichtig, nämlich dass wir bei einer Seuche gut aufgestellt sind. Dies muss man schon während der Seuche entscheiden, ob man es schon während der Seuche umsetzt, ist eine zweite Frage. Aber wenn man es nicht während der Seuche festlegt, dann wird sich nach der Seuche keiner mehr darum kümmern. Da sind alle froh, dass man diese hinter sich hat und dass man darüber nicht reden muss. Was planen Sie sozusagen, um diesen Missstand, den wir nun alle gesehen haben, zu verbessern?

Die letzte Frage: Das Problem hier an diesem Ausbruch ist doch, dass wir eine andere Situation haben als 2003. 2003 hatten wir Ställe, die betroffen waren. Dann haben wir, wie die EU dies vorschreibt, unsere Sperrbezirke von 3 und 10 Kilometern ausgewiesen. Heute haben wir viel mehr Wildvögel, die betroffen sind und die schnell über die 10 Kilometer hinweg fliegen können. Das heißt, wir haben eigentlich eine Situation, die andere Maßnahmen erfordert als wir dies bisher durch unsere Erfahrungen mit Seuchen gemacht haben. Deshalb die Frage, ob wir nicht aus diesem besonderen Geschehen, was wir jetzt haben, auch zu anderen Vorsichtsmaßnahmen kommen, also mehr machen müssen, als diese 3- und 10-Kilometer-Zonen, um die Ausbreitung der Seuche zu verhindern? Erfordert nicht ein besonderes Seuchengeschehen auch ein besonderes und neues Verfahren? Dies waren die drei Themenbereiche und dazu gehört auch, dass wir ein stärkeres Wildvogelmonitoring machen. Deshalb auch die Bitte an Sie, dass Sie uns die Zahlen geben, welches Land hat welche Untersuchung gemacht. Zudem muss das Wildvogelmonitoring verstärkt werden, damit man schneller entsprechende Fälle findet. Man kann nur optimal arbeiten, wenn man vorher alles vorbereitet hat. Deshalb ist die Vorbereitung das A und O. Je schneller man die toten Tiere eingesammelt hat, desto weniger kann sich das Virus ausbreiten. Deshalb müssten wir auf die nächsten Stufen entsprechend vorbereitet sein.

Bundesminister Horst Seehofer, BMELV: Herr Kollege Geisen, Erkenntnisse werden bei uns sofort zusammengetragen und immer auf den neuesten Stand gebracht. Dies gilt fürs Ministerium, wie für das Institut. International sind wir in der EU, FAO, WHO und bilateral auch mit Fachleuten engagiert. Die Frage von Herrn Geisen war: „Wie können Sie den Wildvogeleintrag vermeiden?“ Herr Mettenleiter hat ironisch gesagt, wir können keine Netze aufspannen. Das Geschehen findet in der Natur statt. Es ist ein gigantisches Naturereignis und wir können uns nur bemühen, dass wir das Geschehen frühestens möglich registrieren und entsprechende Schutzmaßnahmen treffen, um den Eintrag im Nutztierbereich und bei den Menschen zu verhindern. Dazu dient z. B. das

Aufstellungsgebot und deshalb wäre es eine völlige Illusion, der Bevölkerung vorzumachen, man könnte im Wildvogelbereich eine Schutzmaßnahme durchführen.

Die Sache mit den Versäumnissen. Ich habe dies mit dem Absperren und den Einsammeln gesagt. Jetzt möchte ich einmal etwas zu dem 8. und 14.02. sagen. Es klingt immer so, als ob Herr Mettenleiter die Probe um 16.00 Uhr bekommt und um 19.00 Uhr das Ergebnis vorlegen kann. Dann sagt jeder, eigentlich hätte dies in Mecklenburg-Vorpommern auch so sein können. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass wir bis zum 14.02. kein Geschehen hatten. Kein Mensch, auch ich persönlich, hätte z. B. unser Institut angewiesen, dass es auch am Sonntag proben müsste. Ich sage, dieses Geschehen haben wir erst seit dem Abend des 14.02. und jetzt tun alle, als hätten sie in Kenntnis dieses Geschehens auch vorher schon so gehandelt. Dass jetzt bestimmte Strategien entwickelt werden, wie man bei neuen Räumen schneller an Ergebnisse kommt, ist doch ganz klar, aber ich hätte als Minister niemals Herrn Mettenleiter gesagt, sie werden jetzt am Sonntagnachmittag tätig. Und jetzt hinterher auch noch das Wochenende, was immerhin schon einmal 2 ½ Tage ausmacht und die Doppeltestung zu unterschlagen und zu unterschlagen, dass Mecklenburg-Vorpommern, bevor das Geschehen bekannt war, bundesweit 10 % aller Befunde und Untersuchungen veranlasst hat, obwohl es ja bekanntlich nicht zu den größten Ländern gehört, d. h., ohnehin einen Zulauf in erheblichem Umfange hatte, vielleicht auch weil Riems dort ist, ist nicht ehrlich. Mecklenburg-Vorpommern gehörte damit zu den drei, vier stärksten Ländern in der Bundesrepublik Deutschland und zwar vor diesem Geschehen. Mit dem Geschehen zu handeln, ist etwas anderes als vorher. Deshalb habe ich den Punkt nie kritisiert. Sondern mir ging es um den Punkt Absperren des Fundortes, der Insel oder der Straßen; dabei ist weltweit Standard, dass innerhalb der Schutzzonen die Bewegungsfreiheit der Menschen unter Beachtung der Hygiene- und Schutzbestimmungen weiterhin gegeben ist und das Einsammeln der Tiere zu erfolgen hat. Ich habe am Samstag die Landrätin zu diesem Punkt gefragt und sie sagt, wir haben die Situation im Griff. Das war einen Tag vor Ausrufung des Katastrophenfalls. Ich kritisiere nicht einmal jetzt diesen Vorgang. Es schaut ein bisschen anders aus, wenn man vor Ort in einem Riesenrefugium für massenhafte Vögel steht, als wenn Leute, die 800 Kilometer entfernt sitzen und genau wissen, was richtig gewesen wäre. Tut mir leid, da zählt auch ein Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz dazu. Dies ist mein Grund, warum ich jetzt die Zuständigkeitsdiskussion eröffne. Da wird gestern gesagt, ich spiele Theater. Gestern musste man ja wirklich begreifen, dass man die Bundeswehr braucht. Theater hieß es in der Zeitung Rhein-Pfalz. Am 14.02. am Vormittag erklärt der Verband der Ökolandwirte, ich sei ein Aktionist. Ich weiß jetzt genau, wenn ich konkrete Punkte nenne, dann kriegen wir eine wochenlange Zuständigkeitsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland und keine Lösung. Dies ist die Kehrseite. Deshalb werde ich so eine Diskussion außer der Markierung des Problems nicht eröffnen. Ich habe drei oder vier Beispiele heute genannt, die ich in meiner jungen Zeit von hundert Tagen jetzt erlebt habe. In der nationalen Krisenstabsitzung bekommt man auf die Frage, was man bisher veranlasst habe, so schöne Worte, wie, wir haben das Notwendige veranlasst oder die Sache ist in Bearbeitung. Ich habe keine Möglichkeit, dies zu prüfen. Dies ist die Realität und deshalb bitte um Verständnis. Wir haben z. B. in der Verbraucherschutzministerkonferenz alle Länder abgefragt, wie sie sich zum Impfen verhalten. Einheitliche Meinung damals – Nicht Impfen - und heute erklärt ein großes Bundesland – Impfen. So läuft es.

Zum Impfen möchte ich auch noch etwas sagen. Wir sind ernsthaft dabei, in der EU die Impfstrategie weiter zu diskutieren, aber der Maßstab muss sein, dass es für die Sicherheit der Tiere und der Menschen etwas bringen muss und nicht nur Gefühle bedienen darf. Da kann man durchaus überlegen, dies habe ich auch in der EU selbst getan, wie es mit Zootieren, Hobbytieren steht, aber man muss sich dann darüber im Klaren sein, dass dies zwar ein wichtiger Bereich für die betroffenen Menschen ist, aber für das Gesamtgeschehen, was die Sicherheitsrelevanz betrifft, nicht der entscheidende ist. Man darf nicht den Eindruck erwecken, momentan könnten wir mit der Impfung auf das aktuelle Geschehen die durchschlagende Antwort finden. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie da auch nicken.

Herr Goldmann, Sie vermischen so Sachverhalte, um irgendwie aus Ihrem Gestrüpp heraus zu kommen. Sie sagen z. B., Herr Mettenleiter sagt, mir stockt der Atem. Dies hat er auf den ganz konkreten Sachverhalt gesagt, nämlich, wenn die Journalisten mit einer Kamera anschließend in einen Geflügelstall gehen. Obwohl ich dies nicht getan habe, bringen Sie diesen Satz – mir stockt der Atem – mit meinem Besuch auf der Fähre in Verbindung. Immer, wenn man in so einem Thema drin ist, dann wenden Sie Herrn Mettenleiter als Zeuge gegen mich an. Dies sind diese Vermischungen, wo ich jetzt ganz vorsichtig sage, wo man die Frage nach der Wahrhaftigkeit des Umgangs stellen darf. Da habe ich Sie jetzt mehrfach dabei ertappt. Die erste Frage von Herrn Goldmann war, würden Sie den Satz, wir sind vorbereitet vom 08. Januar, noch einmal wiederholen und wie beurteilen Sie die Einlassung Ihres Staatssekretärs am 15.02. Frau Happach-Kasan, ich möchte nur sagen, ich habe hohen Respekt vor der parlamentarischen Opposition. Ich habe jahrelang selbst dazu gehört. Ich möchte auch gern etwas mitnehmen von dem Initiator dieser Sondersitzung für das aktuelle Geschehen. Dann mache ich einen deutlichen Unterschied zwischen dem, was heute die Grünen und sogar die Linken an Diskussion und was Sie persönlich als Initiator, der dies ja öffentlich auch begleitet hat, hier eingebracht haben. Für das aktuelle Geschehen haben Sie mir heute nichts mit gegeben. Deswegen stellt sich schon die Frage, warum Sie so ein Spektakel veranstaltet haben. Gehen Sie bitte korrekt mit der Wahrheit um und vermischen Sie nicht verschiedene Sachverhalte so, dass sie in Ihr Gesamtgebäude passen.

Minister Dr. Till Backhaus, Mecklenburg-Vorpommern: Frau Höhn, ich kann dies nicht gelten lassen, was Sie hier versuchen, mir wieder anzudichten. Wenn bei unserem bestehenden Alarmplan, der nach den Aussagen des Bundesministeriums und der EU geradezu mustergültig ist, weil er im Übrigen als einer der wenigen die Wildvögel schon berücksichtigt hat, gesagt wird, da müsst ihr noch einmal im Vorfeld üben, wer wen anrufen muss, dann kann ich nur sagen, wir haben dieses Thema minutiös durchgespielt. Der Landkreis Rügen ist im Dezember überprüft worden. Da ist, was zwingend notwendig ist, nämlich wie ist der Alarmplan aufgebaut und umgesetzt, noch einmal intensiv durchgegangen worden. Dies ist mir so berichtet worden und da hat es keine Defizite gegeben.

Zur Wittower Fähre habe ich mittwochfrüh, nachdem ich mit dem Bundesminister telefoniert hatte und wir gesagt haben, hier müssen wir alles daran setzen, dass erstens alle toten Tiere zu bergen sind und das Gebiet abzusperrt ist, die nötigen Anweisungen erteilt. Herr Goldmann, wir haben die

Anforderungen von Rügen in der Form nicht bekommen; die kamen erst, nachdem wir den interministeriellen Führungsstab eingerichtet und ich selber die Anforderung an den Landkreis gerichtet habe, welche Hilfe, wie viele Schutzanzüge usw. werden benötigt. Ich weiß nicht, ob dies eigentlich meine Aufgabe ist. Ich will auch keine schmutzige Wäsche waschen. Ich habe immer wieder in schriftlicher Form angewiesen, dieses Gebiet Wittower Fähre ist zu sperren und alle toten und sterbenden Tiere sind zu erlösen, doch als ich dann mit dem Bundesminister am Sonnabend in die Region komme, da sind fast fünf Tage vergangen, muss ich zur Kenntnis nehmen, dass der Landkreis dieses Gebiet erstens im Uferbereich, also der direkten Kernzone, nicht abgesperrt hat, obwohl ganz klar in dem Alarmplan des Landes vorgesehen ist, wie es zu erfolgen hat, und dass nach wie vor große Medienaufgebote mit Übertragungswagen vor Ort sind und sich dort fest eingerichtet haben. Es ist dann nicht meine Aufgabe, dies zu lösen, sondern dafür gibt es Verantwortlichkeiten, da hätte man polizeiliche Maßnahmen einleiten müssen. Wir haben alles angeboten; wenn dies dann nicht genutzt wird und ich wieder zur fachlichen Überwachung hinfahren muss, kann man mir kein Schwarzes-Peter-Spiel vorspielen. Dies sage ich an dieser Stelle noch einmal klar und deutlich. Wir haben immer wieder klar gemacht und dies wiederhole ich zum zehnten Mal, dass es Priorität ist, die toten Tiere zu bergen und die sterbenden Tiere zu entsorgen.

Priorität Nummer 2 und deswegen haben wir da auch Einvernehmen mit dem Bund und der EU, dass wir gefährdete Tierbestände prophylaktisch töten. Da kann ich nur noch einmal sagen, wir sind darauf vorbereitet. Es hat eine öffentlich dokumentierte gemeinsame Veranstaltung der Landkreise mit dem Ministerium gegeben, an der ich selbst teilgenommen habe, um aus unserer Sicht die Anschaffungen, die das Land gemacht hat, darzulegen. Ich weiß nicht, ob Sie – an die Vorsitzende gerichtet – damals Reserven angeschafft haben, aber ich nehme dies an. Ich weiß nur, dass Sie kein CO₂ mehr hatten. Dort wurde darauf hingewiesen, dass, um eine Reserve im Interesse der Landkreise und der kreisfreien Städte zu bilden, solche Anschaffungen nötig sind. Nachdem dies Ende Januar gemacht wurde, hätte das Problembewusstsein etwas geschärft sein müssen. Dass man sich dann auf solche Dinge vorbereitet und Schutzanzüge kauft, will ich nur am Rande bemerken. Dann sage ich auch noch einmal, weil dies auch in dieser Runde klar werden muss: Dieser interministerielle Führungsstab ist dazu da, die Maßnahmen innerhalb des Landes zu koordinieren, d. h. wir arbeiten auf Anforderung oder aber wir geben klare Weisungen heraus. Dieses ist geschehen. Die Anforderungen, die gestellt worden sind von Rügen und jetzt vermehrt auch aus den anderen Landkreisen, die sind erfüllt worden. Dazu gehörte, nachdem die Katastrophe ausgerufen worden ist, auch das Hilfesuchen an die Bundeswehr, was dann sehr schnell umgesetzt worden ist.

Bundesminister Horst Seehofer, BMELV: Es war zuerst ein Hilfesuchen, dass man im Führungsstab dabei ist, zweitens ABC und drittens dann Pioniere. In dieser Reihenfolge.

Minister Dr. Till Backhaus, Mecklenburg-Vorpommern: Ich will schon noch einmal deutlich machen: Es gibt ja ein neues Instrument der Bundeswehr, nämlich die zivil-militärische Zusammenarbeit. Wir probieren dies gerade jetzt aus. Dies hat dazu geführt, dass auf der Insel schnell ein Berater der Bundeswehr eingesetzt worden ist und ich habe zusätzlich aus dem interministeriellen Führungsstab einen hochrangigen Veterinäroffizier in dieses Gremium mit entsandt.

Abschließend muss ich deutlich sagen, dass ich substantiell aus dieser Sitzung für meine Arbeit, die ich im Lande mit den Landkreisen und kreisfreien Städte mitnehmen muss, was die akute Situation anbetrifft, keine neuen Hinweise bekommen habe, was da zu verändern ist.

Was das Monitoring anbetrifft, müssen Veränderungen herbeigeführt werden. Dies teile ich. Wir können die Zahlen liefern. Unser Monitoring ist ad hoc angewachsen, dass kein anderes Bundesland mehr mitkommt. Was wir sicherlich auch machen müssen, Herr Prof. Mettenleiter, wir haben dies mehrfach miteinander besprochen, ist die Frage, zu klären, welche weiteren Infektionswege es denn sonst noch geben könnte. Wir haben bei uns entschieden, dass wir auch andere Säugetiere mit hineinnehmen.

Mit einem Irrglauben muss ich hier noch einmal aufräumen. Der objektive Tierschutz, nämlich Tiere, die verendet sind oder Tiere, die sterben, müssen so schnell wie möglich aus der Kette entnommen werden. Dies war eines der Grundprobleme auf der Insel Rügen. Ich kann den Menschen nämlich nur schützen, wenn ich das Infektionsrisiko herausnehme. Dies ist aus meiner Sicht das Fazit der Entwicklung auf der Insel Rügen. Wir haben darauf immer wieder hingewiesen. Wenn ich nicht den Krisenherd beseitige, muss ich mich nicht wundern, wenn wir zu weiteren Infektionsketten kommen. Dies ist abgestellt und deshalb ist auch in dieser Frage ein optimaler Tierschutz gleichzeitig der Schutz für den Menschen. Ich habe gerade noch einmal die Information bekommen, es gibt noch keine neuen positiven Fälle. Wir haben negative Fälle, dies freut mich und dies ist auch für diese Runde eine wichtige Aussage. Es muss nach wie vor mit Hochdruck an dem Problem Wittower Fähre gearbeitet werden. Ich hoffe, dass wir die Situation insgesamt auf der Insel und im Umfeld der Insel Rügen in den Griff bekommen. An der Stelle auch der Hinweis: Die Hubschrauber sind heute geflogen. Wir haben weitere Daten, wo sich große Ansammlungen von Schwänen oder auch anderes Wassergeflügel aufhalten.

Herr Goldmann, ich sage dies auch noch einmal zu dem Befund von den beiden Schwänen, auf dem Sie immer so herumhacken. Die beiden Schwäne sind am Freitagnachmittag 16.00 Uhr in unserem Landesamt Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Fischerei angekommen mit dem Befund, dass die Tiere unter Stress und unter bestimmten Symptomen gestorben sind, die nicht darauf hingedeutet haben, dass sie mit Virus verseucht sein könnten. Auf Grund der Lage, die wir hatten, die auch der Bundesminister dargestellt hat, ist am Wochenende nicht gearbeitet worden. Am Montagfrüh wurde dann die Arbeit aufgenommen, wobei es dann zu diesem Fehlläufer gekommen ist. Danach ist die Probe sofort nach Riems gegangen. Wir sind, was die Personalausstattung betrifft, eng. Wir haben, nachdem der Fall eingetreten ist, in Zusammenarbeit mit Riems sofort reagiert. Es wird zweischichtig und, wenn es sein muss, rund um die Uhr gearbeitet.

Prof. Thomas C. Mettenleiter, Friedrich-Löffler-Institut: Zur Ausweisung von Risikogebieten: Im Wesentlichen ist unter Ausweisung Risikogebiet das Wasservogeleinstandsgebiet und die Nähe zu solchen Einstandsgebieten zu verstehen. Was dann die einzelnen Länder dafür definieren, ist ihnen letztendlich überlassen, also Wasserflächen und Wassereinstandsgebiete. Frau Tackmann, ich bin Präsident des gesamten FLI und ich gebe meinen Dank immer an alle, egal welche Standorte. Morgen

besucht uns Bundesminister Seehofer und die Kollegen aus Wusterhausen werden auch mit dabei sein.

Zu Polen: Wir haben aus Polen und den baltischen Staaten bisher keine Befunde, aber dies wissen Sie selbst auch: Keine Befunde heißt nicht, es ist nichts da. Wir gehen davon aus, dass die Eintragsereignisse durch Zugvögel sehr selten sind und dass wir insgesamt in Europa maximal zehn Eintragsereignisse originär hatten. D. h., dies ist noch nicht beweiskräftig. Wir sind mit unseren polnischen und insbesondere auch mit den Kollegen aus den baltischen Staaten in sehr engem Kontakt. Die werden ihr Monitoring jetzt auch hochfahren und fragliche Proben zu uns schicken.

Dann ist noch nach den Testkapazitäten im Referenzlabor und, ob wir mehr Geld bräuchten, gefragt worden. Da stehe ich ein bisschen zwischen Baum und Borke. Ich wäre ein schlechter Präsident, wenn ich sagen würde, ich bin wunschlos glücklich, aber die Wünsche, die ich habe, die liegen dem Ministerium auch vor. Und ich denke, da werden wir uns sicherlich auch noch einmal darüber unterhalten.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan: Sind die Testkapazitäten ausreichend, wenn wir ein stärkeres Geschehen bekommen?

Prof. Thomas C. Mettenleiter, Friedrich-Löffler-Institut: Wir sind ein nationales Referenzlabor. Was wir im Moment machen, ist etwas, was für uns eine außergewöhnliche Situation ist, da wir in Amtshilfe, weil das Ausbruchsszenario direkt vor Ort liegt und für uns auch wissenschaftlich interessant ist, Primäruntersuchungen übernehmen. Dies machen wir sonst nicht und dies wollen wir auch nicht machen und dafür sind wir auch nicht ausgerüstet. Dies dürfen wir im Routinefall auch gar nicht tun. Dafür sind die Länder zuständig in den Landesuntersuchungseinrichtungen.

Zu den Impfstoffen: Wir sind ein Forschungsinstitut. Forschung geht so: Man hat eine Idee, die man umzusetzen versucht bis zu einem Punkt, wo man weiß, dass dies im Prinzip klappt. Dies war genau der Punkt, an dem wir im August die Pressemitteilung herausgegeben haben. Wir wissen, dass der Ansatz, den wir verfolgen – es ist ein rekombinanter Impfstoff, also ein gentechnisch hergestellter Impfstoff – aus verschiedenen Gründen eine ganz gute Idee ist. Aber von der Idee dann noch weiter zu gehen bis zur Anwendung ist einfach noch ein großer Schritt. Ich darf auch noch einmal darauf hinweisen: Versuche mit dem Virus H5N1 laufen unter Hochsicherheitsbedingungen ab. Dies ist nicht etwas, was man so locker im Labor nebenher macht. Absolute Isolation, das ist Unterdruck, das ist Schleuse, das ist Atemmaske, das ist Schutzanzug usw. Da haben alle Institute auf der Welt begrenzte Kapazitäten. Unsere werden in einigen Jahren deutlich größer werden, dies ist auch notwendig. Hier davon auszugehen, dass wir jetzt mit so und so viel Tieren Versuche machen können, ist, bevor so ein Impfstoff in den Feldeinsatz geht, nicht möglich, weil man zumindest wissen muss, dass er A sicher und B wirksam ist und zwar nicht nur bei fünf Tieren im Experiment. Wir sind im Experiment dabei, den Impfstoff, den wir haben, zu verbessern und nicht, dass wir sagen, jetzt hören wir auf und versuchen in den nächsten zwei Jahren in die Zulassung zu kommen, sondern die Entwicklung geht natürlich weiter.

Zu den Stockenten: Jawohl! Stockenten sind Träger von geringpathogenem Influenzavirus. Da sind sie ein ganz guter Anzeiger, vielleicht aber auch nur deswegen, weil Stockenten häufiger geschossen werden und man so eher an die Proben herankommt. Es macht nicht so viel Sinn nun zu sagen, dass sich die Länder gegenseitig mit Untersuchungen von Wildenten übertreffen, sondern dass dies gezielt erfolgt. Wir untersuchen im Moment auch die Schwäne.

Zum Austausch von Informationen: Ich bin seit zehn Jahren Präsident des Friedrich-Löffler-Instituts und war noch nie so häufig in Berlin wie in den letzten zwei Wochen. Ich hoffe, dass es nicht so weitergeht, denn sonst kann ich meine Zelte in Riems abbrechen und ganz hierher ziehen.

Wildvögel lassen sich nicht reglementieren. Wir haben überhaupt keine Möglichkeit, das Geschehen in Wildvögeln irgendwie zu bekämpfen. Wie sich das epidemiologisch entwickelt, dazu kann man verschiedene Szenarien entwickeln. Die Ostsee wird jetzt auftauen. Die hohen Konzentrationen von Vögeln werden sich verlaufen. Die Vögel werden wieder mehr vereinzelt fliegen. Da kann sich so eine Infektion auch schon einmal totlaufen im wahrsten Sinne des Wortes, weil das infizierte Tier dann wirklich stirbt und keine Chance hat, andere wieder anzustecken. Wir wissen nicht, wie es sich auswirkt, wenn die Zugvögel jetzt hereinkommen. Sind Kraniche überhaupt infizierbar? Wir wissen es nicht. Auf die Frage, ob man so etwas im Experiment testen kann: Ich weiß nicht, wie viele Vogelspezies es gibt, aber es geht eher in die zigtausende und die können wir nicht alle durchtesten, d. h. wir müssen reaktiv vorgehen und einfach tote Tiere beproben und schauen, ob das Virus vorliegt.

Ob es zu einer Endemiesituation kommt, wissen wir nicht. Wir haben im Moment eine endemische Situation im Bereich Wittower Fähre, sicherlich auch nicht in Gesamttrügen. Dies wäre überzogen. Die kann sich auflösen, wenn sich die hohen Tierkonzentrationen wieder auflösen und die Möglichkeit der Weitergabe des Virus von Tier zu Tier entsprechend geringer wird.

Zu dem 3- oder 10-Kilometer-Umkreis: Die wesentlichste Maßnahme in der 3-Kilometer-Schutzzone, was die EU schon Mitte letzten Jahres im Vorgriff auf ein mögliches Auftreten beschlossen hat, ist die Aufstallung. Dies ist bundesweit umgesetzt. Infolgedessen ist eine der wesentlichen Schutzmaßnahmen, die diese Schutzzone selber mit beinhalten, schon bundesweit umgesetzt und zwar im Vorgriff auf die Tatsache, dass wir Zugvögel reinkriegen und dass wir nicht wissen, wie sich das Infektionsgeschehen entsprechend weiter entwickelt.

Zu den TSN-Notfallplänen: Dies ist ein guter Hinweis. Da können wir mit den Ländern einmal Kontakt aufnehmen, inwieweit wir die Daten in das Nachrichtensystem mit einstellen können. Dies ist ein Hinweis, den ich auf alle Fälle prüfen lasse.

Angaben aus Drittländern und Nachbarn: In der Zwischenzeit ist es so, dass wir aus den Nachbarländern sehr genaue Befundlagen bekommen. Aus den Drittländern auch, soweit wir dies einschätzen können. Ich lege nicht meine Hand dafür ins Feuer, dass jedes Drittland jeden Befund direkt weitermeldet. Da sind wir natürlich auch auf die Informationen der OIE angewiesen, also was

über das Internationale Tierseuchenamt gemeldet wird. Innerhalb der EU wird an die EU gemeldet und dann gehen die Meldungen sehr rapide an die Chefveterinäre der einzelnen Länder per SMS raus. D. h., hier sind wir sehr zeitnah informiert. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Ich bedanke mich und muss sagen, dass bei aller Heftigkeit an dem einen oder anderen Punkt die Sitzung wichtig gewesen ist. Ich wünsche Ihnen noch einen guten Arbeitstag.

Der Ausschuss beschließt:

Beschluss:	<ol style="list-style-type: none">1. Einstimmiger Beschluss über die Zulassung der Öffentlichkeit2. Schriftlicher Bericht der Bundesregierung über die verfügbaren Zahlen zum Wildvogelmonitoring3. Kenntnisnahme
------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Anlage

Interministerieller Führungsstab M-V
ImFüSt M-V

Schwerin, 22.02.2006

Ereignis „Vogelgrippe“

Lagebericht Nr.: 5
Stand: 22.02.2006 10:00

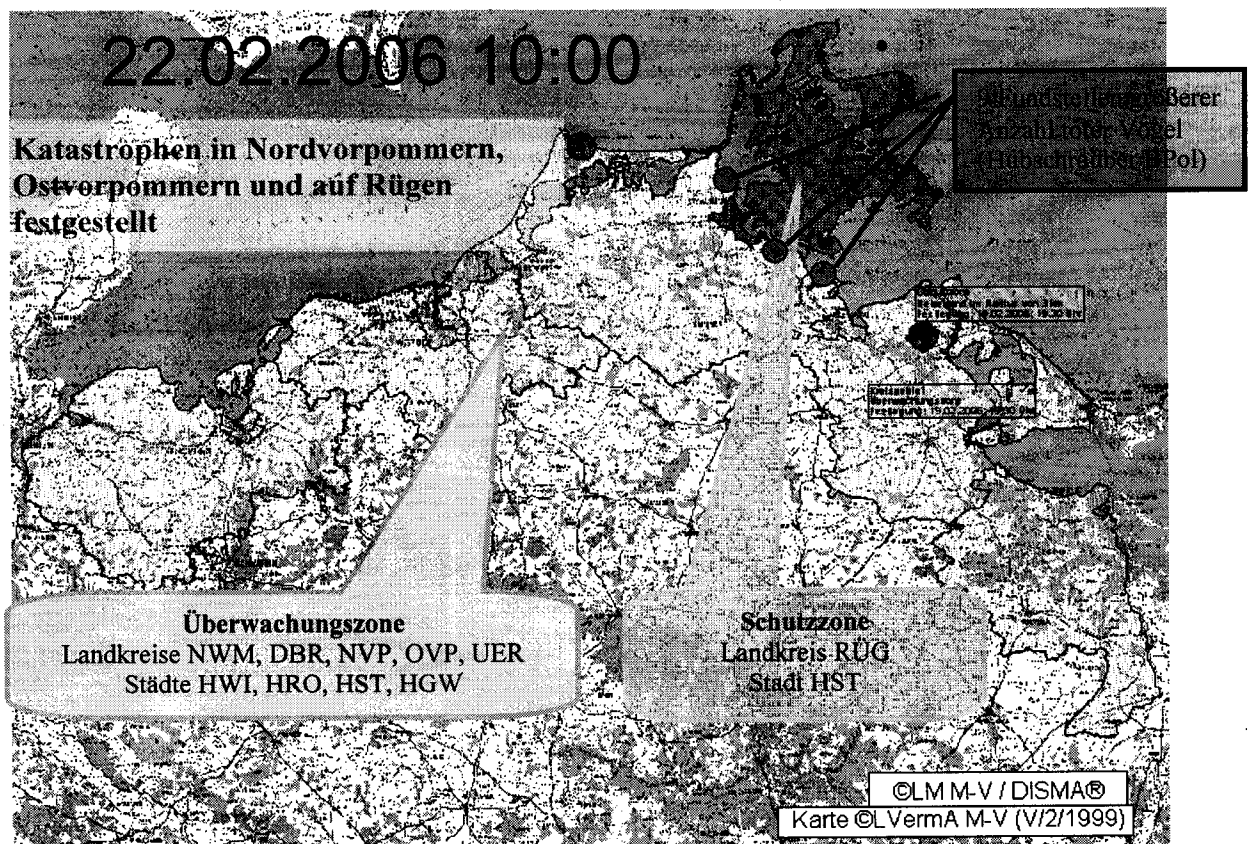
Allgemeine Lage

Ununterbrochen werden tote Vögel im gesamten Land aufgefunden. Insgesamt wurden von den Landkreisen am 21.02.06 (Meldungsstand 22.02.,: 09.15 Uhr) 629 Stück Vogelkadaver eingesammelt und an das LALLF bzw. FLI geschickt.

Die Zahl positiver Befunde - Virus Influenza-A-H5N1 – beträgt weiterhin 103 Fälle (101x RÜG, 1x OVP, 1x NVP). Am 21.02. wurden durch das FLI Riems weitere 9 Proben (OVP, HGW, HRO) untersucht, von denen alle negative Befunde lieferten.

Die eingerichteten Schutz- und Überwachungszonen werden weiter aufrecht erhalten.

Aufgrund der aktuellen Wetterverhältnisse, insbesondere des starken Windes, sind die Such- und Bergungsmaßnahmen auf dem Wasser zeitweilig eingeschränkt



Besondere Lage

Landkreis Rügen:

Der Landkreis Rügen hat am 19.02.2006 um 19.30 Uhr den Katastrophenfall festgestellt.

Der Krisenstab koordiniert die Abwehrhandlungen in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr.

In den Schwerpunktgebieten werden die veranlassten Maßnahmen weitergeführt:

- Das Einsammeln von verendeten Tieren wurde unter zusätzlichem Einsatz von Fischer- und Schlauchbooten weiter fortgeführt. Durch starke Winde (bis zu Windstärke 7) musste zwischenzeitlich die Wasserbergung eingestellt werden.
- Alle eingeleiteten Maßnahmen erfolgen mit und in enger Abstimmung mit dem Nationalpark Jasmund.
- Die Keulung von Beständen (nicht infizierte Nutztiere) in risikobewerteten Nutzgeflügelbeständen wurde fortgesetzt (insgesamt 3.530 Stück in 55 Tierhaltungen bis zum 21.02.06), da ein besonderes Einschleppungsrisiko weiterhin besteht.

Von der gesamten Fläche der Insel wurden am 21.02.06 192 Hausgeflügelbestände klinisch untersucht. Stichpunktproben (Tupferproben) wurden zur Untersuchung eingesandt.

Insgesamt ergeben sich damit folgende Gesamtzahlen:

1.008 klinische Bestandsuntersuchungen

338 beprobte Bestände

1.011 Tupferproben und

4 Hühner.

Es ergaben sich keine Anzeichen klinischer Auffälligkeiten in Hausflügelbeständen.

Die Einschränkungen im Fahrverkehr, die auf Grund der Einrichtung der Seuchenschleuse am Rügendamm zu Staus von bis zu 3 Stunden führten, konnten durch die umgesetzten Veränderungen im Wesentlichen vermieden werden. Die grundsätzliche Verfahrensweise der Personen- und Fahrzeugdesinfektion, insbesondere bei gehäuften Nachweisen des hochpathogenen Erregers der Geflügelpest, wurde am Abend des 21.02.2006 festgelegt und in den Verteiler gegeben.

Landkreis Ostvorpommern:

Der Katastrophenfall wurde für den Landkreis am 20.02.2006 um 11:14 Uhr ausgelöst.

Der Katastrophenstab des Landkreises Ostvorpommern ist eingerichtet.

Der gesamte Landkreis Ostvorpommern wurde als Überwachungszone festgelegt. Die Schutzzone befindet sich im Umkreis von 3 km um die Ortschaft Netzeband im Amt Lubmin.

Anhand der angekündigten Wetterlage rasten bis zu 1.000 Schwäne im Bereich zwischen Lubmin und Kemnitz. Ein von diesem Rastplatz verendetes Tier wurde zur Beprobung an das FLI Riems gesandt.

Der Bevölkerung werden spezielle Informationen zum Umgang mit toten Tieren in der Überwachungs- und Schutzzone gegeben.

Landkreis Nordvorpommern:

Der Katastrophenfall wurde für den Landkreis am 20.02.2006 um 10:00 Uhr ausgelöst.

In der Schutzzone Prerow (10 km) wurden Bestandsuntersuchungen an Geflügelbeständen vorgenommen. An die Bevölkerung wurde eine spezielle Information zum Handeln in der Schutzzone ausgegeben. In der festgelegten Überwachungszone im Landkreis wurden weiterhin tote Vögel gesichtet und sichergestellt. Die Aufforderung zur Beobachtung wurde nochmals per Allgemeinverfügung an alle Ämter und Gemeinden übermittelt.

Hansestadt Stralsund:

Bisher wurden bezogen auf die Funde in der Hansestadt keine Verdachtsfälle bestätigt.

Mit ersten Ergebnissen zu den zuletzt eingesandten Proben wird ab Mittwoch dieser Woche gerechnet.

Die gesamte Stadt wurde zur Schutzzone erklärt. Die Tierseuchenverordnung wurde erlassen und veröffentlicht. Darüber hinaus wurden zwei Nutzflügelbestände untersucht.

Hansestadt Rostock:

Bisher wurden in Rostock keine Verdachtsfälle bestätigt. Die Hansestadt wurde zur Überwachungszone erklärt. Die verendeten Vögel werden ausschließlich von der Berufsfeuerwehr eingesammelt. Die Stallpflicht wird durch Stadtamt/Polizei kontrolliert.

Landkreis Bad Doberan:

Im Landkreis Bad Doberan wurden bisher keine Verdachtsfälle bestätigt.

Der Landkreis wurde zur Überwachungszone erklärt.

Aufgrund der Lageentwicklung hat der Verwaltungsstab des Landkreises seine Arbeit aufgenommen.

Landkreis Nordwestmecklenburg:

Im Landkreis Nordwestmecklenburg hat der Leitungsstab für besondere Lagen/Katastrophen seine Tätigkeit aufgenommen.

Der Landkreis wurde zur Überwachungszone erklärt. Es wurden noch keine Verdachtsfälle bestätigt.

Landkreis Uecker-Randow:

Im Landkreis Uecker-Randow wurde an den Außengrenzen (Republik Polen zweisprachig und Brandenburg) die Beschilderung „Geflügelpest Überwachungszone“ angebracht.

Einsatz- und Führungsorganisation

a) Landesebene

Interministerieller Führungsstab (ImFüSt) unter Leitung des Landwirtschaftsministeriums mit Landeskrisenzentrum des Landwirtschaftsministeriums (LKZ)

b) Krisenstäbe in den Landkreisen

- Krisenstab des Landkreises Rügen

Einsatzteam zur Bergung der verendeten Vögel
mit EK zur Unterstützung (Sicherung und Absperrung)

Teams zur Untersuchung der Tierhaltungsanlagen

- Katastrophenstab OVP

- Krisenstab/Stab HVB in NVP

- Technische Einsatzleitung über Leitstelle HST

- Krisenstab HGW
- Krisenstab Güstrow
- Verwaltungsstab Nordwestmecklenburg
- Verwaltungsstab Bad Doberan

c) Maßnahmen Bundeswehr

- die BW hat einen Pressepunkt aufgebaut. Hier ist die Pressearbeit vor Ort gut angelaufen.
- das gestellte Amtshilfeersuchen vom 18.02.2006 wurde durch die BW in vollem Umfang genehmigt und umgesetzt, am 21.02.06 gegen 12.00 Uhr wird eine Stabstelle mit einem Führer externer Truppen zur Gesamtleitung der auf der Insel Rügen zum Einsatz kommenden Bundeswehrkräfte eingerichtet.
- Desinfektionsschleuse Rügendamm seit 15.00 Uhr 19.02. in Betrieb
- Schleuse Wittower Fähre gemeinsam mit THW Ortsverband Bergen in Betrieb
- Hafen Sassnitz/Mukran: Betrieb Dekontaminationsanlage für den ausgehenden Verkehr

d) Technisches Hilfswerk

- Zusammenwirken mit Kräften der BW (Schleuse Wittower Fähre) sowie Unterstützung beim Einsammeln toter Vögel und Desinfektion von Einsatzkräften.

Durch den ImFüSt werden unterstützende Maßnahmen des Landes für die Landkreise koordiniert.

Stand der Abwehrhandlungen

Schwerpunkte im Land:

Die Schutz- und Überwachungszone wird ständig weiter kontrolliert und verendete Tiere werden weiterhin eingesammelt. Nunmehr werden entsprechend einer epidemiologischen

Risikoanalyse eine gezielte Auswahl von zu beprobenden Wildvogelkadavern umgesetzt. Damit soll die vorhandenen Laborkapazitäten effektiver eingesetzt werden.

In Greifswald, Ostvorpommern und Nordvorpommern wurde und wird eine aktive Suche im Stadtgebiet bzw. um die Fundorte (Schutzzone) sowie in potentiell betroffenen Zonen durch die Kräfte und Mittel der Feuerwehr durchgeführt.

Das Landwirtschaftsministerium hat den Erlass zur Tötung moribunder Wildvögel auf die Landkreise in der Überwachungszone/Schutzzone (RÜG, NVP, OVP, HGW, HST, NWM, HWI, DBR, HRO, UER) erweitert. Das Umweltministerium hat die Allgemeinverfügung zur Tötungsgenehmigung besonders geschützter Vogelarten bereits für das ganze Land verfügt.

Vermutliche Lageentwicklung

Das Risiko der Einschleppung des Vogelgrippeerregers in Nutztierbestände ist weiterhin hoch, da weitere positive Befunde auf das Virus H5N1 zu erwarten sind.

Schwerpunktaufgaben

Bergung aller Tierkadaver, um das Risiko der Virusverbreitung zu minimieren

Sicherung der Tierhalter vor einer Einschleppung des Virus in den Nutztierbereich

Durchsetzung der Sperrmaßnahmen in der Schutzzone

Kräfte und Mittel

In den betroffenen Landkreisen und kreisfreien Städte sind Kräfte von Ordnungsbehörden der jeweiligen Kommunalverwaltungen, der Feuerwehren, der Polizei, des Technischen Hilfswerkes, der Bundeswehr, der Bundespolizei sowie Kräfte des Landes im Einsatz. Die derzeitig vorliegenden Zahlen zu Einsatzkräften ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Einsatz von Kräften

Landkreise	Ordnungskräfte/Fw u. sonstige	Bundeswehr	THW	Polizei	Veterinäre	GESAMT
Rügen	201	294	130	102	13 (3 LK, 8 Land, 2 Hessen)	740

In den Landkreisen befinden sich insgesamt folgende Kräfte im Einsatz:

OVP/HGW	25 Personen
HST	24 Personen
HRO	44 Personen
NVP	115 Personen.

Einsatz Fahrzeuge/Mittel auf Rügen

Die Bundeswehr und die Organisationen stellen für ihre Aufgabenerfüllung die erforderliche Logistik zur Verfügung. Die Polizei ist mit 32 Fahrzeugen und 9 Booten im Einsatz.

Durch das THW sind 130 Helfer aus 4 Geschäftsstellen und 15 Ortsverbänden mit 47 motorgetriebenen Fahrzeugen und 10 Booten im Einsatz.

Durch die BF Rostock wurde das Boot „Äsche“ zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus sind eingesetzt: Tötungsanlage mit Zubehör, Sammlungscontainer zum Sammeln von Proben, Dekontaminationseinrichtungen, Technik privater Unternehmen und der Fischereiaufsicht.

Bedarfsanforderungen

Personal

Gegebenenfalls Bundeswehrkräfte für NVP zur Absicherung Desinfektion einsetzen. Nach Abstimmung mit dem LK ist der Einsatz der Bundeswehr derzeit nicht vorgesehen.

Materielle Mittel

50 Desinfektionsmatten (850x600x35) wurden beim LALLF eingelagert.

Als Desinfektionsmittel wurden 1000 Liter „VennoVet 1 Super“ sowie 2000 Liter Formaldehydlösung/Peressigsäure beschafft.

5000x persönliche Schutzausrüstung (Overall, Gummistiefel, Schutzmaske, Latexhandschuhe) wurden am 21.02.06 im LALLF angeliefert, weitere 2.500x Schutzausrüstung wurden nachträglich bezogen. Die Verteilung entsprechend Bedarfsanforderung der Kreise wird über dem ImFüSt koordiniert.

Das Wirtschaftsministerium M-V hat 800 Schutzmasken FFP 3 geordert.

Weitere Ausstattung für den Schutz und Desinfektion der Einsatzkräfte und -technik stellt die BW bereit.

Durch den ImFüSt wurde festgelegt, dass die für Katastrophenschutzkräfte durch den Bund bereitgestellte Schutzanzüge (1500 Stk. Mehrweganzüge) für besondere Schwerpunkte einzusetzen sind.

Am 22.02.2006 erfolgt bis spätestens 10:30 Uhr eine Lieferung von 1000 Paar Stiefelüberzieher an den Führungsstab OVP.

Besonderes

Der Wojewode Westvorpommern bedankte sich ausdrücklich für die übermittelten aussagekräftige Informationen des Führungsstabes.

Leiter ImFüSt

Verteiler:

LKZ

LM (mit internem Verteiler)

LALLF, VLÄ per e-mail (über LSt LK 1-18 per FAX)

Die für das Veterinärwesen zuständigen obersten Landesbehörden

Verbände: GWV M-V; Rassegeflügel M-V, Bauernverband M-V

IM (über LZ mit internem Verteiler)

Nachbarländer: SH, BB, NI und Polen

LZ BMI über poststelle@bmi.bund.de, Ressorts (StK, JM, FM, WM, BM, AM, SM, UM)
BMELV, FLI, GMLZ, LV DRK

LKdoMV, SanKdo I OPZ Info

Leiter ImFüSt, S1, S2, S3, S4, S5

Fachberater BW, THW

Allgemeine Informationen zum Vogelrastgeschehen in der Krisenregion

1. Räumliche Dimension

Daß die Grippe innerhalb Deutschlands zuerst an der hiesigen Küste aufgetreten ist, verwundert insoweit nicht, als daß wir es hier mit einem der größten europäischen Vogelrastgebiete zu tun haben. Das Gebiet reicht im Grunde vom Saaler Bodden im Westen bis zum Großen Haff auf polnischer Seite und schließt alle dazwischen gelegenen Boddengewässer, die angrenzenden Seegewässer und benachbarten Landseen (Krummenhagener See, Putzarer See, Gothensee, Galenbecker See usw.) ein. Die Uferlänge dieser Gewässer beträgt mehr als 1200 km.

2. Zeitliche Dimension

Das Geschehen läßt sich grob in drei Phasen einteilen: Zug-Rast - Aufenthalt von ca. 0,5 bis 1 Mio Vögeln innerhalb des Rastgebietes bis 1. Märzdekade, Durchzug und Zwischenrast - quasistationärer Aufenthalt bzw. Durchzug von möglicherweise 5 Mio Vögeln bis 1. Aprildekade, Nachrast- und -zug - längerer Aufenthalt und sukzessiver Abzug von etwa 0,2 - 0,5 Mio Vögeln bis Anfang Mai.

3. Austauschbeziehungen

Im Grunde stehen die in diesem Gebiet rastenden Vögel in ständigem Austausch. Es ist damit zu rechnen, daß nahezu täglich Tiere von einem Teil des Gebietes in andere, auch entferntere wechseln. Eingeschlossen in diesen täglichen Wechsel sind partiell auch die Landflächen einschließlich der größeren menschlichen Siedlungen (Möwen, Schwäne und Enten auf landw. Nutzflächen und in Siedlungen, Gänse nur auf Ersteren). Mit dem Fortschreiten des Tauwetters werden sich die Austauschbeziehungen intensivieren. Ab diesem Zeitpunkt wird das o. beschriebene Rastgebiet auch zur Drehscheibe des Fern- und Zwischenzuges, d.h. es wandern andauernd Tiere aus West- und Südwestrichtung zunächst hauptsächlich aus Europa, später auch aus Afrika zu, gleichzeitig verlassen Tiere das Gebiet nach Skandinavien, nach Polen, ins Baltikum und nach Nordosteuropa.

4. Mortalität

Eine hohe Wintermortalität ist in der betreffenden Region keine außergewöhnliche Erscheinung. Auffällig wird das für den menschlichen Beobachter naturgemäß bei Eislagen, ist aber auch sonst vorhanden. Das natürlich (man rechne hier das Virus nicht dazu) verursachte Sterben wird sich, artabhängig verschieden, bis weit in den April fortsetzen. Allein bei den Höckerschwänen ist mit 1000 bis 3000 toten Individuen zu rechnen. Daneben ist auch auf die direkt menschlich verursachte Mortalität zu verweisen. Insbesondere bei der Stellnetzfischerei fallen ca. 10 000 bis 30 000 tote Tauchvögel (die von den Fischern per Hand aus den Netzen entfernt werden müssen !) an, daneben ist auch an Jagd, Verkehr usw. zu denken.

5. Nahrungskette

Eine nicht bekannte Anzahl der toten Tiere geht in die Nahrungskette ein. In diesem Zusammenhang ist zunächst an die Raubsäuger, Greife, Möwen und Krähenvögel zu denken, die ihrerseits auch in eigenständige Raum-Zeit-Systeme eingebunden sind. In die Kontaktkette ist aber auch der Mensch (insb. Jäger und Fischer) eingeschlossen.

6. Brutgeschehen

Parallel zum Abflauen der Zugrast nimmt die Konzentration der koloniebrütenden Vögel an ihren Brutplätzen zu. Das betrifft Arten wie Kormoran (ab Ende Februar), Saatkrähen und Möwen (ab Mitte März). Insbesondere Saatkrähen, in einigen Fällen auch Kormorane interagieren mit ihren Brutkolonien sehr intensiv mit menschlichen Tätigkeitsfeldern.

Schlußfolgerungen

1. Die Krisenregion sollte zwar räumlich abgestuft, aber in jedem Fall als Ganzes betrachtet werden.
2. Es wird sehr aufwändig sein, alle toten Individuen zu bergen, in jedem Fall muß die Nachsuche über Wochen durchgehalten werden, es muß einkalkuliert werden, daß eine unbekannte, vermutlich höhere Zahl von gestorbenen Vögeln nicht aufgefunden wird.
3. Die Prävention des menschlichen Systems vor dem Virus sollte nicht nur Geflügelhalter usw. umfassen, sondern auf Bereiche wie Vogeltourismus, Winterfütterung, Ablenkfütterung, Naturerleben in Brutkolonien, Wasservogelrastgebieten, Jagd und Fischerei u.ä. ausgedehnt werden. Besonders gefährdete Bereiche sind für die Öffentlichkeit zu sperren.
4. Es sollte geprüft werden, inwieweit für Gebiete außerhalb des öffentlichen Focus (abgelegene Schutzgebiete o.ä.) eine Mitarbeit der staatlichen Umweltbehörde zielführend ist. Zu denken ist auch an die vorhandenen Fachplanungen, um besonders gefährdete Bereiche zu identifizieren.

Situationsbericht aus dem Gebiet OVP/UEK:

Greifswalder Bodden :

Am Sonnabend erste Zugbewegungen aus Richtung Westen. Aufgrund des milden Wetters gab es leichte Einflüge bei Feldlerche, Saat-, und Graugans. Vögel rasten lokal im Gebiet.

Der Bodden ist fast zu 100 % vereist. Am Riems rasten ca. 1200 Wasservögel in einem Eisloch (Stockente, Höcker- und Singschwan, Schellente). Vor Loissin ca. 4800 Schellenten, am Struck sogar ca. 20 000 Individuen (Bergente, Gänseäger).

Eine überregionale Austausch wird momentan nicht gesehen. Lediglich im Bereich Strelasund sind Trupps von Höckerschwanen "umher" ziehend zu beobachten. Diese suchen offene Wasserstellen.

Vom Kooz konnte Bussarde, Wanderfalke, Nebelkrähe und Seeadler an Schwankadavern beobachtet werden.

Insel Usedom:

Bereich vor der Insel ist eisfrei.

Auch am Sonnabend leichter Vogelzug - Feldlerche, Sperber und Bussard. Im Bereich der Swinemündung befindet sich ein Schlafplatz des Kormorans. Hier sollen aktuell bis zu 10 000 Expl. rasten. Die Tiere fliegen in Richtung Pommersche Bucht, also auf die offene See (evtl sogar Richtung Oie und Rügen).

Bereich Uecker Randow :

Seeflächen noch zugefroren, Erste Vogelkonzentrationen im Bereich Borken. Hier waren am Wochenende schon 200 rastende Kiebitze und die ersten Graugänse anzutreffen.

Kurzum, ein reger Austausch von Vogelmilieus von Süd nach Nord und umgekehrt ist m.E. aktuell nicht gegeben.

Lediglich der Strelasund wird durch Schwäne als Vogelzugtrasse bzw. Suchraum genutzt.

Mit besten Grüßen

R. Abraham

Quellen: Beobachtungen von R. Abraham, M. Tetzlaff, D. Sellin, D. Weichbrodt, F. Joisten.

Spezielle Informationen zu aktuellen Vogelbewegungen im Krisengebiet

1. Kleinräumige Ortsbewegungen

Hinsichtlich kleinräumiger Ortsbewegungen von Rügen aus ins angrenzende Binnenland tut sich derzeit, zumindest bei Schwänen und Gänsen, diesbezüglich wenig, da alle Gewässer im Binnenland noch weitgehend zugefroren sind, die Küstengewässer dagegen schon größere eisfreie Bereiche aufweisen. Da auf Rügen genügend Nahrungsflächen für diese Arten (v.a.D. Raps) vorhanden und zugänglich sind, sind hier die Entfernungen zwischen ihren Nahrungs- und offenen Trink-/Badgewässern am geringsten, daher dürften diese Vögel im wesentlichen auf Rügen bleiben. Schwer zu beurteilen sind die aktuellen kleinräumigen Ortsveränderungen der Enten- und Sägerarten. Einzelvögel und kleine Trupps können ständig umherfliegend beobachtet werden, doch sind diese Flüge wohl nicht ins angrenzende Binnenland gerichtet, sondern dienen eher der Suche eisfreier See- bzw. Boddenabschnitte mit Wasservogelansammlungen (Nahrungssuche, Verpaarung, Partnersuche) im Nahbereich der Insel. Großmöwen (Silber-, Mantel-) sind, ganz im Gegensatz zum Herbst und Frühwinter, momentan kaum im küstennahen Binnenland zu beobachten; u.U. ist das Nahrungsangebot auf Rügen (im unmittelbaren Küstenbereich) derzeit so groß, dass Flüge zur Nahrungssuche auf Äcker seltener unternommen werden.

2. Überregionales Zugeschehen

Der Heimzug beginnt: Die ersten Kraniche sind in den Brutrevieren in M-V eingetroffen. Am Wochenende konnten in Sachsen-Anhalt und Ost-Brandenburg bereits nordische Gänse (Saat- und Bleßgans) in z.T. großen Trupps in Richtung Osten ziehend beobachtet werden. Einzelne Kiebitze und Stare sind bis Brandenburg vorgedrungen. Sofern die milde Witterung anhält, werden die momentan auf Rügen und in NVP bzw. OVP noch rastenden Saat- und Bleßgänse auch weiter nach Osten vorrücken, d.h. etwa in den Großraum Westpolen ziehen soweit die Schnee- / Eisgrenze das erlaubt. Die hier Überwinternden/rastenden Singschwäne haben es erfahrungsgemäß weniger eilig, d.h. sie dürften auch bei mildem Wetter noch einige Wochen hier verharren. Bei erneutem Wintereinbruch ist Umkehrzug der Gänse zu erwarten, d.h. sie kehren hierher zurück bzw. ziehen sogar weiter westwärts.

U.K.
21.2.06